



Liebe Leserinnen und Leser des politicum!

LANDESHAUPTMANN
HERMANN SCHÜTZENHÖFER

In der 121. Ausgabe des politicum, diesmal dem Themengebiet Baukultur und Politik gewidmet, wird in bewährter Form ein sehr vielschichtiges und manches Mal sehr kontroversiell diskutiertes Thema in großer Breite umfassend dargestellt. Gerade bei Spannungsfeldern wie der Baukultur gibt es oftmals sich völlig widersprechende Ansichten, die aber jede für sich definitiv ihre Richtigkeit haben. Wie es ein geflügeltes Wort ganz gut sagt: der Standort bestimmt den Standpunkt.

Baukultur ist nichts Statisches, sondern immer auch abhängig von den Entwicklungen ihrer Zeit. Sie ist heute beispielsweise geprägt von zeitlichen Umständen wie der demografischen Entwicklung, wie etwa vom Phänomen des starken Zuzugs in Richtung Ballungszentren und der gleichzeitigen starken Abwanderung in den sogenannten Peripherien, geprägt aber auch von zeitgeistigen und modischen Erscheinungen.

Und natürlich ist sie letztlich auch von den politischen Rahmenbedingungen geprägt.

Die Steiermark hat vor rund zehn Jahren als erstes Bundesland die Baupolitischen Leitsätze beschlossen. Das war damals ein riesengroßer Schritt, der da gesetzt wurde, aber definitiv war es nicht das Ende des Weges. So hielt etwa der Landtag Steiermark im Jahr 2014 eine äußerst profunde Enquete zum Thema Baukultur ab, und so widmet sich auch dieses politicum in reichhaltiger Darstellung dem Themenkomplex.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern des politicum viel Freude mit dieser hochwertigen und offenen Auseinandersetzung zum Spannungsfeld Baukultur und Politik (und darüber hinaus gehend) und danke allen Autorinnen und Autoren für ihre Bereitschaft, sich konstruktiv an diesem inhaltlichen Diskurs zu beteiligen.

Ein steirisches Glück Auf!



Editorial Klaus Poier _____	5
Baukultur und Politik Markus Bogensberger _____	6
Architektur und Politik (Abdruck aus dem politicum 20) Ferdinand Schuster _____	8
Architekturpolitik in Österreich und Europa – ein Status quo Robert Temel _____	16
Unsere Baukultur ist eine Visitenkarte Österreichs Gernot Blümel _____	20
Baukultur für Terrestrische Christian Kühn _____	22
Wie viel Kultur steckt in Baukultur bzw. ist Baukultur Kultur? Christopher Drexler _____	26
Baukultur am Beispiel des Gesundheitssystems Michael Pansinger _____	28
Wachstum im Zeichen höchster Qualität Bertram Werle _____	30
Neue Glanzpunkte für eine Stadt mit Geschichte Siegfried Nagl _____	34
Architektur und gesellschaftliche Vielfalt Jens S. Dangschat _____	38
Öffentliche Zimmer im Freien Franziska Hederer _____	40
Architektur und Gesellschaft – Gesellschafts-Architektur Heidrun Primas _____	44
Braucht es eine politische Architektur? Stefan Kurath _____	46



politicum 121

Zur sozialen und ökologischen Dimension der Architektur	Hannes Swoboda	48
Die Entwicklung des Verhältnisses von Architektur und Politik in der Steiermark (seit 1984)	Karin Tschavгова	52
Baukoordination der Baukultur in der Steiermark	Anton Lang	56
Die Bedeutung von baukulturellen Maßnahmen in Kommunen	Karl Wratschko	58
Machtlos gegen die baukulturelle Willkür?	Gerald Fuxjäger	60
Welche Impulse schafft die Wohnbauförderung?	Johann Seitinger	62
Mut zur Schönheit	Tarek Leitner	64
Erfolgsmodell Gestaltungsbeirat	Mario Abl	68
„Baukultur“: Zur erstaunlichen Karriere einer Nazi-Vokabel im heutigen architekturpolitischen Diskurs	Anselm Wagner	70
Dialogues in Time	Wolfdieter Dreibholz	74
Wissenschaftlicher Beirat		78
Autorinnen und Autoren		79



Baukultur und Politik

KLAUS POIER

Im Jahr 1984 wurde als Heft Nummer 20 eine der ersten Ausgaben des *politicum* dem Thema „Architektur und Politik“ gewidmet. Auf Seite eins wurden damals plakativ die beiden Begriffe bzw. Welten wie folgt beschrieben:

„Architektur ist öffentlich
Architektur ist Auseinandersetzung
Architektur ist Veränderung
Architektur ist Gestaltung

Politik ist öffentlich
Politik ist Auseinandersetzung
Politik ist Veränderung
Politik ist Gestaltung“

Diese Gegenüberstellung hat heute, 35 Jahre später, durchaus noch Gültigkeit, wenn nun das aktuelle *politicum* Heft Nummer 121 dem Themenkomplex „Baukultur und Politik“ gewidmet ist. Zur Wahl des Titels des Heftes sei noch hinzugefügt, dass Herausgeber und Redaktion intensiv über die genaue Formulierung diskutiert haben, wobei auch eine Wiederholung „Architektur und Politik“ im Raum stand, und der nun gewählte Titel nicht zuletzt deshalb keineswegs dogmatisch, sondern diskursiv verstanden werden soll.

Wie an den Begriffen „öffentlich“, „Auseinandersetzung“, „Veränderung“ und „Gestaltung“ festgemacht, gab und gibt es viele Parallelen zwischen Architektur/Baukultur und Politik. Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen diesen Bereichen ein sehr spannendes und spannungsgeladenes, mit Konflikten und Widersprüchen

gleichsam wie mit wechselseitigen Befruchtungen und Anregungen.

Wir freuen uns sehr, dass sich Markus Bogensberger, Geschäftsführer des Haus der Architektur in Graz, sowie der renommierte Architekt Wolfdieter Dreiholz bereit erklärt haben, nach langer Zeit wieder ein *politicum* zu dieser Thematik mitzugestalten und herauszugeben. Dank Ihrer Hilfe ist es gelungen, eine große Zahl an Persönlichkeiten als Autorinnen und Autoren zu gewinnen, aus dem Bereich der Architektur, über Zivilingenieure, Verantwortliche bei auftraggebenden Unternehmen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, PublizistInnen bis zum Kreis der Politik. Der Beitrag von Ferdinand Schuster „Architektur und Politik“ aus dem Jahr 1965 findet sich wie im *politicum* 20 nun auch in diesem Heft erneut abgedruckt und dient damit als „zeitlose“ Brücke über die Jahrzehnte.

Unser Dank gilt zuerst den beiden Herausgebern sowie allen Autorinnen und Autoren für ihre interessanten und vielseitigen Beiträge. Weiters danken wir allen Mithelfern bei der Redaktionsarbeit, namentlich Gudrun Bergmayer, Antonia Csuk, Bakk., Julia Bauer, Julia Radl und Mag.^a Anna Wohlmuth, M.E.S., sowie Johann Trummer. Besonderer Dank gilt Mag.^a Daniela Orthaber, die über viele Jahre die Zeitschrift *politicum* mitverantwortlich begleitet und inhaltlich wie organisatorisch wesentlich mitgestaltet hat. Für die neue berufliche Herausforderung, die sie ab April 2019 wahrgenommen hat, wünschen wir ihr das Allerbeste. Für die bewährte grafische Gestaltung gilt schließlich unser Dank Ed Höller.

Baukultur und Politik

MARKUS BOGENSBERGER

Baukultur und Politik“ lautet der Titel der vorliegenden Ausgabe des politicums. Nach 35 Jahren wird damit wieder der Bezug zwischen den Sphären des Bauens und der Politik in der Steiermark thematisiert, denn im Jahr 1984 erschien die Ausgabe Nr. 20 zum Thema „Architektur und Politik“.

Dieser damals in der Steiermark geführte Diskurs stellte sich im Umfeld seiner Zeit als äußerst fortschrittlich dar. An kaum einem Ort in Europa wurde so intensiv über die Zusammenhänge zwischen politischen Rahmenbedingungen und einer hochwertigen Architekturproduktion nachgedacht. Auch in den folgenden Jahren wurden in der Steiermark Maßstäbe gesetzt – etwa als im Jahr 1988 in Graz mit dem Haus der Architektur eine der ersten Institutionen für Architekturvermittlung gegründet wurde.

In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten hat sich die architekturpolitische Situation in Europa wesentlich weiterentwickelt. Über Architekturpolitik wird ein reger internationaler Austausch geführt und besonders in skandinavischen Ländern sind seit langer Zeit gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung von architektonischer Qualität implementiert.

Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass in einer zunehmend komplexer werdenden Gesellschaft die Möglichkeiten der architektonischen Gestaltung nicht ausreichen, um den zahlreichen sozialen, ökologischen und kulturellen Herausforderungen gerecht zu werden.

Daher wurde zu Beginn dieses Jahrtausends der Begriff der „Baukultur“ eingeführt, um Handlungsfelder zu beschreiben, welche relevant für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Lebensumwelt erscheinen.

Die Auseinandersetzung mit Baukultur bedeutet daher, dass man sich ganzheitlich mit der Gestaltung von Gebäuden, Infrastrukturen, öffentlichem Raum und Landschaften sowie den damit in Verbindung stehenden Planungs- und Umsetzungsprozessen beschäftigen muss.

Dazu sind in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen wichtige Grundlagen entwickelt worden. Die Steiermark nahm in dieser Hinsicht erneut eine Vorreiterrolle ein und so wurden im Jahr 2009 die Baupolitischen Leitsätze des Landes Steiermark durch die Landesregierung beschlossen. Im Jahr 2017 wurden schließlich die Baukulturellen Leitlinien des Bundes durch den Ministerrat beschlossen und im



Daher wurde zu Beginn dieses Jahrtausends der Begriff der „Baukultur“ eingeführt, um Handlungsfelder zu beschreiben, welche relevant für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Lebensumwelt erscheinen.

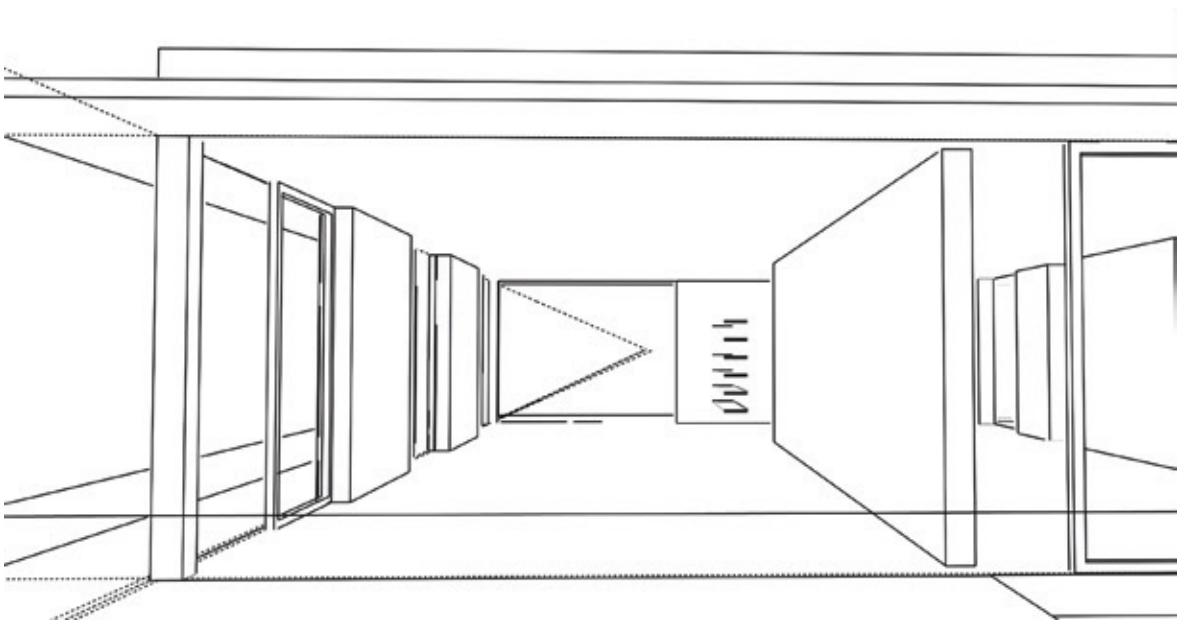
MARKUS BOGENSBERGER

darauffolgenden Jahr haben im Zuge einer europaweiten Koalition für Baukultur die europäischen KulturministerInnen in der Erklärung von Davos ihre Überzeugung kundgetan, dass die Vision einer hohen Baukultur ein vorrangiges politisches Ziel darzustellen hat.

Ergänzt durch ähnliche Programme auf kommunaler Ebene existieren daher nun Grundlagen für eine zukunftsfähige baukulturelle Politik. Allerdings besteht die Gefahr, dass diese aufwändig entwickelten Leitfäden in der Alltagspraxis nicht ausreichend zur Anwendung gelangen und baukulturelle Maßnahmen somit nicht die notwendige breite Wirksamkeit erlangen.

Die vorliegende Zeitschrift kann daher eine Anregung für EntscheidungsträgerInnen darstellen, in Zukunft verstärkt auf baukulturelle Aspekte im Rahmen ihrer Tätigkeiten zu achten.

Und vielleicht gelingt es ja, Baukultur als ein wesentliches politisches Leitmotiv in zukünftigen Regierungserklärungen und -programmen zu verankern. Denn es gibt kaum eine langfristige und nachhaltigere Manifestation von politischer Weitsicht und Willensstärke als in der Art, wie unsere Lebensumwelt geplant und gestaltet wird.



- Screenshot, für diese Ausgabe des *politicum* zur Verfügung gestellt von Eva Kuss.

Ferdinand Schuster

ARCHITEKTUR UND POLITIK

Antrittsvorlesung, 1965

Vor etwa 10 Jahren, im September 1954, hat die Zentralvereinigung im Gebäude der Wiener Sezession Arbeiten der österreichischen Architekten ausgestellt, die in der Zeitspanne von 1945 bis 1954 geschaffen worden waren. Nach den Worten von Siegfried Theiß sollte die Ausstellung zeigen, daß die Architektenschaft einer der wichtigsten Kulturträger unseres Vaterlandes und die Gestaltung unserer Umwelt das sichtbarste Zeichen für die kulturelle Haltung einer Nation sei. Mein verehrter Lehrer und Vorgänger Friedrich Zotter hat damals einen kurzen, prägnant formulierten Leitartikel für den Ausstellungskatalog beigezeichnet. Unter dem Titel „Der Architekt und die Gesellschaft“ bekannte er sich zu einer gewandelten und gereiften Auffassung vom Neuen Bauen, das nicht mehr einer Überschätzung technischer Erfordernisse und Errungenschaften, nicht mehr dem ausschließlichen Diktat der Funktion und der Autorität des Verstandes verpflichtet sei, sondern sich hingestellt sehe zwischen die beiden Pole Geist und Gefühl und ausgesetzt dem ungelösten Widerspruch von Tatsache und Rätselhaftem. „Wir sind uns besonders in den letzten Jahren“, so Zotter wörtlich, „des organischen Charakters der menschlichen Gesellschaft in zunehmendem Maße bewußt geworden, haben die unlösbare Bindung an unser gemeinsames Schicksal klar erkannt und erleben nun, wie sich die vollzogene Änderung unseres Bewußtseins an den neuesten Werken der baukünstlerischen Entwicklung immer eindringlicher abzuzeichnen beginnt.“ „Mit Recht könnte man erwarten“, so folgerte er, „daß Stellung und Funktion des Architekten innerhalb der Gemeinschaft von der in steter Entwicklung befindlichen Gesellschaft klarer und bestimmter denn je umrissen und hervorgehoben werden.“ Wir wissen, daß die Gesellschaft seither nicht sehr klar und nicht sehr bestimmt umrissen hat. Der Wettbewerb Feldkirch hat gezeigt, auf wie schwachen Beinen das Planungsrecht der Architekten steht. Noch weniger hat sie hervorgehoben. Das Hervorheben — oder sagen wir es

weniger polemisch — das Differenzieren war, wenigstens bisher, überhaupt kein besonderes Anliegen unserer Gesellschaft. Eher schon das Nivellieren. Das hat natürlich seine Gründe. Auf die guten möchte ich später eingehen. Jetzt, am Beginn meiner Ausführungen, geht es mir vor allem darum, zur Auffassung Stellung zu nehmen, die mein Vorgänger von seinem Lehramt gehabt hat. Zu diesem Zweck habe ich auch aus dem erwähnten Artikel zitiert und auch zu diesem Zweck habe ich das Thema „Architektur und Politik“ gewählt. Der Inhaber des Lehrstuhles für Baukunst an unserer Hochschule hat neben der Erziehung im Entwerfen die Aufgabe, dem Studenten der Architektur das Wesen der Baukunst deutlich zu machen. Zotter hat diese Aufgabe in unvergleichlicher Weise gelöst. Ganz bewußt betrieb er die Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe vom Standpunkt des heute und hier schaffenden Architekten, durchdrungen von der Überzeugung, daß ein lebendiges Erfassen historischer Prozesse eigentlich nur auf diese Weise möglich ist und, im Hinblick auf den Zweck dieser Auseinandersetzung nur auf diese Weise sinnvoll sein kann. Schon nach der ersten Vorlesung stand jeder von uns, der ihn gehört hat, im Banne eines wirklich bedeutenden Lehrers. Zotter war kein Schulmeister. Er hatte den Mut zum Fragmentarischen. Er wußte, daß es gar nicht möglich ist, einen lückenlosen Abriß der Baugeschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart zu geben, ohne verantwortungslos zu simplifizieren und damit in einen lächerlichen und gefährlichen Dilettantismus zu verfallen. Er tat das Gegenteil, und damit war er ein sehr moderner Lehrer. Er ließ die Geschichte ihre dunkle Unerschöpflichkeit und damit ihren Zauber und beschränkte sich darauf da und dort aufzuhellen, blitzlichhaft, oder mit behutsam angelegter Lampe, um an sorgfältig ausgewählten Beispielen weniger Wissensmaterial zu vermitteln, als ein Gespür für die Zusammenhänge, für Ursache und Wirkung zu erwecken und seine Hörer dorthin zu führen, wo es gelingt, den Ursprung der formenden

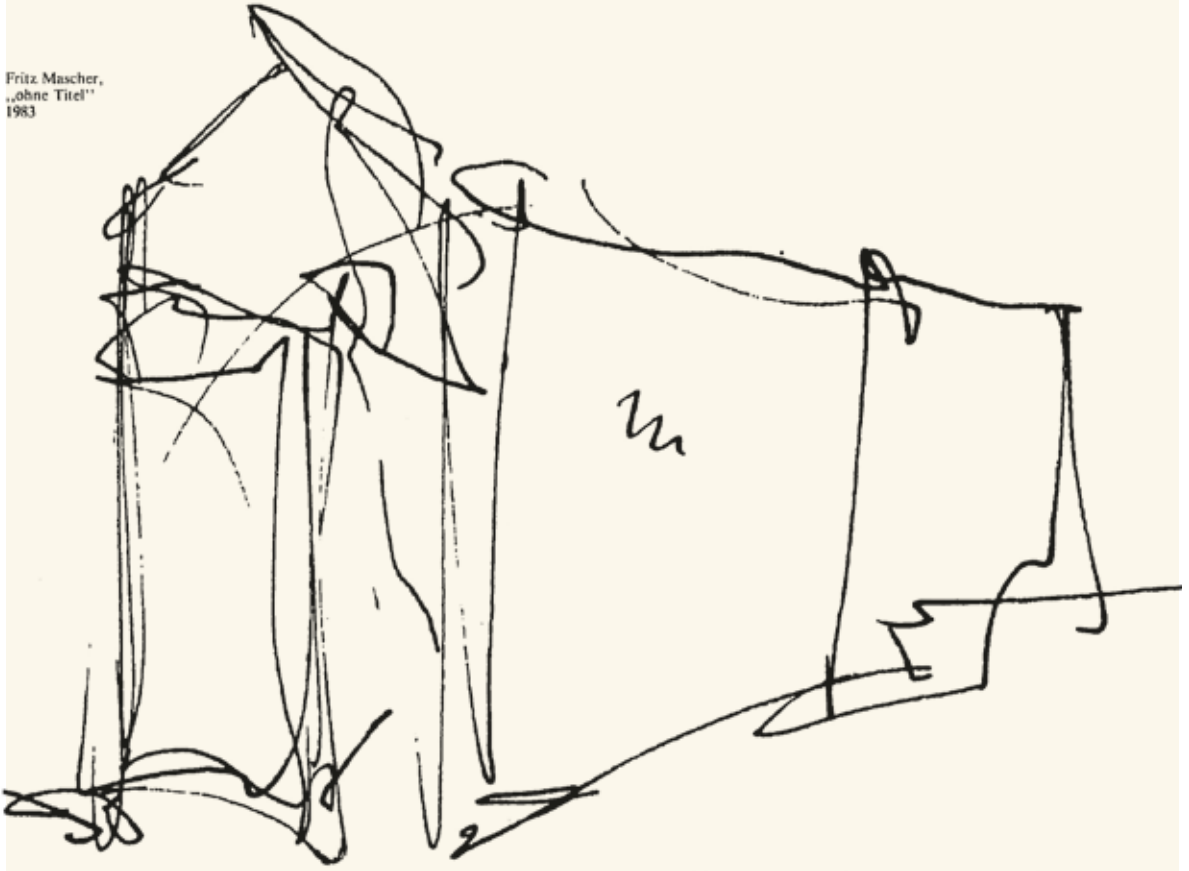
Kräfte zu erfüllen. Das sind entscheidende Erlebnisse für den Jünger jeder Kunst; Zotter hat sie uns geschenkt. Seine Methode der Betrachtung, entwickelt an historischen Beispielen, konnte der, der sie erfaßt und sich angeeignet hatte, als echten, unverlierbaren Zuwachs an Einsicht, Fähigkeit und Fertigkeit buchen. Er konnte sie anwenden schon während des Studiums und mitnehmen auf seinen beruflichen Lebensweg als ein scharfes und brauchbares Instrument zur Ortung und zur Erkundung. Es ist klar, daß ein Mann, der es für richtig hielt, Geschichte so zu lehren, unter Geschichte nicht nur das Geschehene, sondern auch das Geschehene verstehen mußte. Warum hätte auch er, der die entscheidenden Impulse für Auswahl und Gliederung des Stoffes aus der Problematik der Gegenwart empfing, die Betrachtung dort beenden sollen, wo sie besonders fruchtbar zu werden verspricht? Wer Architekturgeschichte so betreibt, daß er die Fähigkeit weckt, bewirkende Ursachen zu erkennen, wer dabei eine Skala der Werte aufrichtet und das Gefühl für Qualität trainiert, der tut dies nicht, um auf die Anwendung der erarbeiteten Methode dort zu verzichten, wo sie ihre Feuerprobe bestehen muß, wenn es gilt, die scheinbar zusammenhanglosen Elemente eines in Gang befindlichen Prozesses zu werten, Bezüge herzustellen, lebendige Kräfte von absterbenden zu scheiden, vielleicht sogar in unübersichtlich gewordener Lage Halt und Richtung zu geben. Für Zotter war die geschichtliche Betrachtung nie Selbstzweck. Immer war der Bezug zur Problematik der Gegenwart spürbar. Immer wieder verknüpfte er Geschehenes mit Geschehendem, und nicht selten hielt er es für notwendig, die Methode seines Denkens und Fühlens kritisch auf die Gegenwart anzuwenden. Sein Gewissen trieb ihn dazu, Stellung zu nehmen, sein Temperament veranlaßte ihn, sich zu engagieren. Dieses Engagement meines Lehrers hat auf mich den allerstärksten Eindruck gemacht. Es hat mir gezeigt, daß es nicht genügt, sich nur in isolierten Zirkeln für eine lebendige Architektur zu begeistern, sondern daß es not tut, das, was man denkt, auch offen auszusprechen, den

Kontakt mit der Gesellschaft zu suchen, statt immer nur zu klagen über den Mangel an Kontakt, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu kämpfen, daß von der Gesellschaft die Bedingungen geschaffen und garantiert werden, unter welchen sich der schöpferische baukünstlerische Geist wirksam entfalten und diskutabile Architektur realisiert werden kann. Dies scheint mir das Erbe meines Lehrers und Vorgängers zu sein, und von dieser Haltung sehe ich die Tradition meiner Lehrkanzel bestimmt, zu der ich mich hiemit ausdrücklich bekenne.

Handeln, formiert die Gesellschaft, läßt sie selbst als Gesellschaft sich empfinden. Der Träger dieses Handelns ist der Politiker. Um handeln zu können, handhabt er politische Macht, auch in der Demokratie. Schließlich repräsentiert er die politischen Kräfte und kann daraus das Recht ableiten, maßgeblich die Struktur der Gesellschaft zu beeinflussen. Aber nicht die politischen Kräfte allein wirken in der Gesellschaft. Fragen wir, um Art und Zusammenwirken dieser Kräfte nur anzudeuten, in sehr oberflächlicher Weise nach dem eigentlichen Zweck

nach der Definition des Begriffes Politik sehr verschämt und in Klammer die ganz aus der Mode gekommene Bezeichnung Staatskunst. Schade, daß es nicht dabei geblieben ist, daß wir alle unter Politik nicht nur die Summe der auf den Staat bezogenen Handlungen verstehen, sondern die Kunst, das Leben und Wirken der Bürger eines Gemeinwesens klug und kraftvoll zu lenken. Hubert Hoffmann hat in einer geistvollen Arbeit über die Idee der Stadtplanung den politischen Aspekt der planerischen Tätigkeit ebenso deutlich gezeigt, wie er das wesentlich

Fritz Mascher,
„ohne Titel“
1983



Sie wissen nun, was mich bewogen hat, in meiner ersten Vorlesung die Beziehungen zwischen Architektur und Politik zu behandeln. Ich hätte meine Ausführungen beinahe ebenso gut mit „Architektur und Gesellschaft“ überschreiben können, aber die Formulierung „Architektur und Politik“ ist mir lieber. Sie zwingt mich dazu, konkreter zu werden und erlaubt es nicht, im Unverbindlichen zu bleiben. Gesellschaft ergibt sich zunächst ja bloß aus der Tatsache, daß der Mensch überall nur im Zusammenleben und Zusammenwirken mit anderen Menschen anzutreffen ist. Gesellschaft so, wie wir gemeinhin das Wort gebrauchen, entsteht erst dann, wenn Bewegungen und Ordnungskräfte auftreten, die zu bewußten Gruppierungen führen. Erst die Politik, das auf den Staat bezogene

gesellschaftlichen Tuns. Wir können ja nicht gelten lassen, daß sich dieses Tun im bloßen Verbrauch der Lebenszeit erschöpft. Ein kaum bezweifelbarer Sinn alles Lebens dürfte in der Entfaltung liegen, und dies mag für das einzelne Individuum wie für die Gemeinschaft gelten. Aus dieser Entfaltung, die gespeist wird aus den Quellen unserer Gaben, gelenkt von unserem Denken, kontrolliert durch unser Gewissen und geheimnisvoll durchwirkt von den seltsam autonomen Werken der Kunst, entsteht die Leistung der Gesellschaft: die Kultur. Lebendige Kultur ist ein ständig im Wandel begriffener Integrationsprozeß, der alle geeigneten Produktionen der Gesellschaft zu einem daraus entstehenden Muster verknüpft und verwebt. Wo steht und wie wirkt der Politiker? Fast alle Lexika bringen

Schöpferische echter Politik anerkennt. Er zitiert Thomas von Aquin: „Das Eigentliche der Klugheit ist die Bezogenheit der Mittel und Wege auf die ganz konkreten Wirklichkeiten. Der Kluge als Befehlender, Beschließender, sich Entscheidender richtet sich auf das noch nicht Verwirklichte, auf das erst zu Verwirklichende. Die erste Voraussetzung für die Vollendung der Klugheit ist darum die Voraussicht, das Vermögen, mit sicherer Witterung abzuschätzen, ob ein bestimmtes Tun wirklich Weg sein wird zur Verwirklichung dieses Zieles.“ Der kluge Politiker wird sich nicht beschränken auf eine bloße Anwendung des Verstandes. Gerade in unserer Zeit, die noch immer gekennzeichnet ist durch eine Überbetonung des analytischen Denkens, die den immer um-

fangreicher werdenden Stoff, der vom Politiker wie vom Planer bewältigt werden muß, immer weiter aufspaltet und zerfasert, brauchen beide die Fähigkeit zur Zusammenschau, zum Blick in die Tiefe der Erscheinungen. Die Zukunft läßt sich nur zum Teil voraussehen, nur bedingt aus Vergangenem ableiten. Darum müssen wir wieder lernen, auf Intuition zu setzen und auf Imagination. „Imagination bedieth forth the forms of things unknown“, sagt Shakespeare am Schluß des „Sommernachtstraumes“. Imagination schafft Dinge, die vorher unbekannt waren. Jede Zeit braucht diese konstruktive Imagination, die ja eine weitaus höhere Funktion erfüllt als der bloß wunderliche Einfall, weil sie eine ferne Beziehung zu jener Kraft in sich trägt, die dem nur zu erahnenden Schöpfungsplan zugrunde liegt. Aber vielleicht hat keine Zeit Imagination so bitter nötig gehabt wie die unsere, das sogenannte technische Zeitalter, in dem ein von vielen Bindungen frei gewordenes Denken und eine auf vollen Touren laufende Industrie beinahe täglich eine verwirrende Fülle neuer Situationen schaffen, in der aber gleichzeitig jeder Verwirklichung der Imagination, auch der einfachsten, von der plumpen Schwerfälligkeit eines aufgeblähten bürokratischen und technokratischen Apparats beinahe unüberwindliche Hindernisse entgegengestellt werden. Ich habe die Betrachtung bis hierher geführt, weil ich einen Standpunkt gewinnen wollte, von dem aus eine Untersuchung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen baukünstlerischem Schaffen und Gesellschaft möglich erscheint. Sie werden schon aus meinem Ansatz erkannt haben, daß ich mein Thema nicht auf den populären Gegensatz von Politiker und Fachmann hin behandeln möchte. Das Gegenteil ist der Fall. Es kommt mir darauf an, bevor ich nun die Dinge mehr aus der Perspektive des Architekten zu betrachten beginne, die gesellschaftlich elementare Funktion des Politikers ausdrücklich zu bejahen und durch die Betonung des schöpferischen Aspektes der politischen Tätigkeit auf eine Verbindung hinzuweisen, die zwischen den beiden Bereichen besteht, die in Zeiten großer baukünstlerischer Leistungen immer eine Selbstverständlichkeit war

und die es nun wieder zu aktivieren gilt.

Lassen Sie mich den nächsten Abschnitt meiner Ausführungen mit der einfachen Feststellung beginnen, daß es bei uns im Lande um die Beziehungen zwischen Architektur und Politik nicht gut steht. Die Politiker sind mit uns unzufrieden, wir sind mit den Politikern unzufrieden, die Bevölkerung ist im Hinblick auf unsere gemeinsamen Hervorbringungen mit uns beiden unzufrieden. Die internationale Kritik nimmt von uns kaum Notiz, und das mit Recht, denn unsere Leistungen sind von wenigen Ausnahmen abgesehen, recht bescheiden. Wenn es richtig ist, daß das, was in einem Lande gebaut wird, ein genauer und unbarmherziger Gradmesser der kulturellen Vitalität eines Volkes ist, und ich persönlich zweifle nicht daran, daß dieser Zusammenhang besteht, dann schneidet Österreich als die vor allem von uns selbst hochgepriesene Kulturnation bei objektivem Vergleich mit anderen Nationen schlecht ab. Fragen wir nach den Gründen. Geht eine historisch-kritische Betrachtung von einer vorliegenden Leistung aus und versuchen wir normalerweise im Zuge der Untersuchungen die Kräfte aufzuspüren, welche die Formen geprägt haben: so müssen wir in unserem Falle mit der Feststellung eines Mangels an bemerkenswerten Leistungen oder wenigstens eines Mangels an Leistungsdichte beginnen und ausgehend von diesem unerfreulichen Tatbestand zu ergründen versuchen, warum er sich ergeben hat. Beginnen wir mit der großen Ausrede, die man wenigstens eine zeitlang für die ganze zivilisierte Welt gelten lassen konnte: mit der industriellen Revolution. Sie hat die alten Träger der Kultur beseitigt, sie hat uns den „Verlust der Mitte“ gebracht, die wir seither nicht mehr finden können, sie hat die Einheit von Wohn- und Arbeitsstätte zerstört, damit die trostlose Formlosigkeit unserer großen Städte herbeigeführt und großen Teilen unserer alten Kulturlandschaft bis heute das Aussehen einer ewig unaufgeräumten riesigen Werkstätte verliehen, sie hat die Landflucht bewirkt und in der Folge davon die katastrophale Verwüstung und Vergeudung unseres Lebensraumes durch die sogenannten wilden

Siedlungen, sie hat neue Materialien gebracht, neue Methoden der Konstruktion, ein Dach kann nun mit hundert verschiedenen Materialien in hundert verschiedenen Neigungen gedeckt werden, sie hat mit den herrschenden Klassen auch den herrschenden Geschmack beseitigt, dem Pluralismus der Gesellschaft entspricht nun ein Pluralismus der Geschmacksunsicherheit, sie hat die Einheit des Lebensstils, sie hat die Einheit der Formen zerstört. Zugegeben, diese gewaltige Wandlung hat viel zerstört. Aber haben wir seither nicht auch Großartiges erreicht? Zum Beispiel echte Fortschritte der Wissenschaft und der Technik in gegenseitiger Befruchtung, die Befreiung der Arbeiterschaft aus unwürdigen Verhältnissen und die Entstehung neuer Haltungen der Arbeitgeber, die zunehmende soziale Sicherheit, die Durchbildung rechtsstaatlichen Denkens, den Abbau der Kolonialherrschaft, den beginnenden Abbau nationaler Grenzen und die Eröffnung neuer, bisher unerschlossener Räume? Es war doch auch eine große Befreiung nach vorne und nach oben. Lehmbruck hat wahrscheinlich recht, wenn er meint, daß diese Befreiung zuerst einmal zur Formlosigkeit führen mußte, und ich glaube sogar, daß der Preis nicht zu hoch war, den wir dafür bezahlt haben. Ich bin sogar bereit, im Element des schon erwähnten Stadtrand-Schimmelpilzes, in der häßlichen und lächerlichen Villa des kleinen Mannes, das Symbol seiner Befreiung zu respektieren, weil ich vom sogenannten kleinen Mann eigentlich sehr viel halte. Aber sie ist und bleibt auch ein Ausdruck unserer gesellschaftlichen Schwäche, die darin besteht, daß wir bisher nicht in der Lage waren, den Strom von freigesetzter Energie, der in dieses wirre Formenchaos sich verliert, in ein Bett zu lenken, in dem er fruchtbar wird. Daß wir einer gewaltigen gesellschaftlichen Wandlung, der Befreiung der Massen, noch immer keinen anderen baulichen Ausdruck verleihen konnten als diesen. Daß der Wille zur Form noch nicht zu seinem Recht kommt, der doch ein konstituierendes Element jeder Kultur war, ist und bleiben muß. Der Kampf für die Form aber ist unsere Sache. Es erhebt sich daher die Frage: Wollen wir nicht

kämpfen, reicht unsere Kraft nicht aus, oder läßt man uns einfach nicht mittun, weil wir nicht zu den wesentlichen kulturtragenden Kräften gezählt werden?

Noch als Student hörte ich den Anspruch eines großen Architekten, ich glaube, er stammt von Frank Lloyd Wright, der gesagt hat, die Architektur der Demokratie unterscheide sich von der Baukunst aller anderen Zeiten vorher grundsätzlich dadurch, daß sie nicht mehr den Mächten diene, die den Menschen beherrschen wollen, sondern dem Menschen selbst. Für mich

Grenzen gestaltet sein. Die Gestaltung wird sich aus der Funktion entwickeln und vielleicht diese Funktion zum Ausdruck bringen. Aber das, was an diesem Bauwerk dann schließlich Baukunst ist, „dient“ nicht nur. Es ist „das reine und genaue Spiel der Formen im Licht“, wie Le Corbusier sagt, ein wesentlicher und notwendiger Beitrag zur Kultur, den nicht nur der Architekt, sondern auch der Auftraggeber leistet, der dieses Spiel innerhalb der gegebenen Grenzen zuläßt, ja vielleicht sogar wünscht. Es liegt eine große Würde in der dienenden Rolle der



Adolf Schmolzer,
„Einkaufszentrum“
1982

und viele meiner Freunde waren diese Worte begeisternd, und ich glaube, daß einige von uns sich redlich bemüht haben, diesem Aufruf nachzukommen und die Verpflichtung anzunehmen, die er enthält. Ich möchte aber jetzt versuchen, von meinem seither erreichten Standort aus zu diesem Wort Stellung zu nehmen. Zuerst zur dienenden Rolle der Architektur: Sofern bei einem Bauwerk künstlerische Qualität erreicht werden konnte, dient das, was an ihm Kunst ist, unmittelbar weder dem Menschen noch den Mächten, die ihn beherrschen können. Architektur soll und wird die Bindung an das Leben nie verlieren. Ein gut gestalteter Industriebau, ich wähle absichtlich einen Extremfall kann natürlich nur innerhalb der vom Zweck gezogenen

Architektur, und ich selbst nehme diese Rolle in meiner eigenen Arbeit sehr ernst, aber wir kommen nicht weiter im Nachdenken über den Zweck der Baukunst, wir können die wahre Bedeutung der Form nicht erkennen, wenn wir nicht wissen und fühlen, daß sich Architektur als Raum- und Formschöpfung aus dem gebundenen Bereich in eine „Sphäre der Zwecklosigkeit“ erheben kann und daß sie gerade von dort her ihre stärksten Wirkungen entfaltet. Soviel zum Dienen. Nun zu den Mächten, die den Menschen beherrschen wollen: solche gibt es auch in der Demokratie, und diesen Mächten dienen heute nicht weniger Architekten in nicht weniger bereitwilliger Weise als in den Jahrhunderten vor uns. Aber die Machtträger werden un-

greifbar. Dafür gibt es Verhaltensweisen und Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die zu Mächten anderer Art geworden sind. Eine solche Erscheinung zum Beispiel, die sehr ernstgenommen werden muß, weil sie das kulturelle Leben ernsthaft gefährdet, ja zum Teil sogar erstickt, ist eine aus der Angst vor jedem Wagnis geborene Ängstlichkeit und geistige Enge. Niemand kann behaupten, daß unser Wiederaufbau sehr phantasievoll in Szene gesetzt worden sei. Es gibt verschiedene berechnete Entschuldigungen für diese Phantasiearmut. Nicht entschuldigbar ist sie dann, wenn es eben bloß bequemer war, die angeblich bewährte Schablone anzuwenden. Immer wieder sehen wir eine gewisse Art von subventionierter Kunst auftauchen, Arbeiten, die sehr geringen oder gar keinen künstlerischen Wert haben. Über Qualitätsfragen können wir Künstler uns untereinander oft nicht einigen. Wir werden daher auch dem Auftraggeber den gutgemeinten Mißgriff zubilligen. Unentschuldigbar bleiben aber Auftragserteilung und Ankauf, wenn mit voller Absicht dem vertrauten Klischee der Vorzug gegeben wurde, nur deswegen, weil kein Widerspruch zu befürchten und diese Art der Erfüllung kultureller Verpflichtung daher die bequemste war. Eine weite, nicht weniger lähmende Erscheinung ist die Anonymität des Auftraggebers. „Kein Künstler“, so hat Pölzig einmal das Verhältnis zwischen Künstler und Auftraggeber beschrieben, kann wirklich Lebensfähiges schaffen ohne Resonanz von Seiten des Bauherrn“. Das Ringen beider Kräfte um die Gestalt des Werkes ist nach seinen Worten ein „honoriger, geistiger Kampf“. Wo sind neben der großen Anzahl von anonym bleibenden Ausschüssen, Vorständen, Gemeinde- und sonstigen Räten die Persönlichkeiten, die als Vertreter dieser Körperschaften einen echten Partner für diesen honorigen geistigen Kampf darstellen? Ich bin so glücklich, in meinem Wirkungskreis einige solche Persönlichkeiten kennengelernt zu haben, leider sind es nur wenige. Wie viele aber könnten Gesprächspartner abgeben und tun es nicht. Die dritte Erscheinung schließlich, die ebenfalls eine lähmende Macht werden kann und der schon

manches zum Opfer gefallen ist, was längst zum Bestand gezählt werden und anregend wirken könnte, ist die Selbstgefälligkeit, die sich bei uns in erschreckender Weise breitgemacht hat. Eine Selbstgefälligkeit, die wir in unseren Kreisen ebensowenig dulden dürfen, wie wir sie bei Politikern und anderen führenden Kräften des Landes für furchtbar halten. Wenn, um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, auf einem so wichtigen Gebiet wie dem des Schulbaues die sogenannten Ideenwettbewerbe so ausgeschrieben werden, daß sie eigentlich nur noch eine bessere Art von Denksportaufgaben sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn zu diesen Bewerbungen selten „überzeugende“ Projekte eingereicht werden. Nur schön in den ausgefahrenen Geleisen bleiben! Wir wissen schon, was die Schule braucht und was sich bewähren wird. Nur keine Experimente! Das ist der seit Jahren unveränderte Tenor der sogenannten Richtlinien zur Erlangung von Ideen für den Bau eines Gymnasiums in Österreich. Dabei wäre gerade das Auffinden neuer Strukturen, neuer räumlicher Konzeption die entscheidende Aufgabe des Architekten und der entscheidende Beitrag, den er der Gesellschaft liefern kann. Louis Sullivan sagt in seinen „Kindergartenchats“, der Architekt habe „to interpret and to initiate“, das Wichtigste in seinem Beruf sei, die Lebensform zu interpretieren und ihr einen entsprechenden Ausdruck zu geben, darüber hinaus aber die Initiative zu ergreifen und in seinen Bauten Programme aufzustellen, zu denen die Phantasie der Behörden unserer Zeit selten fähig ist.

Lassen Sie mich dazu übergehen, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, aber vielleicht in umgekehrter Reihenfolge. Sie lauten dann: 1. Hält man unseren Beitrag nicht für wesentlich und schließt uns daher aus?

2. Reicht unsere Kraft nicht aus oder 3. wollen wir nicht kämpfen?

Zur ersten Frage möchte ich sagen, daß die industrielle Gesellschaft, der wir alle angehören, noch kein bewußtes Verhältnis zu ihrer eigenen, von ihren besonderen Kräften profilierten Kultur gefunden hat. Daß gerade die Kräfte, die sie maßgeblich herbeigeführt haben, erst dabei sind, ein sol-

ches Verhältnis zu gewinnen und große Anstrengungen, die unternommen werden, häufig schon im Ansatz stecken bleiben. Kultur wird immer noch als musealer Besitz betrachtet, als etwas, das sich Gott sei Dank von selbst ergibt, weil es immer wieder Maler, Musiker und Dichter gibt, die brauchbare Werke hinterlassen. Es lebt sich so ganz gut, man verkauft Mozartkugeln und zerstreut sich nach den Mühen des Alltags, der der wirklich ernste Teil des Lebens ist. Dabei wird die Arbeitszeit immer kürzer, die kollektiv geleistete Arbeit, sozusagen die Fron, schrumpft zusammen und ermöglicht endlich wieder individuell gewählte, freiwillig geleistete Arbeit, wie sie der menschlichen Natur gemäß ist. Ich meine damit die Einheit von Persönlichkeit und Werk, wie sie das Kind, der Bauer, der Handwerker verkörpern.

Aber was ergibt sich daraus zunächst. Das sogenannte Freizeitproblem. Hilflös steht er da, der von den Ketten der Arbeit befreite Mensch. Damit ihm nicht langweilig wird, damit er nicht auf schlechte Gedanken kommt, muß er „kultiviert“ werden. Das ist das Freizeitproblem aus passiver Sicht gesehen. Warum sagen wir nicht: Wir wollen eine neue Kultur! Damit wir sie schaffen, damit wir kultiviert leben können, brauchen wir Zeit, Muße, Mittel. Auf, laßt uns dazu die Maschinen ausbeuten, unsere neuen Sklaven! Wir können sie ohne moralische Skrupel für uns arbeiten lassen! Wir hören solche Forderungen nicht, weil unsere Gesellschaft diese Wendung nicht vollzieht. Weil ihre Mitglieder zwar bereits in der Lage sind, zu Tausenden die ehrwürdigsten Kulturstätten aufzusuchen, aber aus der dort zu Tage tretenden Tatsache, daß schon die ältesten Spuren der Menschheitsgeschichte mit den Zeugnissen einer scheinbar zwecklosen Tätigkeit verbunden sind, nämlich den Hervorbringungen der Kunst, noch nicht die Konsequenzen gezogen haben. Erst wenn wieder ins allgemeine Bewußtsein dringen wird, daß ein dem Menschen eingewurzelter Urtrieb und Wille zu Form seit jeher zu den wesentlichen Kräften gehört, die in der Gesellschaft wirken müssen, und Kunst nicht ein zur Not entbehrlicher Luxus, sondern das einzig vollständig Gelun-

gene und Haltbare ist, das dem Menschen in seiner Bedingtheit möglich ist, die höchste Bestätigung seiner Kraft, dem Schicksal wenigstens die gültige Form entgegenzustellen, erst dann wird sich die Lage zum Besseren wenden. Ohne mir Illusionen zu machen, glaube ich daran, daß es dann immer weniger notwendig sein wird, darüber nachzudenken, wie man den Menschen die Zeit vertreiben soll. Wenn die Ziele gesteckt sind, werden sie aus eigenem Antrieb die Zeit mit individueller Arbeit füllen, und sie werden auch bereit sein, Opfer zu bringen. Als Balthasar Neumann das Käppele in Würzburg errichtete, beteiligte sich daran die ganze Stadt. Ein Bürger verpfändete sein eigenes Haus, um die Fertigstellung der Anlage zu ermöglichen. Der Lohn war eine der lebenswürdigsten Raumschöpfungen der Barockzeit, ein vollendeter Ausdruck der Kräfte, die das Werk hervorgebracht hatten: Liebe zu Gott, Liebe zur Welt und ihrer Schönheit, Liebe zum heimatlichen Raum. Darüber hinaus aber geprägte Form, die nun, schon weit entfernt vom Anlaß, der ihre Entstehung ausgelöst hatte, noch immer auf die Gesellschaft einwirkt und zum innersten, sichersten Besitz des Bürgers gehört. Für diejenigen von Ihnen, die das Käppele nicht kennen, darf ich eine kurze Beschreibung versuchen: Auf einer Anhöhe, die zum Main hin steil abfällt, steht eine kleine Wallfahrtskirche mit zwei Türmen. Von der Plattform, auf der die Kirche steht, blickt man auf die Stadt mit ihren Kuppeln und Dächern, auf die Residenz, auf die Gebäude der Universität, auf die Brücken, auf das umliegende Land mit seinen Feldern und Weinbergen, auf die am selben Ufer schräg gegenüberliegende Marienburg. Von der Stadt aus erreicht man das Käppele, so heißt die Kirche, über eine aufsteigende Folge von Plattformen, die miteinander durch zweiarmige Treppen verbunden sind. Die Treppenarme umfassen Kapellen, deren Kuppeln sich in der Verkürzung hinter- und übereinander schichten und schließlich von der Silhouette der Kirche aufgefangen werden. Die Achse der Anlage ist von der Kirche aus auf das Herz der Stadt gerichtet, wie die von Michelangelos Kapitol in Rom; ein barocker Raumbezug. Aber der Aufstieg, der durch die kunstvolle Füh-

rung der Treppen um diese Achse herum pendelt und immer wieder zu Drehungen und Wendungen Anlaß gibt, erschließt den ganzen Raum so, wie der Weg um das Impluvium das Innere des römischen Hauses aufschloß. Die Plattformen sind von Platanen überschattet, die über jedem dieser kleinen Plätze einen wundervollen Raum aufwölben, aber die Wände freilassen, so, daß zwischen den blanken Stämmen mit zunehmendem Höhereichreiten das vertraute Bild der Stadt hereinzuwirken beginnt und nicht nur das Erfassen des von Menschenhand gestalteten Raumes selbst, sondern darüber hinaus die Besitzergreifung des Gesamt-raumes der Stadt auf eine ganz bestimmte Weise vollzogen werden kann. Das ist ein Ergebnis von sozialer und räumlicher Imagination, hier hat eine Gesellschaft sich selbst eine Bühne und einen Rahmen geschaffen, hier wird aber auch spürbar, wie Kunst über die Zeiten hinweg den Menschen und die Gesellschaft formt. Man braucht nur an einem Sonntagnachmittag die Treppen einmal hinauf- und einmal hinunterzusteigen, um menschliche Verhaltensweisen zu erleben, die nur zum Teil noch etwas mit der ursprünglichen Funktion der Anlage zu tun haben. Viele von ihnen sind erst von der geschaffenen Form hervorgerufen worden. Seit es das Käppele gibt, kann sich der Würzburger in einer neuen Weise als Bürger seiner Stadt empfinden, wenn er eingefügt in diese Form und sich in ihr bewegend von seinem Raum Besitz ergreift. So hätte man die Funktion der Form erleben können in den Thermen Roms, so kann man sie erfassen auf der Piazza San Marco in Venedig, aber ich habe mit Absicht ein Beispiel im kleinen Maßstab gewählt, das eine bürgerliche Gesellschaft mit bescheidenem Aufwand, sagen wir, auf heutige österreichische Verhältnisse übertragen, mit 15 Millionen Schilling geschaffen hat. Es gibt natürlich auch moderne Beispiele, etwa die Lijnban in Rotterdam oder Scharouns Berliner Philharmonie. In Österreich sind davon nicht viele zu finden. Resümee: Wir sind nicht gerade aufgeschlossen, einigen von uns mag es gelungen sein, Vorstöße zu unternehmen und Terrain zu gewinnen, aber zu einem echten Gespräch, zu einem fruchtbaren Arbeits-

verhältnis zwischen den Repräsentanten der Gesellschaft und uns ist es noch nicht gekommen, wir bewegen uns noch immer am Rande des Geschehens. Der Ertrag ist den Verhältnissen entsprechend mager. Zur zweiten Frage, ob denn unsere Kraft wohl ausreiche, möchte ich sagen, daß wir allen Grund haben, uns kräftig anzustrengen. Beginnen müssen wir bei der Ausbildung des Nachwuchses auf unseren Hochschulen. Es ist höchste Zeit, den Studienplan der Architekturschulen den geänderten Verhältnissen anzupassen. Ich habe schon bei der Beschäftigung mit der Gestalt des Politikers die Fähigkeit zur Einfühlung und zur Zusammenschau gefordert, deren dieser so dringend bedarf. Dieselben Fähigkeiten braucht der Architekt in ganz besonderem Maße. In unserer Zeit, die täglich eine Flut von neuen Materialien auf den Markt wirft, in der die Methoden der Konstruktion sich ständig ändern, in der die immer weiter um sich greifende Spezialisierung zur Formlosigkeit führt, wenn nicht gar zur Formfeindlichkeit führt, muß dem künftigen Architekten schon in den Hörsälen und Seminaren klargemacht werden, daß es nicht genügt, sich als Spezialist für Form unter anderen Spezialisten zu behaupten, sondern daß der Architekt seiner eigentlichen Berufung nur dann gerecht werden kann, wenn es ihm gelingt, die von den Spezialisten gelieferten Elemente zu einem geschlossenen Ganzen zusammenzufügen. Das bedeutet keine Abwertung des Spezialistentums. Es ist einfach die spezifische Aufgabe des Architekten, die abschließt, daß er selbst ein Spezialist ist. Damit dieses Ziel erreicht werde, müssen wir abgehen davon, ein unnötiges Übermaß an enzyklopädischem Wissen zu vermitteln, und Methoden der Erziehung entwickeln, die auf das Erfassen von Zusammenhängen, die Schärfung der eigenen Urteilskraft und die selbständige Vertiefung der vom Lehrer vermittelten Einblicke gerichtet sind. Sehr wichtig wird es sein, mehr und eindringlicher als bisher den Studenten auf die Stellung des Architekten in der Gesellschaft vorzubereiten, gerade deswegen, weil diese Stellung von der gegenwärtigen Gesellschaft noch nicht garantiert erscheint. Da der Architekt heute die Aufgabe hat, der

technischen Zivilisation ein Höchstmaß an Form abzurufen, halte ich es nicht für falsch, daß er auch an Technischen Hochschulen ausgebildet wird. Wer befürchtet, daß an Technischen Hochschulen die „künstlerische“ Ausbildung zu kurz kommt, muß bedenken, daß es keinen Sinn hat, vor der Realität die Augen zu verschließen. Wir werden uns die erforderliche Autorität nur dann verschaffen, wenn wir die Welt der Technik kennen und mit den Spezialisten in der Sprache des Technikers reden können. Die entwerferische Ausbildung darf dabei aus vielen Gründen, die ich angedeutet habe, keinesfalls zu kurz kommen. Sie muß meiner Meinung nach sogar intensiviert werden. Aber ich halte es für richtig, daß sie sich angesichts der an einer Technischen Hochschule besonders eindrucksvoll erfaßbaren Problematik der Technik vollzieht. Die hohen Anforderungen, die der Beruf stellt, verpflichten uns auch, über Ausleseverfahren nachzudenken. Schöpferische Begabung kann geweckt werden, aber sie läßt sich schließlich nicht erlernen. Daraus müssen wir, nicht zuletzt im wohlverstandenen Interesse der Studenten selbst, die richtigen Konsequenzen ziehen.

Zur letzten Frage, ob wir vielleicht nicht kämpfen wollen, muß ich sagen: Wir wollen schon, aber wir haben keine Ausdauer. Die allgemeine soziale Lethargie hat auch vor dem Architektenstand nicht haltgemacht. Ab und zu raffen wir uns auf und bringen die Architektur wieder einmal ins Gespräch. Ein Manifest wird verfaßt, Revolutionsstimmung verbreitet sich, ein paar Politiker, Beamte, Kollegen werden angerempelt, und dann wird es wieder ruhig. Was wir aber brauchen, sind Kämpfer mit Konzept und langem Atem. Bakema ist ein solcher, oder Rainer. Zunächst müssen wir in ein anderes Verhältnis zur Gesellschaft und zu ihren Repräsentanten kommen. Ist die soziale Lethargie des Mannes auf der Straße schon tief bedauerlich, so dürfen wir in unserem Kreis die pessimistische Ansicht, daß „die da oben ja doch machen, was sie wollen“, keinesfalls weiter um sich greifen lassen. Wir müssen aus der Passivität heraustreten und aktiv werden. Wir anerkennen und betonen die gesellschaftliche Führungsfunktion des Politikers, aber am

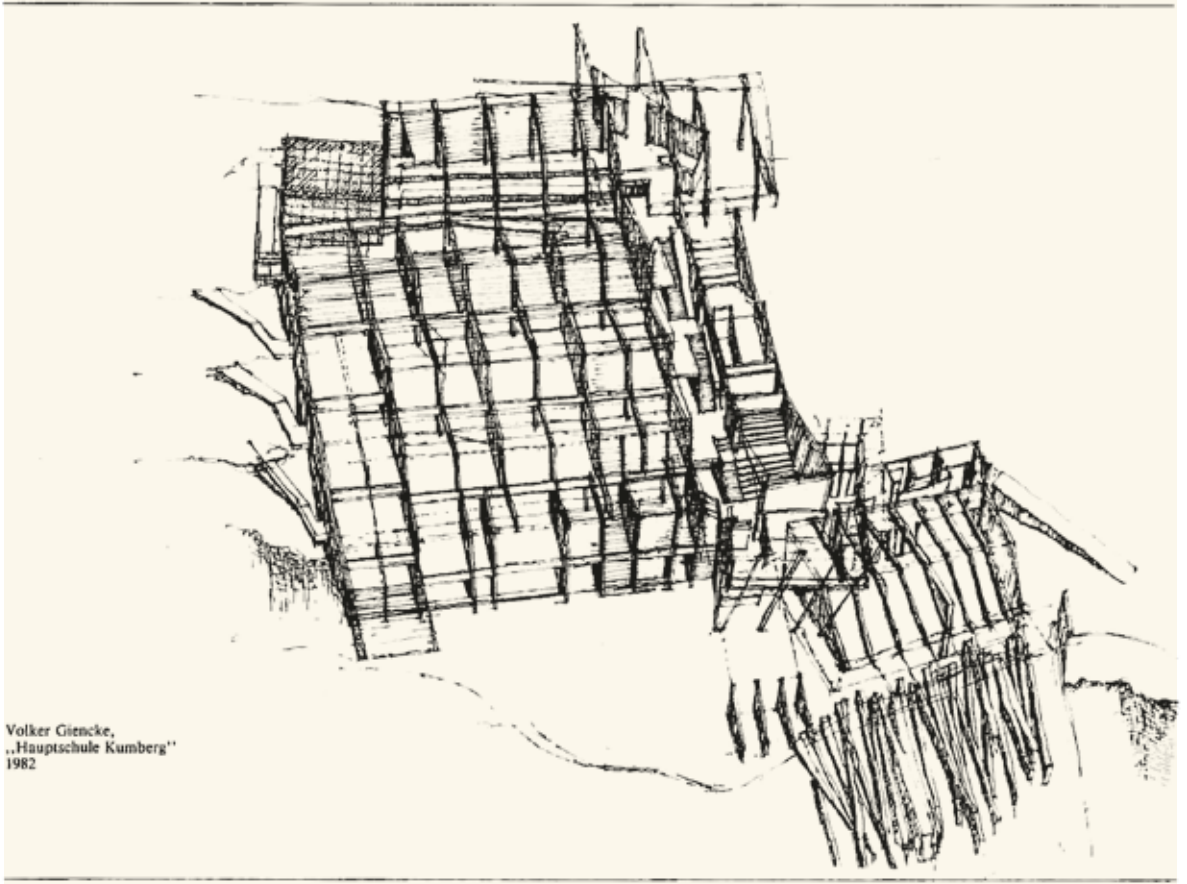
Zustandekommen kultureller Leistungen sind auch wir führend beteiligt. Dieser Anspruch muß immer wieder angemeldet werden. Ich komme zum Schluß: Meine Betrachtung hat vernachlässigt, daß es natürlich auch architektonisches Schaffen außerhalb des Spannungsfeldes gibt, auf dem Politiker und Architekten sich zu bewegen haben. Aber im Hinblick darauf, wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir damit rechnen, daß uns der Politiker, der an seine Weisungen gebundene Beamte als bedeutendste Repräsentanten der gesellschaftlichen Kräfte, die zur Entfaltung unseres Schaffens den Auftrag geben können, gegenüber treten. Architektur kann sich auf Dauer nicht entfalten und entwickeln, wenn sie nicht verwirklicht wird. Darum müssen wir nicht nur ins Gespräch kommen, wir müssen im Gespräch bleiben und müssen es tapfer und fruchtbar führen. Das, was als fertiges Werk schließlich vor uns steht, ist nicht das Werk des Architekten allein. Es ist ein gemeinsam erdachtes, gemeinsam verwirklichtes, gemeinsam zu verantwortendes Werk. Für die Formqualität allerdings ist der Architekt allein verantwortlich. Damit er diese Verantwortung auf sich nehmen kann, muß man ihm Freiheit gewähren, wo dies nur irgend möglich ist. Das setzt Vertrauen voraus. Damit es gegeben wird, müssen wir durch Leistung und Haltung vertrauenswürdig erscheinen. Der Provinzialismus ist ein betrübliches Merkmal österreichischer Architekturproduktion geworden. Er hat seine Wurzeln in einer allgemeinen Ängstlichkeit und Enge, in einer allgemeinen sozialen Lethargie, in einer ungesunden Isolierung des Einzelnen, die zur Gleichgültigkeit, zum Mißtrauen, ja zum Zynismus führt, und in der spießbürgerlichen Selbstgefälligkeit, die sich im ganzen Lande breitgemacht hat auf fast allen Gebieten des Lebens, nicht zuletzt auch im politischen Bereich. Wir brauchen neue Verhaltensweisen. Diese werden nicht nur von der Politik herbeigeführt, sie werden auch bewirkt von neuen Raumkonzeptionen, von der aus schöpferischer Kraft geprägten Form. Freie Entfaltung der Persönlichkeit in einer freien Gesellschaft verkündigen unsere demokratischen Politiker als oberstes Ziel ihrer

Parteiprogramme. Einverstanden! Stellen wir Konkretisierungen solcher Ideen glaubhaft vor den Wähler hin, bauen wir z. B. Verwaltungsgebäude, Rathäuser, Ministerien, in welchen sich der Bürger wirklich als freies Mitglied einer freien Gesellschaft fühlen kann. Dazu muß man eben doch den Mut zum Experiment haben und das Vertrauen auf die Kraft der Imagination. Dasselbe gilt vom Wohnungsbau. In erster Linie geht es nicht um den Bau von Wohnungen, sondern um das Leben, das sich in den Wohnungen entfalten soll. Dieses Leben wird natürlich von der Politik maßgeblich bestimmt, aber wohl ebensosehr von der räumlichen Struktur der Wohnung selbst und ihrer Einfügung in den größeren räumlichen Organismus der Ansiedlung oder der Stadt. Den Politikern muß klarwerden, daß sie uns ebenso brauchen, wie wir auf sie angewiesen sind. Es hat keinen Sinn, dem Drängen junger schöpferischer Kräfte scheinbar nachzugeben, einen Wettbewerb zu veranstalten, damit das Kind einen Namen hat, und sie dann mit der Entscheidung einer bürokratisch beherrschten Jury abzuspeisen. Das sind Hineinleger, das ist eine Vergeudung kreativer Kräfte. Wir brauchen ein Arbeitsklima, das von gegenseitigem Vertrauen getragen wird. Stellen wir uns gemeinsam fachkundiger Kritik, die wir nicht fürchten, sondern herausfordern sollten, sie sorgt für eine saubere Atmosphäre und für Spannung. Spannung ist gut. Architektur ist immer nur aus Spannung entstanden.

Ich schließe mit einem Wort Eduardo Torrojas, des großen spanischen Konstrukteurs und bitte Sie nun, das, was er im Hinblick auf sein eigenes Fach sagt, sinngemäß auf unser heutiges Thema anzuwenden: „Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß in gewissen Fällen nicht ein besonderes Tragwerk entworfen und gebaut werden sollte, bei dem teilweise die Wirtschaftlichkeit der Verpflichtung eines jeden geopfert wird, sein Sandkorn zum allmählich anwachsenden Bestande an Wissen beizutragen, ohne dabei jemanden zu täuschen, und am wenigsten denjenigen, der das Geld für die Verwirklichung dieses Bauwerkes hergibt. Man muß immer mit vollem Bewußtsein handeln, nach reiflicher Überlegung

und erst, nachdem man voll überzeugt ist, daß es wirklich der Mühe wert ist, die Ausführung wie vorgesehen zu gestalten. In diesen Fällen ist das oben Angedeutete vollkommen gerechtfertigt. Besonders die großen Unternehmungen und hauptsächlich die staatlichen müssen sich mehr verpflichtet fühlen, auf lange Sicht hin und mit ausgedehnterem Blickfeld zu arbeiten, als innerhalb der eng gezogenen Grenzen eines einzelnen Bauweskes, nämlich mit der ganzen nationalen Technik als Horizont, die gerade diese Beschützung und Förderung benötigt, um sich

wie die unsere, noch immer gekennzeichnet ist durch eine tiefe Kluft zwischen künstlerischem Schaffen und Publikum. Diese Kluft ist eines der großen Ärgernisse unserer Zeit. Wir dürfen uns mit ihr nicht abfinden. Darum müssen wir immer wieder versuchen Brücken zu schlagen, und zwar von beiden Seiten her ●



Volker Giencke,
„Hauptschule Kumburg“
1982

gebührend entfalten zu können...

Schließlich muß der Entwerfer wie jeder andere Künstler von der ihm umgebenden menschlichen Gesellschaft verstanden werden; wenigstens von der Berufswelt, mit der er den engsten Kontakt hat; jedoch wenn möglich auch von weiteren Kreisen der gesamten Gesellschaft; von jenen, die man einfach Publikum nennt und die nicht nur das anonyme Publikum darstellen, sondern auch den Grundeigentümer, den Bankier, die Kritiker, die Direktoren der öffentlichen Behörden einschließen. Niemals nämlich hat sich Kunst inmitten eines Volkes entwickelt, das nicht genügend kultiviert war, um diese Kunst schätzen zu können".

Torrojas stolzes Wort mag einer Gesellschaft anmaßend erscheinen, die,

Architekturpolitik in Österreich und Europa – ein Status quo

ROBERT TEMEL

Architekturpolitik oder – das ist der Begriff, der in der jüngsten Vergangenheit im deutschsprachigen Raum bevorzugt wird – Baukulturpolitik ist mit wenigen Ausnahmen ein vergleichsweise junges Politikfeld. Das ist verwunderlich, sollte doch leicht verständlich sein, dass es beim politischen Handeln, welches unsere gebaute Umwelt steuert und beeinflusst, um einen extrem wichtigen Tätigkeitsbereich geht. Das gilt schon lange, weil die Art, wie unsere Städte, Dörfer, Landschaften gestaltet werden, wie unsere Gebäude, Infrastrukturen und Verkehrsverbindungen gebaut werden, wie und wo wir wohnen, arbeiten, einkaufen, unsere Freizeit verbringen, stark unsere Lebensqualität beeinflusst, zum Negativen wie zum Positiven. All das ist räumlich und durch die raumbezogenen Gestaltungsprofessionen bestimmt. Dabei geht es sowohl um die Gebäude und gebauten Strukturen selbst, ob bereits seit langem bestehend oder neu errichtet, als auch um die damit zusammenhängenden Prozesse: Wie wird über das Bauen entschieden, wie wird es rechtlich,

administrativ, politisch kontrolliert, wie wird geplant, wer bestimmt mit, wie wird gebaut, wie wird schließlich das gebaute Resultat genützt, angeeignet, verändert, umgebaut, abgerissen? Diese kursorische Aufzählung macht deutlich, dass es um Kultur, eben um Baukultur geht – um Haltungen, Werte, Bedeutungen, um Handlungsweisen, Professionen, Prozeduren, um die materiellen, immateriellen, symbolischen, funktionalen, also kulturellen Strukturen, die die gebaute Umwelt und unsere Existenz in ihr ausmachen.

Trotzdem ist der Begriff „Baukultur“, der vor etwa zwanzig Jahren im Fachdiskurs an Bedeutung gewann, in einer breiteren Öffentlichkeit nach wie vor schwer verständlich. Deshalb wird auch heute noch oft, vor allem außerhalb des deutschsprachigen Raums, der Begriff „Architekturpolitik“ verwendet, der aber ebenso missverständlich ist. „Baukulturpolitik“ soll im Vergleich zu „Architekturpolitik“ deutlich machen, dass es in diesem politischen Handlungsfeld auf vielfältige Weise um mehr und anderes als nur



**Es geht um mehr,
weil auch Raumplanung,
Stadtplanung, Städtebau,
Landschaftsarchitektur,
Infrastrukturbau etc.
gemeint sind.**

ROBERT TEMEL

Architektur geht: Es geht um mehr, weil auch Raumplanung, Stadtplanung, Städtebau, Landschaftsarchitektur, Infrastrukturbau etc. gemeint sind; es geht um mehr, weil nicht nur „besonders wertvolles“ Bauen, sondern jede Form des Bauens gemeint ist; es geht um anderes, weil auch Formen der Produktion und Nutzung, des Umgangs mit der gebauten Umwelt und der Kultur als Lebensweise betroffen sind; und es geht schließlich auch um anderes, weil es sich nicht vorrangig um lebensferne „Hochkultur“ dreht, sondern um Alltag, der uns alle betrifft. Die kulturelle und soziale Entwicklung, die Lebensqualität und der Wohlstand unserer Gesellschaften hängen wesentlich von der Qualität der gebauten Umwelt, der Baukultur ab. Diese Qualität ist jedoch sehr schwierig zu sichern, weil sie von allen Politikbereichen und Entscheidungsebenen mitbestimmt wird. Deshalb legen viele europäische Staaten übergreifende, systematische Baukulturpolitiken fest.

Mit der Ausnahme Frankreichs, wo es bereits seit den 1970er Jahren ein eigenes Architekturgesetz gibt, entstand Baukulturpolitik in Europa Anfang der 1990er Jahre und hat seither stetig an Bedeutung gewonnen. Während der 1990er Jahre wurden vor allem nordeuropäische Länder aktiv, zunächst die Niederlande, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland und Großbritannien. Das Dokument „Europe and Architecture Tomorrow“ des Architects' Council of Europe von 1995 war für viele Länder ein Anlass, sich dem Thema zu widmen. Diese Länder verfassten meist eine offizielle Erklärung mit umfassendem Anspruch zum Thema Baukultur, in der Ziele für die Steigerung der Qualität der ge-

bauten Umwelt festgelegt waren. Diese Erklärungen wurden von der Regierung oder vom Parlament beschlossen und oft durch Maßnahmenpakete ergänzt. Auch wenn es auf europäischer Ebene seit Ende der 1990er Jahre mit dem European Forum for Architectural Policies (EFAP) eine Austauschplattform gab, befasste man sich lange Zeit auf politischer europäischer Ebene kaum mit dem Thema. Doch der Austausch trug dazu bei, dass auf nationaler Ebene ein Land nach dem anderen sich die Etablierung einer Baukulturpolitik zum Ziel setzte, sodass es heute mehr als zwanzig nationale Architekturpolitiken in Europa gibt, zuletzt beispielsweise in Kroatien, Ungarn, Tschechien, Slowenien – und Österreich.

Die Niederlande waren die Ersten und sind, auch wenn mittlerweile aufgrund von Regierungswechseln manche Errungenschaften wieder zurückgenommen wurden, in vieler Hinsicht nach wie vor vorbildlich. Die integrierte Architekturpolitik startete 1992 mit der Nota over het Architectuurbeleid (Bericht über die Architekturpolitik), weiterführende Berichte folgten im Rhythmus von etwa fünf Jahren. Jede Nota hatte das Ziel, die allgemeine Architekturqualität zu heben, wobei jedes Mal andere Mittel im Zentrum standen: zuerst die breite Öffentlichkeit, dann das Qualitätsbewusstsein unter öffentlichen und privaten Auftraggebern, dann die öffentliche Hand als Vorbild. Mittlerweile werden die Notas von insgesamt sieben Ministerien gemeinsam herausgegeben. Bemerkenswert vor allem an der zweiten und dritten Nota war die Tatsache, dass die Programme dezidiert soziale und umweltpolitische Fragestellungen integrier-

ten, seit 1996 sind die Thematiken Städtebau, Landschaftsplanung, Infrastruktur und Raumordnung Teil der Berichte. Zentrale Elemente dieser Politik sind das seit 1988 bestehende Niederländische Architekturinstitut (NAi) in Rotterdam, eines der größten Architekturhäuser (heute Het Nieuwe Instituut, das neben Architektur auch Design und digitale Kultur ausstellt), das durch ein Netz von etwa 50 lokalen Architekturhäusern im ganzen Land ergänzt wird; die Stiftung Architectuur Lokaal, die lokale Verwaltungen unterstützt und berät sowie bei der Entwicklung einer eigenen Architekturpolitik hilft; sowie der Stimulierungsfonds für Architektur, der Förderungen für Vermittlungsprojekte, Modellprojekte, (design-based) research, experimentelle Projekte, für Gemeinden und Bauherreninformation vergibt.

In Österreich gibt es seit 1987, als die Reste des Bautenministeriums in die Bundesimmobiliengesellschaft ausgelagert wurden, auf Bundesebene keine zentrale politische Verantwortung für Baukultur mehr, das Thema wurde im Wesentlichen auf die Länderebene verlagert. Ein erster zivilgesellschaftlicher Anstoß, Baukultur auch auf Bundesebene wieder zu thematisieren, fand anlässlich der Nationalratswahl 2002 statt. Daraus entstand schließlich im Jahr darauf die Plattform Baukulturpolitik, ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss der Akteure im Baukulturfeld: Universitäten und Fachhochschulen, Kammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Architekturvermittlungsinstitutionen – die Plattform hat heute 35 institutionelle Mitglieder. Ein erster Schritt war die Organisation einer parlamentarischen Enquete 2004, aus der sich die Einführung eines regelmäßig alle fünf Jahre zu verfassenden Baukulturreports (bisher 2006, 2011, 2017) sowie eines Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt entwickelte. Der Beirat besteht aus Vertreterinnen und Vertretern aller Bundesministerien, verschiedener anderer Bundeseinrichtungen, der Fachöffentlichkeit sowie (ohne Stimme) der Bundesländer und soll die Bundesregierung in baukulturellen Fragen beraten. Die Baukulturreporte, die vom Beirat begleitet werden und bisher stets von der Plattform Baukulturpolitik verfasst wurden, befassen sich mit Status quo und Entwicklungspotenzialen der

Baukultur in Österreich. Die Vielzahl der dabei entwickelten Empfehlungen besaß jedoch kaum Chancen auf Umsetzung, weil auf Bundesebene niemand umfassende strategische oder gar operative Kompetenzen für Baukultur besitzt. Deshalb wurde nach dem zweiten Baukulturreport 2011 als Ziel formuliert, erstens baukulturelle Leitlinien des Bundes zu erarbeiten und zweitens eine Agentur für Baukultur in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern einzurichten, die sich mit der Umsetzung der Leitlinien befasst. Zumindest Ersteres konnte mittlerweile erreicht werden. 2016 startete ein umfassender Beteiligungsprozess, an dessen Ende Mitte 2017 schließlich die Leitlinien von der Bundesregierung beschlossen wurden. Das Dokument umfasst zwanzig Leitlinien in sechs Handlungsfeldern: Orts-, Stadt- und Landschaftsentwicklung; Bauen, Erneuern und Betreiben; Prozesse und Verfahren; Bewusstseinsbildung und Beteiligung; Wissenschaft und Kompetenzvermittlung sowie Lenkung, Kooperation und Koordination. Den Leitlinien ist ein Impulsprogramm mit 49 Maßnahmen zugeordnet. Was jedoch nach wie vor fehlt, ist eine operative Struktur auf Bundesebene, die sich um die Umsetzung kümmert – die genannte Agentur. Aktuell ist damit eine Arbeitsgruppe des Beirats für Baukultur befasst, dabei handelt es sich aber, wie erwähnt, um ein Beratungsgremium ohne eigene Ressourcen.

Parallel zu den österreichischen Leitlinien entstand mit der Anfang 2018 beschlossenen Davos Declaration Towards a high-quality Baukultur for Europe ein umfassendes Dokument auf europäischer Ebene, das auf weitere übernationale Entwicklungen hoffen lässt. So wurde beispielsweise mittlerweile im aktuellen Arbeitsplan für Kultur der Europäischen Union ein Kapitel über Baukultur eingefügt – das ist neu, bisher befasste man sich damit eher unter den Überschriften Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Im Herbst 2018 fand in Wien im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft die European Conference for Architectural Policies statt. Und so, wie sich das Thema nach oben, nach Europa verlagert, gewinnt es auch zwei Ebenen darunter, bei den Bundesländern, Regionen und Städten, an Bedeutung. Bereits seit langem wird Baukulturpolitik beispielsweise in



- Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Hermann Eisenköck.

Finnland und Dänemark regional entwickelt und betrieben. In Österreich besitzen die Steiermark und Wien baukulturpolitische Dokumente, einige andere Bundesländer befassen sich aktuell mit dem Thema und wollen teilweise ebenfalls ein solches Dokument verabschieden.

Damit ist Baukulturpolitik heute in vielfältigen Bereichen und Niveaus angekommen, auch wenn man manchmal den Eindruck gewinnt, dass die Lust daran, unverbindliche Ziele zu deklarieren, größer ist als jene, konkrete Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele zu definieren, zu finanzieren und umzusetzen. Damit ist die Politik alles andere als zu früh dran: Gerade heute, in Zeiten eines sich beschleunigenden Klimawandels, steigender Wohnpreise, wachsender Großstädte

und schrumpfender ländlicher Regionen ist baukulturpolitisches Handeln so wichtig wie noch nie. Der dritte österreichische Baukulturreport hat als strategische Leitgedanken für dieses Handeln fünf Sätze formuliert, die alle Akteure in diesem Feld berücksichtigen sollten und die eine Richtung vorgeben: Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern! Gemeinwohl stärken! Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen! Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen! Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!

Quellen

www.baukultur.gv.at
www.baukulturpolitik.at
www.baukulturreport.at

Unsere Baukultur ist eine Visitenkarte Österreichs

GERNOT BLÜMEL

Auch Bauen ist Kultur. Dieses Bewusstsein ist in Österreich weit verbreitet und trägt auch maßgeblich zur Vorreiterrolle bei, die viele Gegenden Österreichs in Hinblick auf die Baukultur innehaben. Dieses Bewusstsein wollen wir schärfen, damit wir in Österreich das kulturelle Erbe von morgen schaffen. Darum verfolgen wir die Umsetzung einer zukunftsorientierten und gleichzeitig nachhaltigen österreichischen Baukultur. Denn: Die Baukultur ist eines der sichtbarsten Zeichen – sozusagen die Visitenkarte Österreichs. Gerade hier muss es uns gelingen, Tradition und Innovation zu vereinen. Zukunftsentwicklung und kulturelles Erbe kann nicht nur unter ein gemeinsames Dach gebracht werden, sondern sich ergänzen und besonders werden.

Das vergangene Jahr stellt einen wichtigen Meilenstein in der kontinuierlichen Entwicklung von Baukultur in Österreich dar. Im März hat der dritte Österreichische Baukulturreport den Ministerrat passiert und war dabei begleitet von kräftigem Rückenwind auch auf europäischer Ebene: Im Jänner 2018 wurde die Davos-Deklaration 2018 verabschiedet. Dieses Schlüsseldokument, das am Rande des Weltwirtschaftsforums

von den europäischen Kulturministern verabschiedet wurde, zeigt, wie eine hohe Baukultur in Europa politisch und strategisch verankert werden kann. Zugleich ist es aber auch ein klares Plädoyer für Kooperation, Interdisziplinarität und Partizipation – und damit für gemeinschaftliche Verantwortung.

In Österreich hat diese gemeinschaftliche Verantwortung eine lange Tradition. Der Beirat für Baukultur, der im Bundeskanzleramt angesiedelt ist, berät alle Dienststellen auf Bundesebene dabei, das Prinzip der Baukultur zu verankern. Zusätzlich versteht er sich als Dialogforum von Architektur und Bauwesen sowie Politik und Verwaltung. Der Fokus des Baukulturbeirats liegt auf der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Baukultur mit dem Ziel, ein breites Verständnis von Baukultur als Querschnittsmaterie zu etablieren. Dieses Gremium, in dem auch alle Ministerien vertreten sind, ermöglichte zuletzt mit den Baukulturellen Leitlinien des Bundes die Schaffung einer Gesamtstrategie, die alle Bereiche der Republik umfasst.

Bauen geht weit über die Erfüllung eines reinen Zwecks hinaus. Bauen ist eben Kultur und bestimmt maßgeblich die Gestaltung unserer



Denn klar ist: Österreich ist eine Kulturnation und genießt national wie international hohes Ansehen dafür.

GERNOT BLÜMEL

Lebensräume. Hier sind auch die Baukulturellen Leitlinien ein wichtiges und wesentliches Element. Sie bilden gemeinsam mit dem dritten Österreichischen Baukulturreport die Basis für Expertengespräche auf allen Ebenen, die aktuell in allen Bundesländern stattfinden. In diesem Rahmen werden zukunftsweisende Themenstellungen diskutiert – wie etwa die effiziente Verbreitung und Umsetzung der Leitlinien in allen Gemeinden, potenzielle gebietskörperschaftenübergreifende Kooperationen, Optimierungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern oder auch bundesländerspezifische Fragestellungen. Die Baukulturellen Leitlinien des Bundes sind in sechs Themengebiete unterteilt:

1. Orts-, Stadt- und Landschaftsentwicklung
2. Bauen, Erneuern und Betreiben
3. Prozesse und Verfahren
4. Bewusstseinsbildung und Beteiligung
5. Wissenschaft und Kompetenzvermittlung
6. Lenkung, Koordination und Kooperation

Zusätzlich werden die Leitlinien durch Impulsmaßnahmen ergänzt. Mit dem im Impulsprogramm vorgesehenen ressortübergreifenden Baukultur-Monitor werden die erzielten Wirkungen beobachtbar gemacht.

Im Sinne einer Weiterentwicklung der Gesamtstrategie für Baukultur auf Bundesebene in Richtung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften betont der dritte Baukulturreport die Rolle der öffentlichen Hand als wichtigen „Motor“ von Baukultur. In den vier Politikfeldern Landschaft als Ressource, Stadt und Region, Wohnbau sowie öffentlicher

Sektor wurden erstmals auch drei Szenarien entwickelt, um die langfristige Diskussion über unsere weitere Entwicklung im Bereich Baukultur in Österreich anzuregen. Am Ende stehen fünf strategische Leitgedanken, die sich am Zeithorizont 2050 und darüber hinaus orientieren:

1. Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern!
2. Gemeinwohl stärken!
3. Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen!
4. Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen!
5. Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen!

Alle diese Bestrebungen auf bundespolitischer Ebene haben unter anderem zum Ziel, das notwendige Gleichgewicht zwischen den kulturellen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und technischen Aspekten von Planung, Gestaltung, Erstellung und Umnutzung im Interesse des Gemeinwohls auch in Zukunft beibehalten zu können. Denn klar ist: Österreich ist eine Kulturnation und genießt national wie international hohes Ansehen dafür. Aber wir dürfen uns nicht nur auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, sondern es ist unsere Verantwortung, diesem Ruf auch in Zukunft gerecht zu werden. Denn Österreichs kulturelles Erbe – und die Baukultur hat hier wesentlichen Anteil daran – gehört uns allen, darum müssen wir es gemeinsam entstauben, schützen und weiterentwickeln. Damit sich auch zukünftige Generationen noch daran erfreuen können, denn wir alle sind die Erben des Erbes.

Baukultur für Terrestrische

CHRISTIAN KÜHN

Das Weltwirtschaftsforum in Davos steht für eine Form von Globalisierung, die oft mit der Gleichschaltung der Weltwirtschaft unter der Flagge des Neo-Liberalismus verbunden wird. Dass ausgerechnet hier, am Vorabend der Eröffnung im Jänner 2018 eine „Davos-Deklaration für hochwertige Baukultur“ von über 30 Kulturministern und Vertretern internationaler Institutionen diskutiert und unterzeichnet wurde,¹ ist auf den ersten Blick überraschend. Der Hintergrund ist leicht erklärt: Alain Berset, Schweizer sozialdemokratischer Bundesrat und turnusmäßig für das Jahr 2018 als Bundespräsident Regierungschef der Schweiz, hatte das Thema Baukultur zu einem der zentralen Bausteine seiner Jahresagenda gemacht. Eine Unterzeichnung der Deklaration im Umfeld des Forums sollte dem Thema entsprechende mediale Aufmerksamkeit sichern. Die Vorbereitung der Deklaration durch eine international besetzte Redaktionsgruppe hatte über ein Jahr gedauert. Die Deklaration enthält vor allem Bekenntnisse: zur Bedeutung der gestalteten Umwelt in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht sowie zum Wert und zur Unersetzbarkeit des kulturellen Erbes. „Baukul-

tur“, so heißt es in der Deklaration, „ist ein Gemeingut, für das Regierungen, Organisationen und der private Sektor gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen.“ Die Unterzeichner verpflichten sich, die Idee einer hochwertigen Baukultur auf allen Ebenen des Gemeinwesens zu verbreiten und zu einer Kernaufgabe ihrer Politik zu machen; Verfahren und Prozesse der Entstehung von Baukultur zu verbessern; alle relevanten Akteure anzuhalten, die positive Wirkung hochwertiger Baukultur auf das Gemeinwohl zu erkennen und entsprechend dazu beizutragen, insbesondere in Rahmen von baukultur-relevanten Investitionen. In längstens zehn Jahren, so sieht es die Deklaration vor, wird sich die Runde der Unterzeichner wieder treffen, um Bilanz zu ziehen.

Am Abend nach der Unterzeichnung entstand ein Foto, das die Delegationsleiter und die Gastgeber zeigt. In der ersten Reihe, links der Mittelachse des Bildes, Bundespräsident Alain Berset, rechts von ihm der Gründer und Direktor des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab mit seiner Frau Hilde. Schwab hatte davor eine Rede gehalten, in der er den versammelten Delegationen Rosen streute. Kultur sei heute ein



Die zentrale Leitdifferenz der Architektur war immer jene von innen und außen.

CHRISTIAN KÜHN

integraler Teil im Programm des Weltwirtschaftsforums, das sich als „multi-stakeholder“-Plattform für Entscheidungsträger verstehe. Die Welt würde gerade einen Umbruch erleben, kulturgeschichtlich ähnlich brisant wie jene drei großen Umbrüche, die mit den Namen Kopernikus, Darwin und Freud verbunden sind: Mit Kopernikus sei der Mensch aus dem Zentrum des Universums gerückt, mit Darwin hätte er seine einzigartige Stellung unter den Lebewesen verloren und mit Freud die Kontrolle über sein Ich. Heute stünden wir kurz davor, Maschinen zu schaffen, die uns intellektuell überlegen seien. Wir sind, so Schwab, gerade dabei, neu zu definieren, was es bedeutet, Mensch zu sein. Die Bedeutung von Liebe, Empathie, Humor und Kreativität

könne in dieser Situation gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Weil die vierte industrielle Revolution den Menschen ins Zentrum rücke, sei die Behandlung dieser Fragen essentiell.²

Das sei, so Schwab, im Grunde schon immer sein Anliegen gewesen: „I always argued for a globalisation with a heart.“ Wer die Geschichte des WEF kennt, das ja ursprünglich European Management Forum hieß und das Ziel verfolgte, US-amerikanische Managementmethoden in Europa zu verbreiten, wird zumindest das „always“ in diesem Satz in Zweifel ziehen. Aus Davos stammt die Vorstellung einer neuen Variante des „Homo sapiens“, der „Davos Man“, eine Unterart des „Homo oeconomicus“ und Mitglied einer globalen Elite, der oft vorgeworfen wird, als



- Gruppenfoto der Unterzeichner der Davos Deklaration, im Zentrum der Schweizer Bundespräsident Alain Berset sowie Klaus und Hilde Schwab, 21.01.2018.

Konstruktion bewerkstelligt, als retrospektiven Verankerungsversuch in einer besseren Vergangenheit oder als kreatives neues Bauen im Kontrast zum Bestand, folgt den oben angesprochenen Polaritäten. Der neue Attraktor des „Terrestrischen“ soll hier eine neue Polarität aufbauen. Nach Latour geht es darum, den distanzierten Blick auf die Welt aufzugeben, den wir seit Jahrhunderten eingeübt haben, einen Blick, der nur gelten lässt, was sich auch vom Orion aus hätte erkennen lassen, wie Latour schreibt. Im mechanistischen Weltbild gilt nur, was Gesetzen wie jenen der Schwerkraft genügt. Dass wir dabei vieles übersehen, was auf der Erde vorgeht, ist nicht weiter verwunderlich. „Terrestrisch“ zu agieren bedeutet für Latour, die Welt jenseits der Dichotomie zwischen „Natur“ und „Gesellschaft“ neu zu denken. Terrestrisch zu gestalten setze eine Differenzierung zwischen Systemen der „Produktion“ und jenen der „Erzeugung“ voraus (production vs. engendering⁵). Im Deutschen sind diese Begriffe zu Synonymen geworden, wobei heute im Begriff der Erzeugung eher das „Zeug“ mitschwingt als das „Zeugen“, das im Englischen hinter dem Begriff steht. Zeugen unterscheidet sich fundamental vom Herstellen, es impliziert Entwicklung und Wachstum. In Systemen des Erzeugens, so Latour, stellen sich stets Fragen nach Vorfahren und Nachfahren, es geht um Evolution und ein tiefes Verständnis für das Bestehende. Der Begriff des Terrestrischen weist in dieselbe Richtung wie der des Anthropozäns, eines Anthropozäns allerdings, aus dem jeder Anflug des Triumphalen verschwunden ist, jeder Gedanke, man könne sich den Boden oder die Erde aneignen. Man gehört zur Erde, neben anderen menschlichen und nichtmenschlichen Wesen, aber die Erde gehört niemandem außer sich selbst.⁶

Was bedeuten diese Überlegungen für die Architektur und die Baukultur? Auch in der Architektur beginnen sich Leitdifferenzen, die den Polaritäten und Attraktoren in Latours Analyse entsprechen, aufzulösen. Die zentrale Leitdifferenz der Architektur war immer jene von innen und außen, zuerst das Abgrenzen des Gevierts des Hauses gegen bedrohliche und übermächtige äußere Kräfte, nach der Domestizierung der

Natur gegen andere menschliche Wesen, die sich in Ko-Isolation zusammenballen. Heute hat sich die Situation radikal verändert. Die Klimakrise, so Latour, hat sowohl das Konzept der Natur als auch das Konzept des Humanen aus den Gleisen geworfen.⁷ Wir können nicht mehr wählen zwischen den Optionen, ein natürliches Lebewesen unter vielen zu sein oder das einzigartige, die Natur transzendierende und sie dominierende. Die Vorstellung eines Anthropozentrismus sei absurd geworden, weil es kein Zentrum mehr gibt und daher auch kein „außen“ mehr. Latour schlägt vor, nicht mehr von Menschen zu sprechen, sondern von Erdbewohnern („Terrestrials“): Zu sagen, „wir sind erdgebunden, Erdbewohner neben anderen Erdbewohnern“ führe zu einer anderen Politik als zu sagen „wir sind Menschen in der Natur“.⁸ Die Erzeugung einer Architektur, die dieser Politik entspricht, steht uns noch bevor.

1 <https://davosdeclaration2018.ch>.

2 Das aktuelle Weltwirtschaftsforum in Davos 2019 trägt den Begriff Architektur im Titel: „Globalisierung 4.0: Gestaltung einer globalen Architektur im Zeitalter der vierten industriellen Revolution“.

3 Bruno Latour, „Down to Earth – Politics in the New Climatic Regime“, Polity Press, 2018.

4 Es ist kein Zufall, dass Steve Bannon – derzeit in Europa unterwegs als Brandbeschleuniger eines populistischen, illiberalen Nationalismus – mehrere Jahre lang Leiter des Forschungsprojekts „Biosphere 2“ war, das die Überlebenschancen des Menschen außerhalb der irdischen Biosphäre untersuchte. In einem hermetisch geschlossenen Glashaus in Arizona, einer Miniatur der irdischen Biosphäre, probte man dabei von 1991 bis 1994 die Besiedlung des Mars durch die „happy few“ nach einer ökologischen Katastrophe.

5 Latour, Seite 82; „The new articulation between the two struggles (social and ecological, CK) correlates with a shift from an analysis of a system of production to an analysis that is focussed on a system of engendering“.

6 Latour, Seite 92; „The ground, the spoil, cannot be appropriated, one belongs to it, it belongs to no one“.

7 Latour; Seite 86.

8 Latour, Seite 86; „Saying ‚We are earthbound, we are terrestrials amid terrestrials‘, does not lead to the same politics as saying ‚We are humans in nature‘“.

Wie viel Kultur steckt in Baukultur bzw. ist Baukultur Kultur?

CHRISTOPHER DREXLER

Das Zivilisatorische in der Gesellschaft macht Kunst und Kultur aus. Von Kultur – ist strenggenommen – jedes menschliche Handeln und Tun durchflutet, und – weniger strenggenommen – leben wir in einem von Kultur und Geschichte geprägten Umfeld. Der Mensch ist von Natur aus gestalterisch tätig, der sich seine Räume nach individuellen Vorstellungen auswählt, schafft und in ihnen auch lebt. Diese daraus resultierenden kulturellen Ausprägungen einer individuellen Freiraumgestaltung entspringen einem menschlichen Grundbedürfnis, und dazu zählt jedes Bauen, jede Errichtung eines Bauwerkes. Und gleichzeitig sprechen Bauwerke und ihr Erscheinungsbild eine Sprache jener Zeit, in der sie errichtet wurden, spiegeln gesellschaftliche, politische und soziale Um- und Zustände wider und sind Ausdruck individueller oder gesellschaftlicher Bedürfnisse. Die Steiermark als vielseitiges Kulturland ist geprägt von einer vielschichtigen Baukultur, die sich regional und historisch gesehen und auch

geografisch bedingt in unterschiedliche Richtungen entwickelt hat. Gegenden mit bäuerlich geprägten Gehöften, die ein landwirtschaftlich-orientiertes Leben vermitteln, reihen sich an Industriebauten, die Zonen der intensiven Weiterverarbeitung von Rohstoffen sichtbar machen mit den dazugehörigen Wohn- und Lebensbauten der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung bis hin zu repräsentativen und institutionalisierten Bauten, ob Kirchen, Schlösser, Herrenhäuser oder Museen. Gerade im urbanen Raum, wie in der Landeshauptstadt Graz, ist die baukulturelle Entwicklungsgeschichte sichtbar und lesbar. In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich in ganz Europa, auch aus einer Debatte über den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg heraus, der Schutz von „der Altstadt“ etabliert. In Graz ist der konkrete Schutz der Altstadt seit 1974 gesetzlich verankert, seit 1999 befindet sich die Grazer Altstadt auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes und hat sich damit verpflichtet, das historische Erbe



Der öffentliche Raum steht auch für Stabilität, Identität, Vielfalt und für Lebensqualität.

CHRISTOPHER DREXLER

der Baukultur zu wahren und zu erhalten und gleichzeitig zeitgenössische Baukultur harmonisch einzufügen. Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz wurde 2008 auf einen neuen Stand und somit ins 21. Jahrhundert gehoben und beinhaltet nun gerade diesen Gesichtspunkt einer „baukünstlerischen Qualität im Sinn einer Legaldefinition des Einfügegebots“. Das bedeutet, dass ein architektonischer Neubau in seiner baukünstlerischen Qualität nicht eine historische Bauweise imitiert, sondern in einem durchaus modernen Verständnis und in einem zeitgenössischen Kontext sich in das Gesamtbild einfügen soll.

Qualitätsvolle künstlerische Baukultur ist nicht nur für das besondere Graz von immanenter Wichtigkeit, sondern gilt für die gesamte Steiermark. Neben dem Denkmalschutz kommt in den Gemeinden der Ortsbildschutz zur Wirkung, dessen Schutzfunktion die bauliche Ansicht inklusive baulicher Anlagen und öffentlicher Flächen sowie die bildhafte Wirkung des Ortes miteinschließt. Ortsbildschutz ist aber auch ein wesentliches Instrument zur Qualitätssicherung des öffentlichen Raumes, der auch ein gesellschaftlicher und politischer Raum ist. Öffentlicher Raum ist etwas Vielschichtiges und Vielfältiges, der es ermöglicht, dass verschiedene Interessen parallel in einem Regelwerk des guten Miteinanders existieren können. Der öffentliche Raum steht auch für Stabilität, Identität, Vielfalt und für Lebensqualität. Ortskerne, die wirtschaftliche, touristische, soziale und gesellschaftliche Anliegen berücksichtigen, sind auch funktionierende und lebendige öffentliche Räume.

Geregelt wird der Ortsbildschutz über das Steiermärkische Ortsbildgesetz aus dem Jahr 1977, in dem auch die Regelung der Ortsbildsachverständigen sowie der Ortsbildkommission festgeschrieben ist. Aktuell gibt es in der Steiermark 63 Gemeinden, deren Erscheinungsbild, Baustruktur und auch Bausubstanz Schutzgebiete sind. So wie im Grazer Altstadterhaltungsgesetz geht es auch in den regionalen Schutzgebieten um zwei Dinge: einerseits das historische Wesen eines Ortes, die dörflichen Ensembles in ihrer Schutzwürdigkeit zu bewahren und andererseits dazu passende zeitgenössische Architektur mit baukünstlerischem und baukulturellem Anspruch zu ermöglichen. Die Verantwortung für die Umsetzung eines harmonischen, qualitätsvollen Ortsbildes liegt in den Händen der Gemeinden, der BürgermeisterInnen in Zusammenarbeit mit den Ortsbildsachverständigen.

Seit Jahren gibt es Gespräche zwischen den Gemeinden, dem Land und der Politik, den Ortsbildschutz in einen neuen Bedingungsrahmen zu gießen, der sich so wie das Grazer Altstadterhaltungsgesetz zeitgemäß im 21. Jahrhundert einfügt, und der die Lebendigkeit steirischer Gemeinden unterstützt. Dazu liegen unterschiedliche Ansätze und Diskussionsgrundlagen vor, an deren Ende im Grunde nur eines stehen kann: „Baukultur in der Steiermark ist Teil einer vielschichtigen und vielseitigen Kultur, die in unserem Land gelebt wird.“ In diesem Sinne kann ich die Frage, die sich im Titel stellt, nur mit einem kräftigen und nachhaltigen Kultur-Ja beantworten.

Baukultur am Beispiel des Gesundheitssystems

MICHAEL PANSINGER

Was empfinden wir, wenn wir an baukünstlerisch wertvoll gestaltete Bauten denken? Bedeutet dies, dass es sich um einen einzigartig baukünstlerisch angelegten Architekturentwurf eines Architekturbüros handelt – oder ist die genannte Baukultur das Ergebnis einer zeitgeistigen „kulturellen“ Auseinandersetzung zwischen jenen Menschen, die im Gebäude leben und arbeiten, und jenen Menschen, welche aufgrund ihrer Expertise in der Lage sind, Gebäude zu planen und sie baulich zu realisieren. Ich denke, als Verständnis eines sensiblen und maßvollen Umganges mit Inhalten und Ressourcen sollte ein interdisziplinärer Prozess der Zusammenarbeit eines Nutzers eines Gebäudes oder einer noch zu entwickelnden Bauaufgabe mit einem qualifizierten Planer stattfinden. Also Zweiteres ist zutreffend. Dies wäre wünschenswert mit einem Projektmanagement zu begleiten, welches in der Zeit die erworbenen Fachkenntnisse, Meinungen, Visionen und Emotionen der unterschiedlichen Akteure ermöglicht abzubilden, um damit integrativer Bestandteil einer Planung zu werden.

Betrachtet man die Vergangenheit bzw. das letzte Jahrhundert, so hat man durchaus den Eindruck, dass eine qualitätsvolle Planungsbearbeitung trotz äußerst eingeschränkter Ressourcen im Mittelpunkt stand und wir heute noch von den nachhaltigen Ansätzen vergangener Tage Nutzen ziehen können. Sehr schön erkennen wir dies an unserer „weißen Stadt“, dem LKH Univ.-Klinikum Graz, welche 1912 fertiggestellt wurde und damals als das modernste Krankenhaus im mitteleuropäischen Raum galt. Allein die städteplanerisch angelegten Baukörperstrukturen verbunden mit einer klaren Achsenbildung, dazwischenliegend ausgestalteten Freiräumen, Erkennbarkeiten und Orientierung sowie die hohen formalen Gebäudequalitäten mit entsprechenden Volumina im Innenraum, klar angelegten Gangzonen und hellen Räumen sowie deren langfristige Umnutzungsmöglichkeiten sind ein wertvoller Beleg für eine hervorragende Baukultur und für eine daraus entstandene nachhaltige Entwicklung. Dieses Wissen, so scheint es, ist manchmal verloren gegangen – umso wichtiger ist es, wieder in den gemein-



Gerade hier in der Steiermark wurde dank entschlossenem und weitsichtigem Handeln viel Gutes in der Baukultur und der planerischen Entwicklung von Spitälern erreicht.

MICHAEL PANSINGER

samen Dialog zu treten und sich für mehr Qualität abseits der allzu abgekürzten Vorgehensweise von Länge mal Breite mal Zeit und dem gelegentlich stattfindenden Technokratismus einzusetzen.

Im Spitalswesen ist es das höchste Gut und die größte Verantwortung, das Beste für die medizinisch initiierte Bauaufgabe zu erreichen – und das ist nicht immer automatisch eine Frage der Höhe eines Investitionsaufwandes, sondern eine Frage einer aktiven und nachhaltigen Bearbeitung der Planung mit dem Thema medizinischer Bedarf und Funktion für die Entwicklung dieser Gebäude. Der feinfühlige Zugang für die besonderen Bedürfnisse in der Gestaltung des Raumes für die Patienten und das Personal ist darüber hinaus eine elementare Voraussetzung für eine qualitätsvolle Spitalsarchitektur. Grundsätzlich unterscheiden wir zwei wesentliche Objektgruppen im Spitalswesen, einerseits die Funktionsbauten wie z.B. interventionelle Bereiche und andererseits die Bauten zum Aufenthalt von Patienten, welche neben einer erfolgreichen Therapie und Pflege auch ein besonderes räumliches Umfeld verlangen. Das räumliche Umfeld im Spital hat freilich neben einer qualitätsvollen Behandlung, Therapie und Pflege einen weitaus höheren Einfluss auf die Heilung als ursprünglich angenommen. Viele Erkenntnisse der Spitalsplanung sind mittlerweile evident und anhand vieler guter Beispiele belegbar. Einige Grundlagen liegen in der Wahrnehmung der Patienten, welche sich mit den Themen Sicherheit, Orientierung, Rückzugsmöglichkeit und öffentliche Zonierungen auseinandersetzen und daher entsprechend auszugestalten sind. Weit-

gehend natürliche Materialien, viel Tageslicht, gutes künstliches Licht besonders für die Abendstunden, Aussicht in eine grüne Landschaft sowie gute Akustik und gute Luft sind neben der Planung eines optimalen Workflows im Spital Eckpunkte für einen positiven Aufenthalt in Zeiten der emotional oft größten Not eines Menschen. Vieles von dem, was ein Patient in den Spitälern erlebt und wahrnimmt, wird er sein Leben lang mit sich tragen. Umso wichtiger ist es, den aktiven Dialog mit allen Beteiligten für eine gute Baukultur in Spitälern fortzuführen und nicht in der bloßen Addition von Dingen zu verharren. In der Zukunft wird es viel mehr um ein Netzwerk der medizinischen Versorgung gehen und das uns bekannte Gebäude Spital wird sich völlig neu definieren und dann möglicherweise „lediglich“ ein Bestandteil dieses Netzwerks sein. Vor allem im Sinne einer bedarfsgerechten und abgestuften Versorgung sind die neuen räumlichen Strukturen zu planen, was in Zeiten der Weiterentwicklung in der Medizin sowie der Forderung nach Flexibilität und höchst möglicher Ökonomie unter Berücksichtigung vieler technischer Entwicklungen den Spitalsplaner fordern wird. Gerade hier in der Steiermark wurde dank entschlossenem und weitsichtigem Handeln viel Gutes in der Baukultur und der planerischen Entwicklung von Spitälern erreicht. Die Komplexität bleibt jedenfalls aufrecht, gemeinsam in der Zusammenarbeit neue Herausforderungen zu bewältigen. Ich wünsche uns allen Erfolg beim gemeinsamen Entwickeln und Planen für eine gute bauliche Zukunft im Spitalswesen.

Wachstum im Zeichen höchster Qualität

BERTRAM WERLE

Das starke Bevölkerungswachstum der steirischen Landeshauptstadt stellt die Verantwortlichen vor enorme Herausforderungen. Höchste Priorität in der Stadtentwicklung hat die Qualität – in allen Bereichen des Lebens.

Der Beginn des dritten Jahrtausends war für Graz auch der Aufbruch in eine neue Ära – mit einem Paradigmenwechsel, wie er wenige Jahre zuvor nicht für möglich gehalten worden wäre: Aus einer Stadt mit lange stagnierender Einwohnerzahl wurde plötzlich eine dynamisch wachsende Metropole in einer pulsierenden Region, deren Bevölkerungswachstum völlig neue Herausforderungen an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung mit sich brachte. Der Zuzug erfolgte vor allem aus strukturschwachen ländlichen Regionen – und Graz folgte damit einem weltweiten Trend, bei dem die Menschen verstärkt Städte und Ballungsräume für ihren Lebensmittelpunkt auswählen. Hauptgrund dafür ist die Vielzahl an Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen im Gegensatz zu ländlichen Gebieten, die zum Teil mitten in einem schwierigen Strukturwandel stecken. Die Zunahme der Zahl an Hauptwohnsitzen um durchschnittlich

rund 4.000 pro Jahr in den vergangenen 15 Jahren ergibt rechnerisch bei einem Belegungsgrad pro Wohnung von 2,5 Personen einen jährlichen Bedarf von rund 1.500 bis 2.000 Wohneinheiten. Dass dem auch Rechnung getragen wird, ist an der Vielzahl von Kränen und Baustellen im gesamten Stadtgebiet erkennbar.

Wachstum durch Verdichtung nach innen

Wo bringt die Stadt aber die wachsende Bevölkerung unter? Die „Zauberformel“ heißt „Verdichtung nach innen“. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf sogenannte Konversionsflächen: Brachliegende Industrie- und Gewerbegebiete werden zu lebenswerten neuen Stadtteilen mit urbanem Nutzungsmix. Die Nachverdichtung im Bestand sowie die Nutzung von Baulandreserven tun ihr Übriges dazu, um die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit qualitätsvollem Lebensraum zu sichern. Priorität hat dabei – auch aus Gründen des Klimaschutzes – die Errichtung einer „Stadt der kurzen Wege“. Nach jahrzehntelanger Trennung von Nutzungen – hier nur Wohnen, dort nur Arbeits-



Unseren Anspruch
auf höchste Qualität
der Stadtentwicklung
überlassen wir natürlich
in Graz nicht dem Zufall.

BERTRAM WERLE

plätze –, was längere Wege zwischen den einzelnen Lebensbereichen und einen starken Rückgang des Fußgängerverkehrs im Modal Split bewirkt hat, kam es zuletzt zu einem Paradigmenwechsel. Wo es möglich ist, werden alle Nutzungen des täglichen Bedarfs von Wohnen über Arbeitsplätze, Bildung, Kinderbetreuung, Nahversorgung, Büros und verträgliche Gewerbenutzungen bis hin zu Freizeit, Sport und Naherholung im öffentlichen Raum und im Grünraum in fußläufiger Entfernung angeboten. Ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr ist ein weiterer Baustein, um eine Zwangsmobilität mit dem Auto vermeiden zu können.

Stadtentwicklung: Qualität mit System

Unseren Anspruch auf höchste Qualität der Stadtentwicklung überlassen wir natürlich in Graz nicht dem Zufall, sondern wir sichern sie

durch eine Vielzahl von raumplanerischen Vorgaben wie dem Flächenwidmungsplan oder dem Stadtentwicklungskonzept. Zusätzlich nutzen wir als neue Möglichkeit vermehrt zivilrechtliche Vereinbarungen, wobei die Stadt Graz ihre traditionell behördenorientierte Rolle immer mehr in Richtung einer aktiven Entwicklungsplanung verändert. Unser Grundbestreben ist es, bei geeigneten Grundstücken gemeinsam mit den ProjektwerberInnen die gewünschte Stadt der kurzen Wege weiterzubauen. Besonderes Augenmerk kommt in der städtebaulichen Entwicklung der Steuerung des Mobilitätsverhaltens der Menschen zu. Dabei setzen wir auf Push- und Pull-Maßnahmen mit dem Ziel, alle Mobilitätsbedürfnisse der Menschen auch ohne Auto befriedigen und somit die vorhin beschriebene Zwangsmobilität mit dem Pkw vermeiden zu können. Dazu ist es notwendig, den Umweltverbund durch Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Rad- und Fußverkehrs optimal aus-



- Wohl der bekannteste Fall von einer Einfügung moderner Qualitätsarchitektur ins historische Altstadtensemble: das Kunsthaus Graz.



- Auch bei eigenen Bauten wie diesem aktuellen Wohnbauprojekt in der Max-Mell-Allee achtet die Stadt auf höchste Qualität.

zubauen und die Zahl von Stellplätzen in (Tief-)Garagen zu kontingentieren, um so auch mehr Platz für die Menschen auf ebener Erde zu schaffen. Auch dabei legen wir auf den Klimaschutz besonderen Wert: Bäume und öffentliche Grünflächen, wo möglich in Form eines neuen Parks, werden unter Ausnutzung der Vertragsraumordnung gesichert. Mobilitätsverträge ergänzen die Absicherung, dass die Ziele der Stadt für eine nachhaltige Entwicklung neuer Siedlungsbiete erreicht werden.

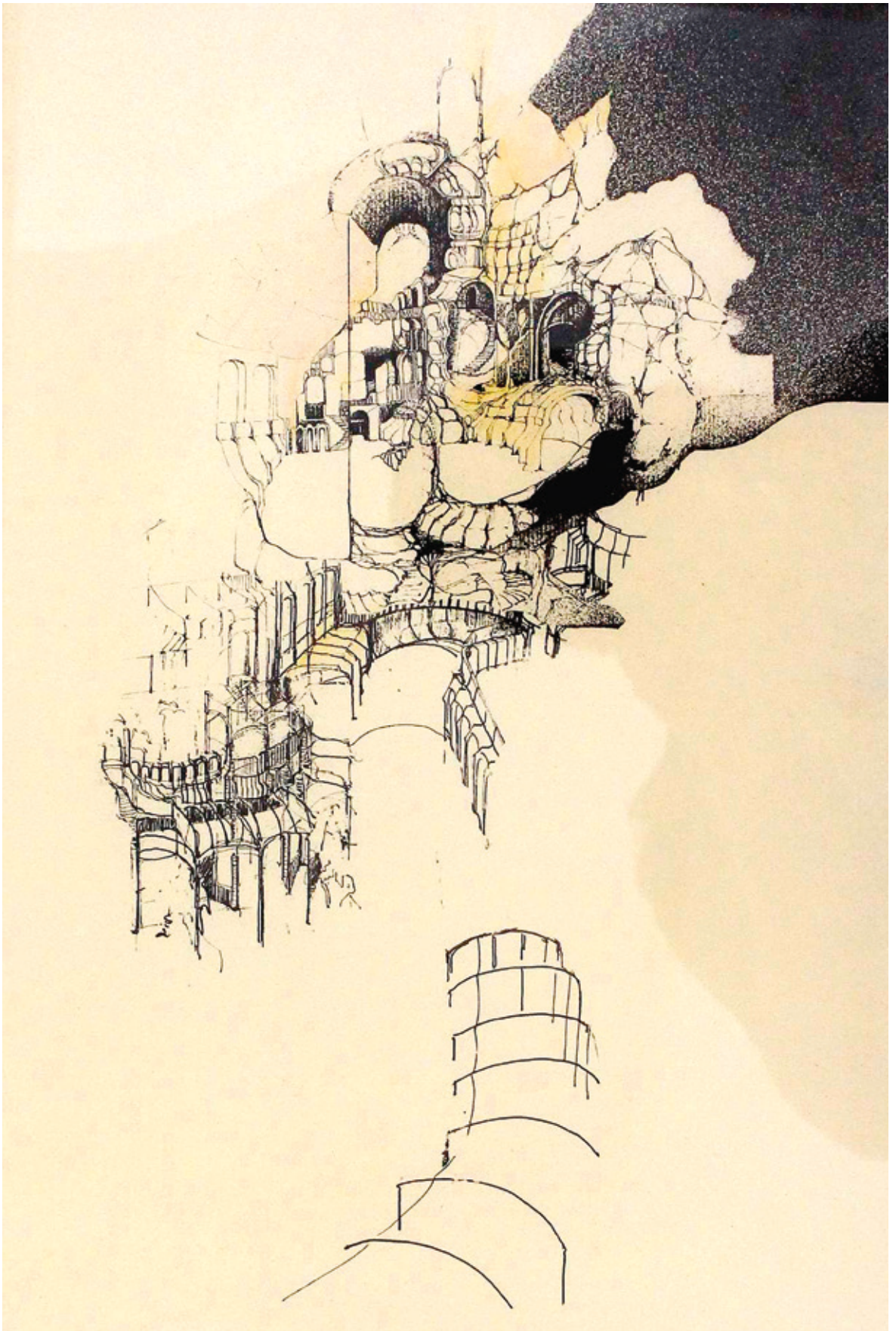
Gelebte Baukultur auf neuen Wegen

Dass die beabsichtigte Baukultur nicht nur bei stadteigenen, sondern auch bei privaten Bauvorhaben gesichert wird, ist der Stadt Graz ein besonderes Anliegen. Das Wettbewerbswesen als bestes Mittel zur Ermittlung der besten Ideen für Bauprojekte wird von uns als städtisches Service angeboten: Die Stadt stellt alle relevanten Rahmenbedingungen für die Planung zur Verfügung – und in der Folge häufig maßgeschneiderte Bebauungspläne, die für alle Beteiligten ein Höchstmaß an Planungs- und Rechtssicherheit bieten. Private Projekte mit mehr als 2.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche außerhalb der Altstadt-Schutzzone werden seit dem Jahr 2012 den Fachleuten

des Fachbeirats für Baukultur vorgelegt. Das externe ExpertInnenremium beurteilt die vorgelegten Entwürfe und bietet Hilfestellung bei Verbesserungsbedarf. Unter Einbeziehung der relevanten städtischen Fachabteilungen erhöht der Fachbeirat somit die Planungs- und Rechtssicherheit für alle Beteiligten – auch weil die Stellungnahme des Fachbeirats im folgenden Bauverfahren für die Fachabteilungen bindend ist.

Hohe Verantwortung mit Strategie wahrnehmen

Besondere Voraussetzungen in der Stadt Graz, deren Altstadt gemeinsam mit dem Schloss Eggenberg zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, erfordern natürlich besondere Strategien. Wir wollen wertvollen Lebensraum weiterentwickeln, indem wir auch den Zielen einer sogenannten Smart City gerecht werden: Neue Stadtteilzentren sollen energieeffizient, ressourcenschonend, emissionsarm und CO₂-neutral sein, um höchste Lebensqualität für die BewohnerInnen zu garantieren. Im Sinne einer gelebten Baukultur wollen wir aber auch den historischen Meisterwerken aus mehreren Jahrhunderten in unserer Stadt neue architektonische Höhepunkte hinzufügen, die auch funktionell allen Menschen Freude bereiten.



• Architekturzeichnung von Adolf Schmölzer, 1982, Einkaufszentrum, Collage.

Neue Glanzpunkte für eine Stadt mit Geschichte

SIEGFRIED NAGL

Eine glanzvolle, historisch bedeutende Altstadt, die bald durch eine ebenso bedeutende Neustadt ergänzt sein wird: Die rasant wachsende Stadt Graz ist mitten in einer Entwicklung, auf deren Ergebnis sich alle freuen dürfen.

Wenn eine Stadt binnen anderthalb Jahrzehnten um die Größe von Villach wächst, kann man wohl ohne Übertreibung behaupten: In Graz ist etwas Großes in Gang gekommen. In den nunmehr 20 Jahren, in denen ich als Mitglied der Stadtregierung Verantwortung für Graz trage – 15 Jahre davon als Bürgermeister und überwiegend als ressortzuständiger Referent für Bauen und Planen –, gab es in der steirischen Landeshauptstadt einen Zuzug, wie ihn Ende des vorigen Jahrtausends niemand prophezeit hätte. Doch um den vielen neuen GrazerInnen höchste Lebensqualität bieten zu können, bedarf es der richtigen Entscheidungen und Maßnahmen seitens der Politik und der Verwaltung. Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur, die alle Bedürfnisse des täglichen Lebens und noch ein wenig mehr befriedigt, ist Voraussetzung dafür, das Bevölkerungswachstum bewältigen zu können. Da hatte Graz lange Zeit Aufholbedarf,

bis unsere Stadt 2003 als Kulturhauptstadt Europas im internationalen Scheinwerferlicht stand und – auch dank umfangreicher Fördermittel anderer Gebietskörperschaften – einen ersten Schub in die richtige Richtung erfuhr.

Aufbruchsstimmung kam, um zu bleiben

Diese Aufbruchsstimmung ist immer noch spürbar. Schon 2003 entstanden nachhaltige Leuchtturmprojekte mit einer Aufwertung für viele Lebensbereiche – man denke nur an vielfältige Bauten wie das Kunsthhaus, die Murinsel, die Stadthalle Graz, die neue Auster Bad Eggenberg, die Aufwertung des Augartens oder viele Schritte zur Ankurbelung des vorher lange Zeit stark benachteiligten Grazer Westens. Seither ist es gelungen, viele finanzintensive und notwendige Infrastrukturausbauten umzusetzen, vor allem auf dem Gebiet des Verkehrs. Straßenbahnverlängerungen der Linien 4, 5 und 6 stehen ebenso auf der Liste der erledigten Vorhaben wie die Schaffung von Park & Ride-Anlagen. Mehrere Nahverkehrsknoten wurden errichtet, der Hauptbahnhof umgebaut und zahlreiche



Diese Aufbruchsstimmung ist immer noch spürbar.

SIEGFRIED NAGL

neue Fuß- und Radwege sowie Lückenschlüsse verwirklicht. Die Verkehrsinfrastruktur ist eines der zentralen Themen, um in einer wachsenden Stadt die Lebensqualität hochzuhalten.

Trotz Bauboom: Grünraum ist Trumpf

Großen Einfluss auf die Entwicklung einer Siedlungsstruktur haben Gesetze und Verordnungen. Ich lege in Graz bei aller Freude über die dynamische Entwicklung der Stadt großen Wert auf die Sicherung und Schaffung von ausreichendem Grünraum. So beschränken wir uns nicht bloß auf die vom Land Steiermark verordnete Grünzone, in der Bautätigkeiten nicht erwünscht

sind, sondern sichern zusätzlich durch den von der Stadt selbst festgelegten Grüngürtel die „grüne Lunge“ für unsere Bevölkerung ab. Insgesamt steht somit nur rund die Hälfte des gesamten Stadtgebiets für Bautätigkeiten zur Verfügung. Doch selbst in dieser Hälfte mit erwünschter Stadtentwicklung schaffen wir es durch Verdichtung und eine platzsparende Höhenentwicklung, auf Erdgeschoßebene neue öffentliche Räume und qualitativ hochwertigen Grünraum zu errichten. Zudem sorgen Schutzmaßnahmen für begrünte Innenhöfe in den Gründerzeitvierteln und die Errichtung von Parks, etwa über dem 2017 eröffneten Südgürtel, für eine Verbesserung der Versorgung mit öffentlichem Grünraum.



- *Smart City (Visualisierung: Nussmüller Architekten/Martin Mathy): Vorzeigeprojekt: Die Smart City nahe des Hauptbahnhofs wird energieeffizient, ressourcenschonend und emissionsarm sein.*



- *Buchtipp: Im druckfrischen „Architekturführer Graz“ werden Touren zu architektonisch interessanten Zonen der Stadt vorgeschlagen.*

Effiziente Instrumente für Qualität des Bauens

Wichtig für mich als Politiker ist es auch, effiziente Instrumente zu schaffen, um die Qualität des Baugeschehens in der Stadt zu sichern. Ein wesentlicher Beitrag dazu war – neben dem bewährten Grazer Modell unter meiner politischen Verantwortung – die Einführung eines Fachbeirats für Baukultur im Jahr 2012. Die Bilanz dieses ExpertInnengremiums kann sich sehen lassen. Größere und besonders bedeutende Projekte werden durch Fachleute begutachtet. Dadurch wird eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Bausubstanz in unserer Stadt gewährleistet. Dabei haben wir uns in Graz bewusst für einen Fachbeirat entschieden, der auch ökologische und soziale Aspekte bis hin zu Wohnungsgrundrissen und Außenraumgestaltungen in seine Beurteilung einfließen lässt – im Gegensatz zu einem reinen Gestaltungsbeirat, wie es ihn in manchen Städten gibt. Von der Tätigkeit des Gremiums profitieren alle Beteiligten: Der Fachbeirat entscheidet flexibel und rasch, es gibt höchste Planungssicherheit und bereits am Tag

nach der entsprechenden Beiratssitzung haben die ProjektwerberInnen eine verständliche Stellungnahme auf dem Tisch. Viele Entscheidungen fallen positiv aus – sonst werden konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Im Westen entstehen neue Leuchttürme

Besonders stark wächst Graz im Westen, wo große Baulandreserven und ehemalige Industrie- und Gewerbegebiete als Konversionsflächen für künftige BewohnerInnen zur Verfügung stehen. Vor allem zwei Großprojekte stehen weit über die Grenzen der Stadt hinaus im Blickpunkt: die Smart City im Bereich des Hauptbahnhofs und der neue Stadtteil Reininghaus am Gelände einer ehemaligen Brauerei. Seit dem Jahr 2005 laufen in Reininghaus die Planungen – jetzt entstehen die ersten Gebäude, was für ein Projekt dieser Größe mit rund 15.000 hier wohnenden und arbeitenden Menschen im Endausbau ein erstaunliches Tempo ist. Die Stadt hat bereits viele Hausaufgaben erledigt – ein Pflegewohnheim der Geriatrischen Gesundheitszentren mit rund

100 Betten am Gelände der einstigen Hummelkaserne ist ebenso schon fertig wie ein benachbarter sozialer Wohnbau. Beide Projekte wurden in mehrgeschoßiger Holzbauweise spektakulär und nachhaltig umgesetzt. Aktuell ist der Bau und Umbau des Straßennetzes für den Stadtteil im Gang, eine Straßenanbindung sowie attraktive Fuß- und Radwege sind ebenso geplant wie eine Vielzahl an zukunftsbeständigen Verkehrsangeboten wie Carsharing, Elektromobilität und vieles mehr. Um die Wohnqualität für die künftigen BewohnerInnen zu steigern, sind allein für Reininghaus insgesamt rund sechs Hektar Grünflächen eingeplant. Auch die Smart City erhält einen öffentlichen Park. Viel Begleitgrün im Straßenraum, Alleen und kompakte Grün- und Spielflächen bei vielen neuen Siedlungen im gesamten Stadtgebiet sollen dafür sorgen, dass für alle Altersgruppen Erholung vor der Haustür möglich ist und lange Fahrten vermieden werden. Die

Stadt Graz investiert daher viel Geld in die Gestaltung des öffentlichen Raums.

Neustadt im Westen als Erweiterung des Zentrums

Graz hat sich in den vergangenen 20 Jahren an vielen Ecken stark weiterentwickelt. In den kommenden Jahren wird eine junge Stadt im Westen als Neustadt eine Erweiterung des historischen Zentrums darstellen. Das urbane Zentrum von Graz erweitert sich aber auch in Richtung Süden, wo sich im Bereich von Messe, Styria-Zentrum und UPC-Arena ein wirtschaftlicher Schwerpunkt mit innovativen Jobmöglichkeiten etabliert. Einstige Visionen nehmen konkrete Gestalt an – Graz ist auf bestem Weg, noch mehr ein pulsierendes, junges Zentrum zu werden, in dem Lebensqualität weit mehr als nur ein Schlagwort ist.



- *Reininghaus (Visualisierung Architektur Consult): Im Stadtteil Reininghaus wird im Quartier 2 das mit 75 Metern höchste Gebäude von Graz in spektakulärer Architektur errichtet.*

Architektur und gesellschaftliche Vielfalt

JENS S. DANGSCHAT

Architektur und Städtebau haben mit der Postmoderne eine verstärkte gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Das liegt zum einen an den veränderten Architekturstilen und dem gebauten Raum selbst, zum anderen jedoch auch an der gestiegenen Bedeutung der Architektur innerhalb gesellschaftlicher Diskurse.

Die stark von der Postmoderne bestimmten Positionierungen treffen auf multiple gesellschaftliche Ausdifferenzierungen, wobei die Sichtweise auf eine neue Vielfalt von architektonischen Möglichkeiten und Ausdrucksformen („form follows fiction“, „anything goes“) am ehesten dem Lebensstil-Modell („Raum der Lebensstile“) und weniger dem Klassen-Modell entspricht. Architekturproduktion und -diskurse wirken dadurch auch zunehmend sozial selektiv, was sich keinesfalls allein in Geschmacksfragen äußert, sondern auch bestehende soziale Inklusions- und Exklusionsprozesse unterstützt, ermöglicht und legitimiert.

Architektur und Städtebau werden zudem auch strategisch eingesetzt, beispielsweise beim „branding“ eines Standortes oder beim „designing out“ sozialer Problematik aus dem innenstadtnahen öffentlichen Raum. Die Instrumentalisierung der Architektur zur Markenbildung von

Städten und Regionen hat auch eine ausgrenzende Wirkung gegenüber weniger erwünschten sozialen Gruppen entfaltet.

Architektur ist als gebaute Welt und rhetorische Symbolisierung in spezifische gesellschaftliche Diskurse eingebettet und trifft mit ihren aktuellen Ausdifferenzierungen und Distinktionsformen des Gebauten auf gesellschaftliche Ausdifferenzierungen entlang von sozialen Lagen, sozialen Milieus, Habitusformen und Lebensstilen. In diesem Zusammenhang kommt der Inszenierung über Marken, Symbole und die Ästhetisierung eine besondere Bedeutung zu („symbolisches Kapital“).

Gerade die „ModernisierungsgewinnerInnen“ und VertreterInnen der neuen kreativen Dienstleistungsberufe nutzen die distinktive Kraft des symbolischen Kapitals zur gesellschaftlichen Positionierung. Diese postmaterielle Positionierung ist Voraussetzung dafür, dass die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ an Bedeutung gewinnt und sich vom gebauten Raum lösen kann. Vor diesem Hintergrund sind aktuelle Architekturformen resp. der Diskurs über „gute Architektur“ ein Element der gesellschaftlichen Positionierung und der Distinktion bei der Suche nach Individualität. Spätestens seit dem Erfolg des Guggenheim-Museums in Bilbao gilt, dass eine spektakuläre



Architektur und Städtebau können Inklusions- und Exklusionstendenzen verstärken.

JENS S. DANGSCHAT

Architektur attraktiv für TouristInnen und letztlich auch für Auslands-Direktinvestitionen als wichtigste Indikatoren für Attraktivitätsüberschüsse ist. Mittels Kulturbauten, zunehmend auch durch Bürohochhäuser, „verwirklichen“ sich nicht nur die Star-ArchitektInnen, sondern auch DeveloperInnen, BauträgerInnen und letztlich auch die Städte selbst.

Architektur und Städtebau als Standortfaktor

Das Guggenheim-Museum ist jedoch nur die „Spitze des Eisberges“ des Trends, möglichst viele Gebäude unterschiedlicher „Star“-ArchitektInnen in den eigenen Mauern zu errichten. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Wettbewerbes von Städten und Stadtregionen um Wirtschaftswachstum, Auslands-Direktinvestitionen, Positionen in Rankings, TouristInnen und die Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Wohnort werden Architektur und Städtebau zunehmend als Standortfaktor genutzt.

Paradox erscheint in diesem Wettbewerb jedoch, dass die Suche nach Alleinstellungsmerkmalen zu immer gleichen Strategien (Star-Architektur, Städtebau nach den jeweiligen Modeströmungen) führt, d.h., dass lediglich „Erfolgsmodelle“ kopiert werden.

Wenn die aktuelle Architektur und der Städtebau mit ihren Produkten auf spezifische soziale Gruppen zielen, gibt diese Architektur jedoch nur ausgewählten Gruppen die Gelegenheit, sich mit deren Ergebnissen über die Ästhetik resp. diskursive Logik zu identifizieren, d.h., diese Orte zu ihren eigenen Bühnen zu machen.

In den ehemaligen Hafen- und Industrieanlagen, den Bahn- und Postflächen wurden die größten Baustellen eingerichtet und mit erstaunlich homogener Ästhetik entwickelt. Statt der Bemühungen um soziale Mischung bei funktionaler Trennung in der Vergangenheit sind diese neu entwickelten Gebiete bei funktionaler Heterogenität sozial eher nach sozialer Lage und dem sozialen Milieu homogen.

Das bedeutet, dass mit städtebaulichen und architektonischen Maßnahmen die Ordnung auch im öffentlichen Raum im Sinne einzelner Gruppen hergestellt wird. Mit diesem „designing out“ sozialer Problematik wird zwar der Ort sozial „gereinigt“, nicht aber das soziale Problem gelöst – das wird allenfalls verlagert (zum Beispiel des Karlsplatzes in Wien vgl. Dangschat 2009). Diese Strategien unterstützen eine „Politik der Lebensstile“, d.h., Architektur und Design werden als Image genutzt, um ökonomische Ziele durchzusetzen, was in letzter Konsequenz vor dem Hintergrund einer ausdifferenzierten Gesellschaft zu einer engen sozialen Homogenisierung von urbanen Räumen führt, um zielgruppenspezifische Formen des Einkaufserlebnisses ebenso abzusichern, wie der Verunsicherung gegenüber der wachsenden Zahl der „Anderen“ vorzubeugen. Ein über Design und Architektur geprägter städtischer Raum verliert damit an Möglichkeiten zu einer breiten Identifizierung und damit an Integrationspotenzial einer urbanen Gesellschaft.

Literatur

Dangschat, J.S. 2009: Symbolische Macht und Habitus des Ortes. In: J. Fischer & H. Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: 311-341.

Öffentliche Zimmer im Freien

FRANZISKA HEDERER

Raum ist die Urszene der Architektur. Ausgehend von dieser Perspektive ist Architektur nicht das, was Raum anfüllt, sondern das, was Raum erzeugt (vgl. Baudrillard, 1999: 11). Vor allem das Nachdenken über Stadt rückt den öffentlichen Raum ins Blickfeld und gibt Anlass, sich Themen wie Pluralität, Dynamik, Diskontinuität und Diversität zu widmen.

In seinem aktuellen Buch „Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens“ beschreibt Richard Sennett die Notwendigkeit, den gebauten und den gelebten Raum nicht als Gegensätze, sondern in Korrelation zueinander zu begreifen. So handelt die Planung der Stadt nicht von einzelnen Gebäuden, sondern vor allem von Wegen, Plätzen, Promenaden, Passagen, Durchgängen, Übergängen, Nischen, Höfen, Brücken und Gassen. Damit verwoben sind die Individuen, welche die Stadt bespielen, sich diese aneignen und ihre Lebendigkeit ausmachen.

Vielfalt, Mehrdeutigkeit und eine gewisse Vielstimmigkeit charakterisieren den öffentlichen Raum und veranlassen zu einem auf Zusammenhalt ausgerichteten Austausch. Genau das

macht ihn auch zum politischen Raum, indem er ein Raum des Ausverhandelns ist. Jeder Versuch, dieser Vielstimmigkeit bzw. „Pluralität Herr zu werden, ist immer gleichbedeutend mit dem Versuch, die Öffentlichkeit überhaupt abzuschaffen“ (Arendt, 1967: 279). Dies betont Hannah Arendt in ihrem Buch „Vita activa oder vom tätigen Leben“ wenn sie den politischen Raum als Raum der freien Handlung einfordert und „Öffentlichkeit als einen Ort begreift, an dem Menschen frei und gleich diskutieren und streiten können, weil sie dort von ihren partikularen privaten Lebensumständen losgelöst sind“ (Sen-



• Detail of the Nolli Map of Rome (1748)
https://www.researchgate.net/figure/Detail-of-the-Nolli-Map-of-Rome-1748_fig1_312244722.



In diesem Zusammenhang von gebauter und gelebter Struktur stellt sich auch die Frage nach einer räumlichen Identität und wie sich diese formt.

FRANZISKA HEDERER

nett, 2018: 367). So generiert sich ein Bild des öffentlichen Raums, das nicht einem einzigen unverrückbaren Bild entspricht, sondern als eine Vielzahl geschichteter Bilder unterschiedlichster Art zu verstehen ist.

Ein Plan, der dieses Bild der Stadt – und sukzessive das des öffentlichen Raums – kartiert, ist der Nolliplan von Rom, der 1748 von Giambattista Nolli angefertigt wurde. Dieser wird auch als „the first modern city-map“ bezeichnet. Dieser Plan fokussiert auf die Ränder und Übergänge zwischen gebautem und gelebtem Raum. Sie gestalten sich wie durchlässige Membranen, welche die Gebäude in ihrer Materialität aufzulösen scheinen und dem öffentlichen Raum die Freiheit verleihen, sich entwickeln zu können. Innen- und Außenraum berühren sich und gehen ineinander über. Es ist dies ein Plan des Dazwischens, ein Plan von Schwellen- und Übergangsräumen, die den öffentlichen Raum charakterisieren. Diese Schwellenräume entziehen sich gewissermaßen einer vorgeschriebenen Ordnung und Kontrolle, indem sie eine Gleichzeitigkeit von Aktivitäten fördern. Ihre Nutzung ist nicht im Voraus festgelegt. Der Starrsinn des berühmten Plan Voisin von Le Corbusier, in dem die Form der Stadt in ihrer eigenständigen Entwicklung behindert wird, und der eine große Diskrepanz zwischen gelebtem und gebautem Raum aufspannt, ist überholt. Richard Sennett spricht von einer koordinierenden Stadt im Sinne eines offenen Systems, das flexibel operiert und bereit ist für das Zufällige und den zwischenmenschlichen Austausch. Machtbeziehungen innerhalb dieses Systems sind eher interaktiven als direktiven Charakters. Dem gegenüber steht

die vorschreibende, smarte Stadt als geschlossenes System, in dem der Zusammenhang von Form und Funktion festgelegt ist. „... die Bürger nutzen sie gemäß dem Gesetz der verführerischen, aber verdummenden größtmöglichen Nutzerfreundlichkeit“ (Sennett, 2018: 313). Freie Raumanweisung steht einer vorgeschriebenen Nutzung gegenüber. Für den öffentlichen Raum muss jedoch gelten, dass NutzerInnen selbst Entscheidungen treffen und aktiv werden können.

In diesem Zusammenhang von gebauter und gelebter Struktur stellt sich auch die Frage nach einer räumlichen Identität und wie sich diese formt. War der Begriff der Identität bislang mit der Idee einer gewissen Eigenart verbunden, so stellt sich in Bezug auf einen gesellschaftlichen Pluralismus Identität viel mehr als eine Summe des Unterschiedlichen und Andersartigen dar, der man selbst zugehörig ist und die einem einen ge-



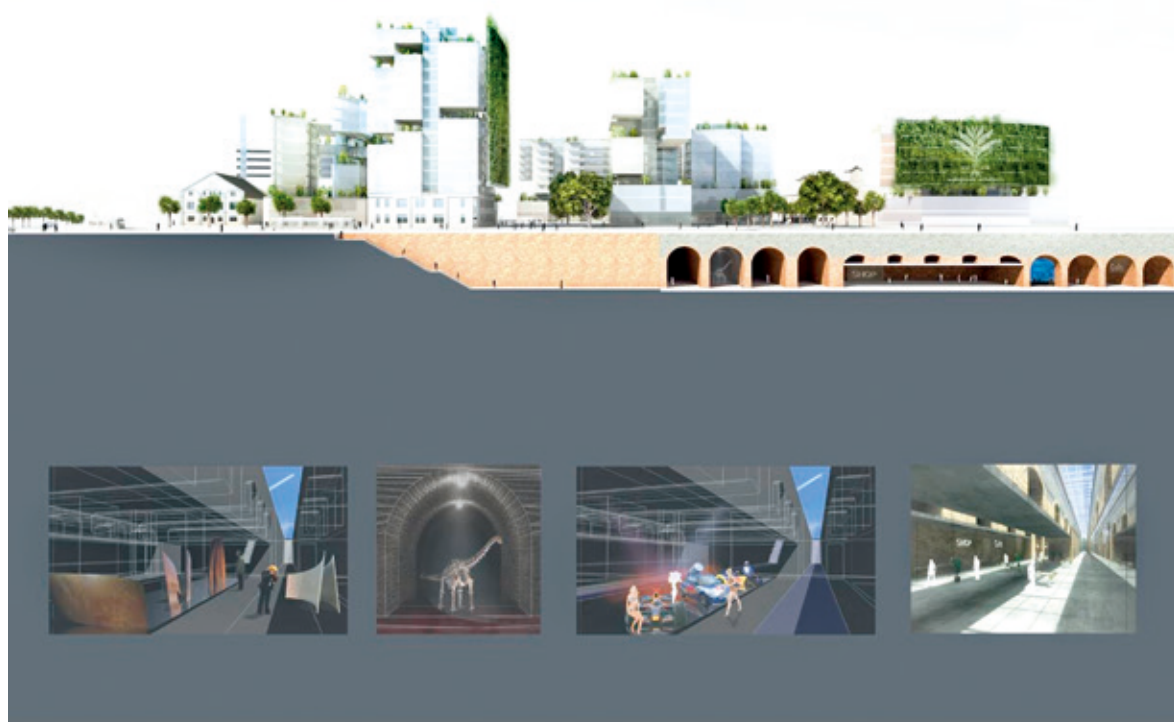
- Le Corbusier's Plan Voisin for Paris (1922)
https://www.researchgate.net/figure/Le-Corbusiers-Plan-Voisin-for-Paris-Le-Corbusier-from-Urbanisme-Paris-1922_fig1_266498636.

wissen Sinn für Ambivalenzen abverlangt. So ist der öffentliche Raum ein gemischter Ort, an dem nicht eine Welt die andere ausschließt, sondern an dem vielgestaltige Welten ineinander, nebeneinander und untereinander wirken. Dieser ist die Voraussetzung dafür, dass die Stadt als soziales und politisches System überleben kann. Wesentlich sind so etwas wie „öffentliche Zimmer im Freien“, in denen es auch erlaubt ist, herumzulungern und auf der Straße zu sein (Christopher Alexander in: Czech 1995: 372). Der öffentliche Raum ist Nährboden für eine städtische Kultur, verstanden als Gemeinde oder Mosaik von Subkulturen und als eine Kultivierung der Vielfalt. „Stadtplanung bedeutet, gleichzeitig die Pluralität (auch der Wirklichkeit) zu denken und diesem Pluralitätsgedanken Wirksamkeit zu verleihen“ (de Certeau, 1988: 183).

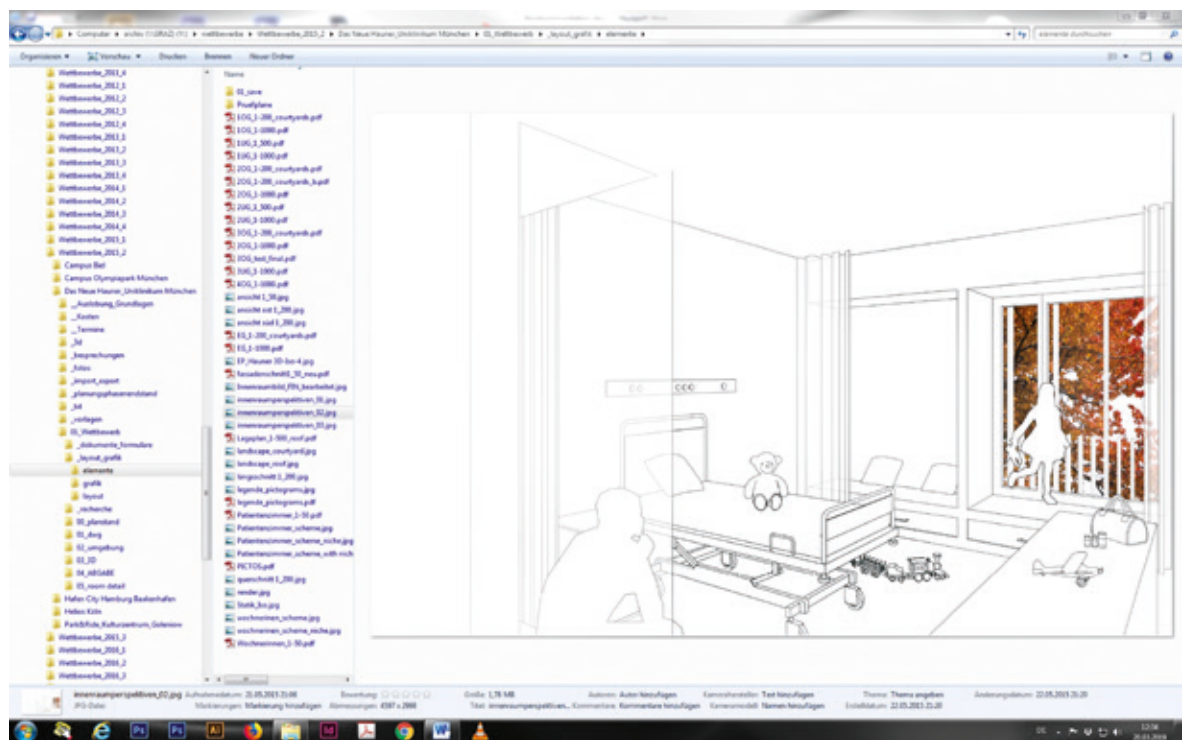
Quellentexte

- Arendt, Hannah | Vita activa oder vom tätigen Leben | Verlag Piper München, Berlin 1967.
Baudrillard, Jean | Architektur: Wahrheit oder Radikalität? | Literaturverlag Droschl, Graz – Wien 1999.

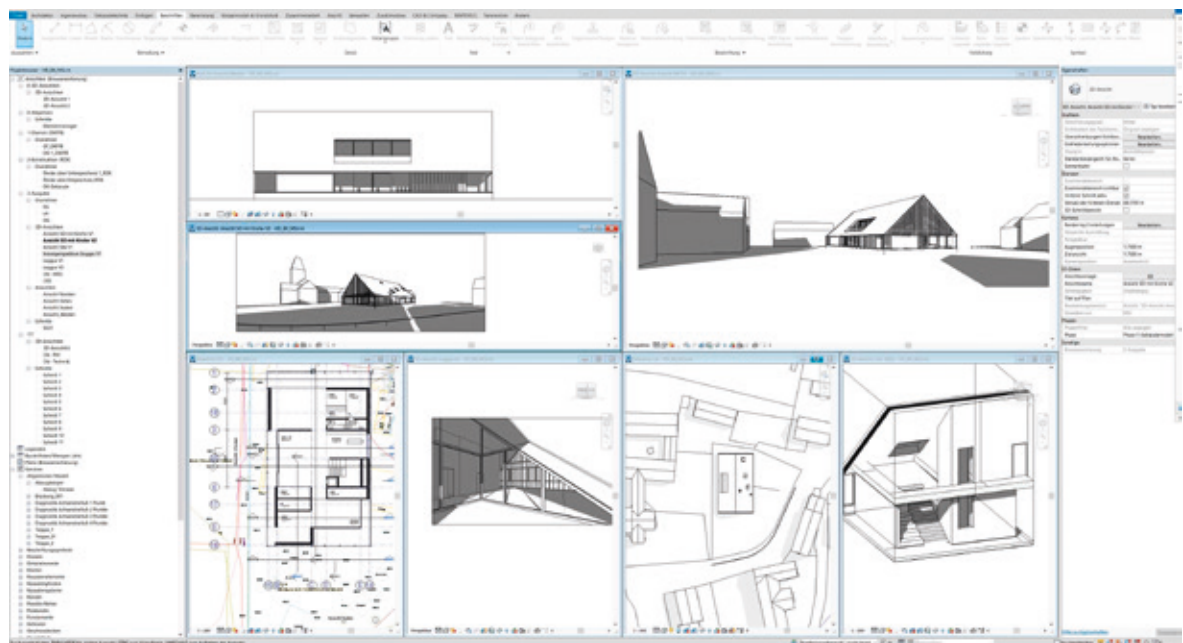
- Benevolo, Leonardo | Die Geschichte der Stadt | Verlag Campus, Frankfurt a. M., New York 1983 / 1990.
Czech, Hermann (Hrsg.) | Eine Muster-Sprache; Städte* Gebäude* Konstruktion | Alexander Christopher, Ishikawa Sara, Silverstein Murray mit Jacobson M., F. King I., Angel S. | Verlag Löcker, Wien 1995.
De Certeau, Michel | Kunst des Handelns | Verlag Merve, Berlin 1988.
Flusser, Vilem | Ende der Geschichte, Ende der Stadt? | Wiener Vorlesungen am 13. März 1991 | Hrsg. Kulturabteilung der Stadt Wien; Redaktion Hubert Christian | Verlag Picus, Wien 1992.
Frank, Irmgard (Hrsg.) | Raum_atmosphärische Informationen; Architektur und Wahrnehmung | Institut für Raumgestaltung TU Graz | Verlag Park Books, Zürich 2015.
Hederer, Franziska | An den oszillierenden Rändern der Architektur; Werkzeuge zur Raumwahrnehmung | Habilitationsschrift TU Graz 2015.
Hederer, Franziska | Im Inneren der Stadt; Weiterbauen an Beispielen von Pentaplan Architekten in: Stadt weiterbauen: Zukunft Altstadt | Internationales Städteforum in Graz 2016 (S. 90-99).
Sennett, Richard | Die offene Stadt; Eine Ethik des Bauens und Bewohnens | Verlag Hanser Berlin 2018.
Serres, Michel | Die fünf Sinne; Eine Philosophie der Gemeinde und Gemische | Verlag Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998.
Waldenfels, Bernhard | Sinnesschwellen; Studien zur Phänomenologie des Fremden 3 | Verlag Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999.



• Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Ernst Giselbrecht.



• Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Florian Riegler.



• Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Martin Strobl jr.

Architektur und Gesellschaft – Gesellschafts- Architektur

Eine Ausschau aus der Praxis einer Kunst- und Kulturinstitution
über das Gebaute hinaus

HEIDRUN PRIMAS

Gebaute Architektur schafft Wirklichkeit. Von dieser materiellen Manifestation von Macht rührt für viele Menschen nach wie vor die Faszination von Architektur.

Wie aber steht es mit der Beziehung zwischen Architektur und Gesellschaft, wenn man sie antihierarchisch befragt? Findet eine offene, demokratische Gesellschaft ihre Übersetzung in konkreter Architektur? Sieht man an der gebauten Architektur, in welcher Gesellschaft man lebt? Wirkt umgekehrt gebaute Umgebung auf die Entwicklung von Gesellschaft?

Die Wirkkraft von Architektur ist nicht nur deshalb groß, weil ihre Umsetzung mit einer wirtschaftlichen Realität einhergeht, sondern auch, weil ihre Symbolkraft für die Gesellschaft immer darüber hinausstrahlt. Etwa durch den Innovationsgrad, die kulturelle Leuchtkraft, den Modellcharakter des Gebauten.

Liegt es im gesellschaftlichen Interesse, wenn die spezifische Expertise von Architekt*innen auf der

Gemeinwohl-Ebene parteipolitischen und wirtschaftlichen Partikularinteressen übergeordnet zum Einsatz kommt? Im Sinne einer „offenen“ Architektur, im Sinne konkreter Utopien im Bloch'schen Verständnis, also als Modell einer gelebten Alltagspraxis des friedlichen Zusammenlebens? Ja! Ein Gebäude ist dann mehr als ein Haus, es ist ein Gefäß für gesellschaftliche Entwicklung. Der Zwischen- und Umgebungsraum von Architektur ist mehr als Aufenthalts-, Verkehrs- oder Restraum – es ist der öffentliche Raum, in dem gesellschaftliche Prozesse im Alltag ablesbar und umsetzbar werden. Die tendenzielle Fragmentierung in Einzelinteressen mündet dann in ein größeres gemeinsames Ganzes, also auch in einen ganzheitlichen Raum, in dem tatsächlich Entwicklung im Sinne des gesellschaftlichen Gemeinwohls stattfinden kann. Wie sieht diese Architektur aus? Sie hat viele „Gesichter“, gleichzeitig verliert sie ihr Gesicht, weil sie mehr durch die ihr zugrundeliegende in-



Ein Gebäude ist mehr als ein Haus, es ist ein Gefäß für gesellschaftliche Entwicklung.

HEIDRUN PRIMAS

haltliche Gestaltung einer Atmosphäre des Gemeinwohlinteresses als durch die gebaute Form in Erscheinung tritt. Die Verantwortung der Architektur gegenüber der Gesellschaft existiert in diesem Verhältnis. Der gegenwärtige Bedarf einer gemeinnützigen „Gesellschaftsarchitektur“ (die Bauwerke im weitesten Sinne) ist rigoros, da der Abbau sozialen Friedens weltweit voranschreitet. Dem ist nicht nur politisch etwas entgegenzuhalten, sondern auch strukturell, nämlich in der „Gesellschafts-Architektur“ (das gesellschaftliche Gefüge). Die Rede ist hier von Umsetzungsverantwortung und von der Kraft der Architektur, reale Räume für die weitere Demokratisierung und Verfeinerung und gegen die Verrohung von Gesellschaft zur Verfügung stellen zu können.

Was aber bedeutet das konkret? Betrachten wir als kleines Beispiel das Forum Stadtpark Graz:

Werner Hollomey war nicht nur Gründungsmitglied des Forum Stadtpark, sondern sanierte und adaptierte 1960 auch das damals bereits zum Abriss freigegebene Parkcafé in Holzbauweise aus dem 19. Jahrhundert, auf das die Künstlervereinigung „Junge Gruppe“ auf der Suche nach einem Veranstaltungsort aufmerksam geworden war. Dem Umbau war ein heftiger, jedoch identitätsstiftender Kampf mit der Grazer Stadtregierung um das Gebäude vorausgegangen, an dem sich auch etablierte, politisch konservative Kreise beteiligten. Das Haus entwickelte sich schließlich zum Zentrum und Kraftfeld der neuen, auf einen offenen Kunstbegriff,

Interdisziplinarität und Internationalität ausgerichteten Künstlergruppe „Forum Stadtpark“. Die Architektur sollte deren Programm widerspiegeln und eine funktionelle Plattform für verschiedenartige Aktivitäten bieten.¹

Noch heute ist der Hauptraum im Erdgeschoss das multifunktionelle Herzstück des Hauses. Hier wird der Kern des gemeinnützigen Vereinszwecks in diversen Formaten und aus unterschiedlichen Künsten heraus bespielt: für die Freiheit des geistigen und künstlerischen Lebens. Und genau diesem Hauptraum gelten auch in regelmäßigen Abständen Begehrlichkeiten aus unterschiedlichen Richtungen, die vor allem durch Kommerzialisierung die freie Nutzung außer Kraft setzen würden. Um diesen freien Denk- und Handlungsraum für die Gesellschaft zu bewahren, besser noch auszuweiten, wie es etwa mit dem Hinzufügen eines Obergeschosses durch Ernst Giselbrecht und Peter Zinganel im Jahre 2000 gelungen ist, braucht es ein Bewusstsein für dessen kollektiven Nutzen. So, wie es in den 1960er Jahren gelungen ist, die Identifikation einer breiten Öffentlichkeit mit den Ideen der jungen Künstler*innen zu erwirken, muss dieses Bewusstsein für zivilgesellschaftliche Initiativen, die an realen Orten ihre Wirkmacht entfalten sollen, immer wieder neu aktiviert werden.

Es braucht gebaute Räume für prozessuale Entwicklungen von Gesellschaft, bestenfalls in einer architektonischen Gestaltung, die deren Diversität, Buntheit und Ausdifferenzierung auch räumlich Rechnung trägt.

¹ Guttman, Kaiser, HDA: Werkgruppe Graz 1959-1989 – Architecture at the Turn of Late Modernism, Zürich 2013, S. 49.

Braucht es eine politische Architektur?

STEFAN KURATH

Die wirkungsgeschichtliche Untersuchung der städtebaulichen Praxis zeigt, dass die Stadtwirklichkeit Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist, wobei sich unzählige Einzelinteressen kumulieren und in Raum übersetzen – ohne dass die meisten der Akteure sich der Auswirkung ihrer Entscheidungsfindung auf den Raum bewusst wären.¹ Auch wenn Theorie und Geschichte der Architektur aufgrund ihrer objektbezogenen Diskurswelt oftmals suggerieren, dass Architektinnen und Architekten in der Bestimmung der Architekturen der Stadt vorherrschen, so zeigt der Zustand heutiger Stadtlandschaften ein anderes Bild. Wenig erinnert hier an Architektur und Städtebau. Ein Grund für diese Diskrepanz zwischen der Stadtvorstellung der Architekturschaffenden und der Stadtwirklichkeit liegt in ihrem Selbstverständnis, dass die überragende schöpferische Veranlagung des Entwerfenden genügt, damit die Gesellschaft ihren Planwelten Folge leistet. In der Regel führt diese Erwartungshaltung zu einer abwartenden Passivität im Umsetzungsprozess, was wiederum dazu führt, dass die Inhalte der Planwelten innerhalb der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bis zur Unendlichkeit zerzaust werden.

Was unternehmen Architektinnen und Architekten dagegen? In Anlehnung an die Idealstadgeschichte präsentieren sie weiterhin geradezu heroisch ihre Alternativen zur realen Welt: die richtige Stadt, die dichte Stadt. Die „Stadt der Architekten“ bleibt die (einzige) Antwort auf die räumliche Krise der Konsumgesellschaft. Über sie soll sich das menschliche Handeln zum Guten wenden. Der politische Wert von Architektur liegt diesem Verständnis nach in ihrem Wert als Architektur selbst.² Dabei wird bei dieser Vorstellung einer „Autonomie der Architektur“ jedoch ein zentraler Aspekt vergessen. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind maßgeblich daran beteiligt, ob sich ein Entwurf umsetzen lässt oder nicht – denn kein Architekt und keine Architektin handelt alleine. Empirisch gesehen ist diese an Einzelerfolgen hochstilisierte Form des politischen Wertes von Architektur – der aus sich selbst besteht – in Anbetracht der schieren Baumasse in Tat und Wahrheit jedoch erschreckend gering. Es fehlt an gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit. Die Architektur verkauft sich damit unter ihrem Wert! Die gesellschaftlichen und kulturellen Erregenschaften des Denkkollektivs der Architektur sind schließlich unbestritten. Architektur und Städtebau haben sich in der Vergangenheit in



Politik darf dabei nicht länger „bloß“ als Kampf um Alternativen verstanden werden.

STEFAN KURATH

der Bekämpfung von Wohnungsnot, Feuer, Pest bis Cholera mehrfach bewährt. Die heutigen Herausforderungen stehen diesen Problemlagen in nichts nach. Klimawandel, gesellschaftlicher Wandel, innerstädtische Konflikte, Ressourcenverbrauch, ökologische Krise etc. sind aktuelle und zukünftige Handlungsfelder, zu denen Architektinnen und Architekten einen wesentlichen Beitrag leisten könnten. Voraussetzung ist jedoch ein neues Selbst- und damit auch Politikverständnis. Politik darf dabei nicht länger „bloß“ als Kampf um Alternativen verstanden werden. Vielmehr meint Politik gemäß Bruno Latour auch die allmähliche Zusammensetzung der gemeinsamen Welt und alle vom Kollektiv aufgenommenen Kompetenzen vor Ort.³ Dazu müssen sich die Architektinnen und Architekten von ihren Reißbrettern erheben, Bibliotheken und Hochschulen verlassen, um sich im Alltag immer und jederzeit für die Inhalte von Architektur und Städtebau und damit Baukultur einzusetzen. Sie müssen sich dazu proaktiv an den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und den Allianzbildungen für nachhaltige Raum- und Stadtentwicklungen beteiligen. Das politische Programm der Architektur ist damit fortan nicht mehr ihre Autonomie sondern Folgendes:⁴

1. Die politische Architektur kümmert sich nicht mehr nur um Architektur. Sie mischt sich in ALLES ein.
2. Die politische Architektur ist geprägt von Mitteln und Wegen, die sich dem normalen Menschenverstand nicht entziehen.
3. Die politische Architektur ist geprägt von einer Vielzahl origineller Experimente, deren Gemisch keine feststehenden Rezepte bildet.

4. Die politische Architektur verfolgt das Ziel, ein einziges Kollektiv zusammenzurufen, um anstehende Probleme zukunftsfähig zu lösen.
5. Die politische Architektur versteht ihre Tätigkeit als kulturelle Erweiterung eines Ist-Zustandes, der nicht „richtig“ oder „falsch“, sondern „besser“ zu konstruieren ist. Ihr Handwerk ist das relationale Entwerfen.
6. Die politische Architektur muss stetig an sich zweifeln, die „richtigen“ Assoziationen hergestellt und die „richtigen“ Entitäten miteinander verknüpft zu haben.
7. Die politische Architektur erfordert Proaktivität, Relationalität und Diplomatie und das Bewusstsein, dass sie immer riskant bleibt – wie es die Politik im Allgemeinen auch ist.

1 Angelus Eisinger, Michel Schneider, Stadt-Land Schweiz. Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz, Birkhäuser, Basel, Boston, Berlin 2003, S. 392; Stefan Kurath, Stadtlandschaften Entwerfen? Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis, transcript Verlag, Bielefeld 2011, S. 443.

2 Vgl. Laurent Stalder, Raphael Zubers beispielhaftes Schulhaus, NZZ, Juli 2012; vgl. dazu auch Pier Vittorio Aureli, The Project of Autonomy: Politics and Architecture within and against Capitalism, Princeton Press, 2008; Pier Vittorio Aureli, The possibility of an Absolute Architecture, MIT Press, 2011.

3 Latour, Bruno, Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie, Frankfurt am Main 2001, S. 296.

4 In Anlehnung an Bruno Latour (Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie, Frankfurt am Main 2001, S. 36) und eigene Forschungs- und Praxiserkenntnisse (Stefan Kurath, Stadtlandschaften Entwerfen? Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis, transcript Verlag, Bielefeld 2011).

Zur sozialen und ökologischen Dimension der Architektur

HANNES SWOBODA

Politik hat die Aufgabe, auf die drängendsten Probleme unserer Gesellschaft zu reagieren und nach realistischen Lösungen zu suchen. Verantwortungsvolles Bauen sollte dabei die Politik unterstützen. In diesem Sinne ist das Bauen und damit die Baukultur ein Bestandteil des politischen Handels. Dabei hat sich zuletzt ein umfassender Begriff von Baukultur durchgesetzt. So gehen die „Baukulturellen Leitlinien des Bundes“, die 2017 vom Ministerrat beschlossen wurden, von folgender Definition aus: „Baukultur entsteht überall dort, wo Menschen ihren Lebensraum gestalten“. Gemeint sind dabei sicherlich bauliche Gestaltungen. Und so würde ich auch Baukultur in einem umfassenden Sinn verstehen.

Gesellschaftliche Herausforderungen

Was nun die gesellschaftlichen Herausforderungen betrifft, die auch (!) durch bauliche Maßnahmen angegangen werden müssen, so sind es sowohl soziale als auch ökologische Problem-

stellungen, die heute im Vordergrund stehen. Man sollte die Architektur und das Bauen nicht überfordern. Aber wir sollten auch nicht darauf verzichten, die Möglichkeiten, durch das Bauen gesellschaftliche Probleme zu mindern und damit einen gesellschaftspolitischen Auftrag zu erfüllen, anzusprechen.

Vor einiger Zeit hat man in den Medien primär die zum Teil starke Verstädterung als Problem gesehen und von einer Krise in den Städten gesprochen. Vor allem die Zuwanderung – und hier wieder primär aus dem zum Teil weit entfernten Ausland – wurde und wird als Problem gesehen. In diesem Zusammenhang scheint vor allem die Herausforderung darin zu bestehen, die Folgen des Stadtwachstums, wie die steigenden Mieten, zu bekämpfen und den hinter dem Bedarf zurückbleibenden – sozialen – Wohnbau anzukurbeln.

In letzter Zeit allerdings wird vermehrt von einer Krise der ländlichen und peripheren Regionen gesprochen. Da geht es dann eher um die Abwanderung aus diesen Regionen, die damit einhergehende Verödung der Ortskerne und die



In letzter Zeit wird vermehrt von einer Krise der ländlichen und peripheren Regionen gesprochen.

HANNES SWOBODA

Verdünnung wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen. Verschiedene Proteste wie jener der „Gelbwesten“ in Frankreich und der Rechtsruck bei Wahlen – vor allem in „vernachlässigten“ Regionen – sind Zeugnisse bzw. Folgen dieser Entwicklung.

Die soziale Dimension

Was nun die Probleme der Wachstumsregionen betrifft, so muss sicherlich der soziale Wohnbau eine Antwort finden. Aber es geht dabei nicht nur um die rasche Produktion von billigem – leistbaren – Wohnraum. Zügiges Bauen von leistbaren Wohnungen muss nicht und darf nicht mit schlechter architektonischer Qualität einhergehen. Aber auch ArchitektInnen müssen sich bemühen, die verschiedenen Ansprüchen und Anforderungen auf einen Nenner zu bringen.

Dietmar Steiner meinte in seinem Beitrag zu „Was muss Architektur leisten?": „Es braucht Häuser, deren Bedienung jeder versteht, die von jedem Menschen benutzt, bespielt, verändert werden können. Träumen wir also von einer Wiederkehr der architektonischen Qualitäten. Der nachhaltigen Qualität von Baumaterialien, Details und Oberflächen, von einer Architektur, die im Einklang mit regionalem Klima und Kultur räumliche Schöpfungen vollbringt, die als Hüllen zur Erhaltung der Körperwärme ebenso dienen, wie sie uns kultisch räumliche Erfahrungen ermöglichen.“

Architektur – auch die des Wohnbaus bei gesteigerter Nachfrage – muss also sowohl der Erfüllung fundamentaler Bedürfnisse dienen als auch gleichzeitig kulturelle Erfahrungen ermög-

lichen. Und ich möchte hinzufügen, auch die Chance für soziale Begegnungen schaffen.

In urbanen Gesellschaften mit zunehmender Diversität bedarf es vermehrter und auch gut nutzbarer Räume der Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus verschiedenen sozialen Schichten. Politik und Bauen muss der zunehmenden Segregation in vielen Städten entgegenwirken. Bauen muss auch einen Beitrag zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit liefern. Entsprechend gestaltete Freiräume müssen hinzukommen. Jedenfalls muss der Slogan „Making Heimat“, den Deutschland für seinen Beitrag zu Architekturbiennale 2016 in Venedig gewählt hat, ein Motto für den Städtebau generell sein. Dabei geht es nicht nur um die Heimat für die neu Ankommenden, sondern auch für diejenigen, die sich durch neue Entwicklungen einer neoliberalen Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Heimat „beraubt“ sehen.

Was nun den ländlichen und vor allem peripheren Raum betrifft, so muss einer Entleerung und Verödung entgegengewirkt werden. Auch wenn



- Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Manfred Zernig.

der bestehende Bevölkerungstrend nicht umgekehrt werden kann, Signale einer Wiederbelebung müssen ausgesandt werden. Insbesondere Ortskerne und deren Gestaltung sollten wieder eine stärkere Beachtung finden. Dabei sind bauliche Maßnahmen mit sozialen und kommerziellen Zwecken zu verknüpfen.

Für städtische und ländliche Räume gilt, dass Internet und soziale Medien keinen Ersatz für unmittelbare soziale Kontakte bieten. Das bauliche Gestalten muss intime Räume, aber auch Möglichkeiten für solche Kontakte schaffen und Anreize dazu bieten.

Die ökologische Dimension

Die zweite große Herausforderung besteht in der Notwendigkeit, auch beim Bauen und durch das Bauen die Grundsätze der Nachhaltigkeit umzusetzen und einen Beitrag zur Klimapolitik zu leisten. Wenn man bedenkt, wie viel täglich an Bauten zum Bestand hinzugefügt wird, kann man abschätzen, wie viel an Land verbraucht wird und wie viele Ressourcen inklusive Energie verbraucht werden. Politik und Bauen müssen dazu übergehen, den Landverbrauch, ja geradezu den Flächenfraß, der gerade in Österreich besonders hoch ist, zu reduzieren.

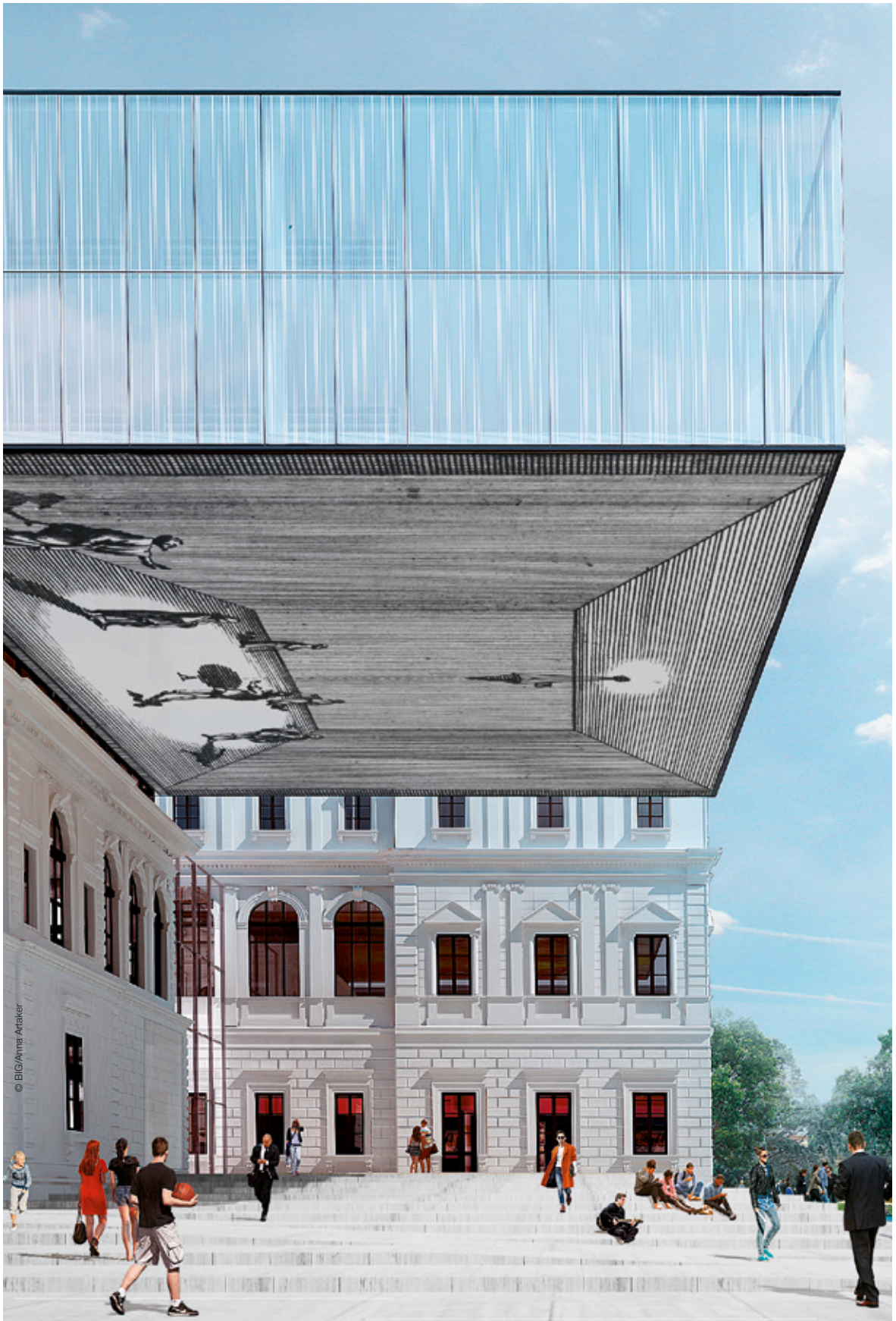
Und was den Ressourcenverbrauch betrifft, so geht es auch um die Reduzierung des Energieverbrauchs. Hier ist einiges in Österreich, nicht zuletzt auf Grund von EU-Normen, geschehen. Aber wir müssen auch ernsthaft über das Recycling von Bauten und Baumaterialien nachdenken. Die britische ArchitektInnengruppe Assemble hat da beispielhafte Schritte gesetzt, wie auch in einer Ausstellung im Architekturzentrum Wien unlängst zu sehen war. Dabei verbindet diese Gruppe das ökologische Bauen auch noch mit der Einbeziehung von Betroffenen, z.B. bei der Errichtung von Spielplätzen. Angelika Fitz meint dazu in ihrer Einleitung zum Ausstel-

lungskatalog: „Assemble verbinden in ihrer architektonischen Arbeit in einzigartiger Weise soziale Auswirkungen und Koproduktion, poetische Räume sowie ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Ihre Projekte sind Prototypen dafür, wie eine Gesellschaft anders bauen könnte.“

Baukultur und Koproduktion

Um die Aufgabe der Koproduktion geht es auch bei Richard Sennett in seinem Werk „Die offene Stadt“. Baukultur muss dafür sorgen, dass die verschiedenen „Stakeholder“ bei der Umsetzung der sozialen und ökologischen Zielsetzungen zusammenarbeiten. Das kann nicht überall gleichermaßen passieren, aber die Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitgestaltung muss gegeben sein. Dabei kann auf Wissen von ExpertInnen – und dazu zähle ich grundsätzlich auch die BenutzerInnen – nicht verzichtet werden. Politik und Architektur müssen das Wissen zusammenführen und in konkrete Gestaltung überführen.

Eine stärkere Betonung der sozialen und ökologischen Aspekte bei der Gestaltung privater und öffentlicher Räume widerspricht nicht einzelnen architektonischen Objekten und Projekten, die die künstlerische Seite in den Vordergrund rücken. Aber dann handelt es sich um Kunstwerke, die jenseits der sozialen und ökologischen Erfordernisse einen kulturellen Beitrag liefern. Die Ansprüche der Baukultur sind jedoch vorrangig für die Entwicklung unseres Lebens als Gemeinschaftswesen auf einer Erde mit gestiegener Bevölkerung und den damit knapper werdenden Ressourcen zu definieren. Und da muss der sozialen und der ökologischen Frage der Vorrang gegeben werden und – wie der kommunale Wohnbau der Zwischenkriegszeit gezeigt hat – widerspricht dies nicht hohen architektonischen Ansprüchen.



- Neugestaltung bzw. Umbau der Hauptbibliothek der Karl-Franzens-Universität Graz (geplante Fertigstellung Herbst 2019).

Die Entwicklung des Verhältnisses von Architektur und Politik in der Steiermark (seit 1984)

oder
Die Entwicklung der Beziehung von
Architektur zu Politik

KARIN TSCHAVGOVA

Ist einer oder eine aufgerufen, eine Erkundungsreise durch die Jahrzehnte zu unternehmen, um die Entwicklung des Verhältnisses von Architektur zu Politik in der Steiermark zu analysieren und das Generalthema „Baukultur und Politik“ durch eine historisch belegte, wenn auch subjektive Einschätzung des politischen Handelns anzureichern, so ruft das erst einmal Ratlosigkeit hervor. Wie soll das, worüber man Dissertationen verfassen könnte, auf knapp zwei DIN-A4-Seiten Platz finden, wie mehr als ein gehetztes Word-Rapping werden? Nun, einen Versuch ist es wert, diesen Sonderweg der Entwicklung der Architektur hierzulande im Kreuzungspunkt des politischen Wollens und Tuns nach 1984 (Erscheinungsjahr des *politicum* 20, Architektur und Politik) zu beleuchten.

Die 1980er waren die Jahre der Erneuerung einer dem Wiederaufbau geschuldeten Moderne im Wohnbau, die bis zu diesem Dezennium zum reinen Bauwirtschaftsfunktionalismus verflacht war. Es geht um eine „wesentliche Steigerung der Vielfalt an Haus- und Wohnformen, Wohnungstypen und Wohnungsgrundrissen, mit einem Wort der Planungsqualität“, schreibt Wolf-dieter Dreibholz, seit 1978 Leiter der neu organisierten Hochbauplanungsabteilung des Landes, im Katalog „Wohnbau in der Steiermark 1980-86“.

Wohnungsbau war zu jener Zeit fast ausschließlich geförderter Geschoßwohnbau, errichtet mit Zuschüssen des Landes Steiermark innerhalb des gesetzlich festgelegten finanziellen Förderrahmens. Dass sich die hoheitliche Ermutigung



Das internationale Interesse am „Experimentellen Wohnbau“ in der Steiermark war groß und wurde auf die gesamte steirische Architekturszene projiziert.

KARIN TSCHAVGOVA

zur Innovation und zum Experiment mit dem Business as usual der Wohnbauträger – ausschließlich gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften, da nur sie Mittel der Wohnbauförderung in Anspruch nehmen konnten – spießte, war zu erwarten. Dennoch konnte mit einer neuen Richtlinie, die ab einer Anzahl von 50 Wohnungen städtebauliche und architektonische Wettbewerbe zwingend vorschrieb, in der ganzen Steiermark eine Fülle an Wohnhäusern und Wohnquartieren entstehen, die sich deutlich unterschieden von allem bisher Gesehenen.

Das internationale Interesse am „Experimentellen Wohnbau“ in der Steiermark war groß und wurde auf die gesamte steirische Architekturszene projiziert, nachdem sie im Rahmen der Europalia in Brüssel 1988 präsentiert wurde und die Ausstellung „Architektur als Engagement. Architektur aus der Steiermark 1986-1992“ in mehreren europäischen Städten zu sehen war. Zu diesem Zeitpunkt war das Experiment im Wohnungsbau schon Geschichte. Der Anlass ist bekannt: Die Landtagswahl 1991 brachte einen Wechsel der politischen Zuständigkeiten, der auch den Wohnungsbau betraf. Die gesetzliche Verankerung von offenen Wettbewerben fiel, weitere Modelle innovativer Erneuerung waren nicht mehr erwünscht.

„Unsere Zukunft wird von diesen kreativen Bemühungen wesentlich bestimmt, da sie unentbehrliche Voraussetzungen für die Weiterentwicklung unserer kulturellen Identität sind“, hatte LH Dr. Josef Krainer sein politisch-kulturelles Verständnis von Architektur formuliert, und dieses war mit den Jahren in ein generelles Be-

kenntnis zu höchster Qualität und Baukultur durch die „öffentliche Hand“ als Bauherren geworden. Eben deshalb konnte sich die Erfolgsgeschichte der Architektur und ihrer Entwicklung auch fortsetzen, als sich die Mehrheitsverhältnisse weiter änderten. Mit zahlreichen dringend gebrauchten Neubauten für die universitäre Lehre und Forschung wollte und konnte Graz seinen Ruf als Architekturstadt weiterhin festigen, auch wenn die Zuständigkeit in den Bereich des Bundes fiel. In weniger als 30 Jahren entstanden etwa 25 neue Bauten – universitäre Infrastruktur, die sich seit der Gründung der Fachhochschule Joanneum 1995 weiter deutlich erhöht. Allen ist gemeinsam, dass sie mit hohem Anspruch an Baukultur geplant wurden, qualitativ abgesichert durch Architekturwettbewerbe nicht erst, seit die EU in ihren Vergaberichtlinien solche Verfahren vorschreibt. Von einem klaren Bekenntnis zu hoher architektonischer Qualität zeugt auch das avancierte Bauprogramm „LKH 2000“ (Zielplanung ab 1989, später erweitert durch „LKH 2020“) der Steirischen Krankenanstalten GesmbH (Kages), die für den Bedarf an moderner medizinischer Versorgung bei zahlreichen Um-, Zu- und Neubauten am Areal des Grazer LKH, aber auch in Bezirksstädten durchwegs das Instrument des Wettbewerbs eingesetzt hatte.

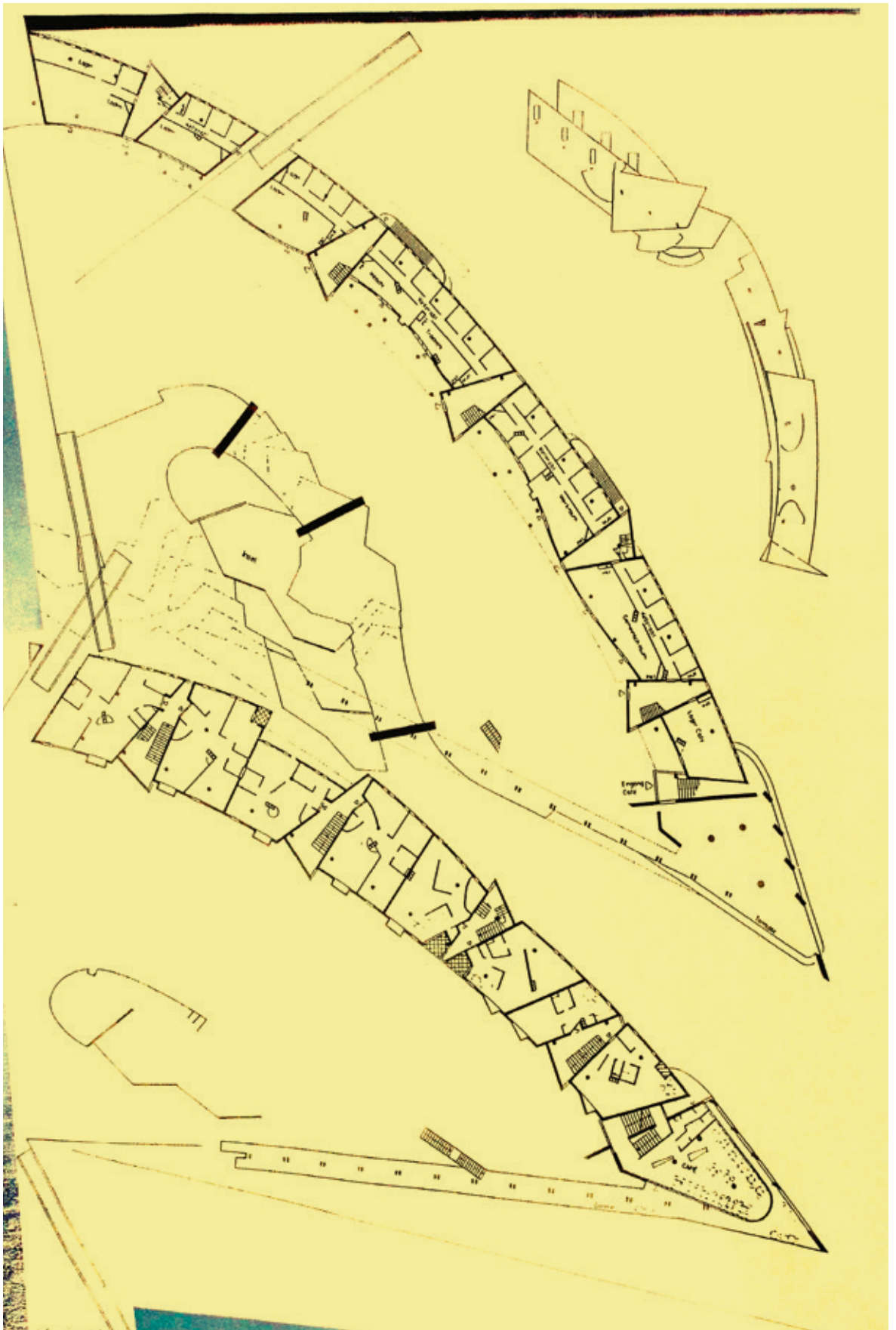
Einen Meilenstein der internationalen Reputation stellte Graz als Kulturhauptstadt 2003 dar. Es kann auch als neuer Anlauf gesehen werden, den Fokus wieder auf das steirische Architekturgeschehen zu legen, denn zur Jahrtausendwende hatte das Bauen der öffentlichen Hand deutliche Tendenzen des Erlahmens gezeigt.

Natürlich stützte man sich in der Bewerbung auf die Besonderheit der Entwicklung der Architektur im Lande, hatte die Tradition des guten Bauens seit den 1970ern, die Baukultur in Stadt und Land und die Potenz der zahlreichen lehrenden und bauenden Absolventen der Grazer Architekturfakultät hervorgehoben, die in Österreich und im Ausland erfolgreich tätig sind. 2003 initiierte Graz mit seinen Schlüsselbauten wie dem Kunsthaus (Peter Cook und Colin Fournier) zweifellos einen erneuten Aufschwung. Die Architektur war in der Mitte der Gesellschaft angekommen, wurde zum viel besprochenen Ereignis und zur Corporate Identity von Teilen einer Wirtschaft, in der aufgeschlossene Unternehmer nicht zurückstehen wollten (zum Beispiel die steirischen Weinproduzenten).

Doch was ist aus der ehemals explizierten Forderung nach Innovation im Bauen, dem Wunsch nach Ungewöhnlichem, was aus der Weichenstellung für Baukultur durch die Politik geworden? Gewiss, seit 1988 hat das Grazer Haus der Architektur, das erste seiner Art in den Bundesländern, den Auftrag, Fürsprecher für Architektur als kulturellen Ausdruck einer Gesellschaft zu sein und Vermittlungsarbeit zu leisten. Und ja, der Landesarchitekturpreis wird weiterhin verliehen, nun im Dreijahresrhythmus und aufgewertet mit Preisgeld, und die Vergabe der „GerambRose“ erfreut sich großer Beliebtheit. 2009 wurden einstimmig „Baupolitische Leitsätze des Landes Steiermark“ beschlossen – Präambel: Baukultur bringt allen etwas. Gut vorbereitete Planungswettbewerbe wurden darin als Voraussetzung für höchste Qualität im Bauen gefor-

dert. Die kurz darauf auch in der Steiermark gestartete Kindergartenbauinitiative hätte zeigen können, was politisches Engagement möglich macht. An die Vergabe von Fördermitteln hätte die Politik, in ihrem Hoheitsbereich, Vorgaben zur Erreichung hoher baukultureller Ziele knüpfen können. Das ist nicht geschehen und auch, wenn einzelne Kindergärten durchaus gut gelungen sind, so reicht das nicht aus, um der Architekturgeschichte der Steiermark eine neue, mit Aufmerksamkeit und Staunen registrierte Facette des kreativen Potenzials dieses Landes hinzuzufügen.

Als außenstehende Beobachterin habe ich manchmal den Eindruck, dass man sich hierorts zu gerne im Erreichten sonnt und davon ausgeht, dass der Ruf der Steiermark als architekturaffines Land mit einer starken, wirkmächtigen kulturellen Identität in Stein gemeißelt ist. Doch nichts bleibt, wenn es nicht genährt wird wie eine zarte Pflanze. Das möge hierorts nie vergessen werden. „Man kann natürlich auf Architektur verzichten und nur ‚bauen‘, für die ‚Wirtschaftsgesellschaft‘ etwa. Die Welt wird sich weiterdrehen. Aber sie wird dann ärmer, grauer und ‚erbarmungslos praktisch (Adorno)‘ sein, wie unsere Sprache, wenn wir darauf verzichten, sie auch poetisch zu gebrauchen. Wer gegen diese Verarmung unserer Existenz ist, muss Architektur wollen. Das ist aber ein politischer Akt.“ Was Ferdinand Schuster (1920-1972), der an der TH Graz den Lehrstuhl für Baukunst und Entwerfen innehatte, in einer seiner programmatischen Vorlesungen zum Besten gab, gilt auch heute.



• Architekturzeichnung von Bramberger, 1983, Grundrisse.

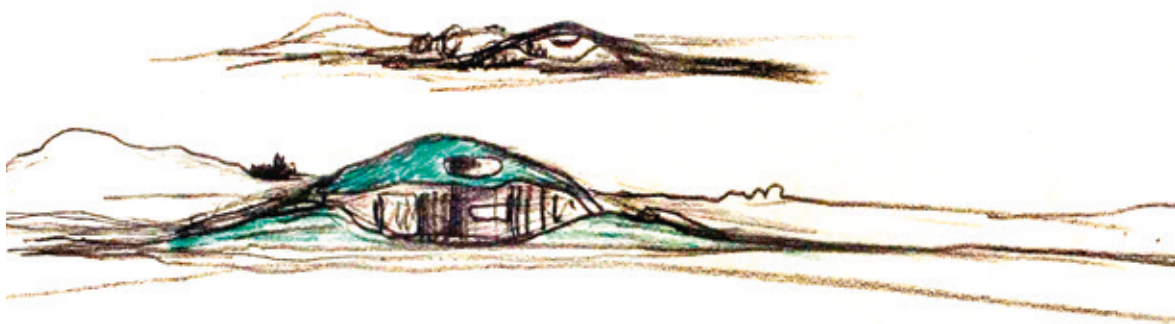
Baukoordination der Baukultur in der Steiermark

ANTON LANG

In den „Baupolitischen Leitsätzen des Landes Steiermark“, die 2009 von der Landesregierung beschlossen wurden, wird der Begriff Baukultur sehr breit definiert: Baukultur beinhaltet alles Gebaute sowie vor allem auch den Prozess, der zu Bauwerken führt. Es kann nicht oft genug betont werden, dass das Bauen uns alle betrifft, dass wir alle viel Zeit in Gebäuden verbringen, sei es zum Wohnen, Arbeiten oder für die Freizeit, und dass auch die Räume zwischen den Gebäuden, zwischen den Orten, Gemeinden oder Städten gebaute Infrastruktur sind. Somit sind wir alle mit dem Bauen befasst und ich verstehe es als eine zentrale

Aufgabe unserer Politik, dabei auf Qualität zu achten.

Die Anfrage nach diesen Zeilen erlangte mich just in dem Augenblick, als in Katowice (Polen) die UN-Klimakonferenz tagte. Somit steige ich mit meinen Überlegungen zur Baukultur bei Fragen des Klimawandels ein. Denn neben Industrie, Gewerbe und Verkehr hat gerade auch das Bauen einen wesentlichen Einfluss auf unser Klima. Da das Bauen auf Ebene der Länder gesetzlich geregelt ist und in meiner politischen Zuständigkeit die meisten der diesbezüglichen Themenbereiche wie Baukultur, Landeshochbau, Raumplanung, Verkehr, erneuerbare Ener-



• Architekturzeichnung von Huth Eilfried, 1982, Haus Weinburg, Perspektive Haus.



Im Lichte der aktuellen Entwicklungen ist die Botschaft inzwischen auf allen Ebenen der Politik angekommen.

ANTON LANG

gie, Umwelt, Technik oder Klimaschutz gebündelt sind, kommt unserem Ressort dabei auch eine besondere Verantwortung zu. Diese nehmen wir natürlich gerne wahr. Ich führe konsequent weiter, was mit den oben erwähnten Baupolitischen Leitsätzen sowie mit der Landtagsenquete im Mai 2014 zum Thema Baukultur festgesetzt wurde.

Wir koordinieren das Thema Baukultur aber nicht nur steiermarkintern, zwischen den Abteilungen, Ressorts, Universitäten, Berufsvereinigungen, Vereinen und sonstigen Akteuren, sondern halten auch regen Kontakt zu nationalen bzw. internationalen Stellen. Denn viele Fragen aus dem breiten Feld der Baukultur sind besser aufgehoben, wenn sie in einem größeren Zusammenhang überlegt werden. Gerade das Klima ist ein solches Thema, das nicht an Landesgrenzen haltmacht.

Die Ursache für häufiger und stärker werdende Unwetter mit enormen Folgeschäden, für Ernteaufschläge in der Landwirtschaft und für andere Anzeichen der Klimaveränderung muss an der Wurzel gepackt werden. Im Lichte der aktuellen Entwicklungen ist die Botschaft inzwischen auf allen Ebenen der Politik angekommen. Wir müssen noch sorgsamer mit der Ressource Boden umgehen. Boden ist schließlich kein vermehrbares Gut.

Im Rückblick war das Jahr 2018 in Verbindung mit dem Thema Baukultur äußerst produktiv. Auf EU-Ebene wurde bereits im Jänner die Baukulturdeklaration von Davos unter dem Titel „Eine hohe Baukultur für Europa“ verfasst bzw. von allen KulturministerInnen der EU unterzeichnet.

Auf Bundesebene wurden heuer sowohl der dritte Baukulturreport fertiggestellt als auch die Baukulturellen Leitlinien des Bundes im Ministerrat beschlossen. Um dies in der Steiermark publik zu machen, gab es am 18. Oktober eine Veranstaltung im Grazer „Haus der Architektur“, bei der Landesbaudirektor DI Andreas Tropper für die Steiermark am Podium vertreten war.

Der Baukulturreport skizziert drei Szenarien zukünftiger, möglicher Entwicklungen in den gesellschaftsrelevanten Handlungsfeldern Landschaft (als Ressource), Stadt und Region, Wohnbau und öffentlicher Sektor. Aus den Szenarien wurden zehn Chancen und Risiken für einen Zeithorizont bis 2050 identifiziert. Daraus konnten fünf strategische Leitgedanken für politisches Handeln abgeleitet werden, die für das Gelingen von Baukultur in Österreich entscheidend sind:

- Bewusstsein für Baukultur entwickeln und geeignete Strukturen fördern
- Gemeinwohl stärken
- Ganzheitlich, langfristig und innovativ planen
- Flächen und andere Ressourcen mit Bedacht nutzen
- Öffentliche Mittel an Qualitätskriterien knüpfen

Mit den zuständigen MitarbeiterInnen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung sowie mit den dafür installierten Gremien, wie etwa dem steirischen Baukulturbeirat, werden wir in Zusammenarbeit mit allen weiteren relevanten Organisationen dranbleiben. Im Sinne dieser Leitgedanken gilt es schließlich die notwendigen Entscheidungen zu treffen, die sowohl der Baukultur als auch dem Klima förderlich sind.

Die Bedeutung von baukulturellen Maßnahmen in Kommunen

(Baukulturelles Leitbild, Gestaltungsbeirat)

KARL WRATSCHKO



- Gamlitz praktiziert die Orts- und Landschaftsverträglichkeit von Bauwerken.



Was aus meiner Sicht,
als Bürgermeister,
sehr sinnvoll wäre,
wäre die Ausdehnung
dieser Maßnahmen auf
die gesamte Steiermark.

KARL WRATSCHKO

Die vor allem durch den Weinbau geprägte Landschaft der Südsteiermark ist ein „Produkt“ jener Menschen, die über Jahrhunderte hinweg die Gunst dieses Naturraumes für sich zu nutzen wussten und die Region über Generationen hinweg kultivierten. Aus diesem symbiotischen Miteinander von Mensch und Natur entstand eine einzigartige Kulturlandschaft, welche im Jahr 2001 mit dem Prädikat „Naturpark“ ausgezeichnet wurde.

Der Naturpark „Südsteiermark“ stellt sich heute als kleinteilig durchmischte Landschaft dar. Die ursprüngliche Haus- und Kulturlandschaft und somit das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial der Region ist durch Zersiedelung, Mangel an baulicher Qualität und grobe Eingriffe in die Landschaft gefährdet.

Es ist daher ein vorrangiges Ziel der gesamten Region, die Vorzüge zu bewahren und eine positive, weitere Entwicklung sicherzustellen.

Da die „Baukultur“ bzw. der Umgang mit Bauwerken einen wesentlichen Bestandteil der „Kulturlandschaft“ darstellt, wurde 2009 in Gamlitz das „Leitbild zur Baukultur“ mit Vorgaben für die Bau- und Landschaftsgestaltung beschlossen. In diesem Leitbild ist auch die Einsetzung eines „Gestaltungsbeirates“, der die gestalterische Qualität sowie die Orts- und Landschaftsverträglichkeit von Bauwerken beurteilt, festgelegt. Diese mit Weitsicht getroffenen Maßnahmen haben der Gemeinde Gamlitz sicherlich gutgetan und nachhaltig die Kulturlandschaft erhalten bzw. weiterentwickelt.

Sicherlich gab es immer wieder Diskussionen mit und Bedenken von Bauwerbern über diese zusätzliche „Kontrolle“ vor Erteilung einer Bau-

bewilligung. Diese Bedenken konnten jedoch größtenteils in positive Impulse umgewandelt werden und halfen im Endeffekt den Bauwerbern zu einem besseren „Bauen“.

Was aus meiner Sicht, als Bürgermeister, sehr sinnvoll wäre, wäre die Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die gesamte Steiermark. Damit würde man viele Diskussionen wie: „In der Nachbargemeinde kann man aber so schon bauen“, etc. von vornherein im Keim ersticken.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine diesbezügliche Verfahrensweiterentwicklung, sodass die gesamte Steiermark mittels geeigneter Instrumente von einem modernen Bauen im Einklang mit dem Orts- und Landschaftsbild profitiert.



• *Bauliche Qualität schützt unsere Landschaft.*

Machtlos gegen die baukulturelle Willkür?

GERALD FUXJÄGER

Seit Jahren stehen wir scheinbar machtlos einer sich immer weiter ausbreitenden baukulturellen Willkür gegenüber: Ortskerne veröden, die Landschaft wird zersiedelt, Grenzen zwischen Stadt und Land verschwimmen. Das Einzige, das sich neben dem Verkehrsaufkommen in der Steiermark konstant verdichtet, sind bauliche und raumplanerische Fehlentwicklungen, und das nicht nur in peripheren Lagen.

Dabei hatte es nach einer Trendwende ausgeschaut: Die Verabschiedung der Baukulturellen Leitsätze des Landes Steiermark (2009), der Einsatz des Baukulturbeirates (2009) und eine Landtagsenquete zum Thema Baukultur (2014) sowie Exkursionen in benachbarte Bundesländer und ins nahe Ausland zum baukulturellen Erfahrungsaustausch konnten als Signal gedeutet werden, über die politische Diskussion im Landtag u.a. gesetzliche Verbesserungen im Baugehen vorantreiben zu wollen.

Insbesondere die Ergebnisse der Landtagsenquete, an der sich unter der Federführung des Baukulturbeirates ExpertInnen verschiedenster Fachbereiche beteiligten, sollten der Politik und der Verwaltung als Handlungsanleitung dienen. Gemeinsam wurden drei Kernthemen unter die Lupe genommen:

1. Ortszentren stärken,

2. öffentliche Räume unter ganzheitlicher Betrachtung des Landschafts- und Ortsbildes gestalten und

3. Kreativität und Nachhaltigkeit in Sachen Prozessoptimierungen, Kostenwahrheit und Ressourcenschonung einfordern.

Bei dieser Enquete wurden zahlreiche Lösungen erarbeitet, die der Verödung der Gemeindezentren durch Leerstandsobjekte, der schier uneingeschränkten Ausdehnung von Handels- und Gewerbegebieten samt Parkplatzwüsten an der Peripherie und der Zersiedelung durch Einfamilienhausteppiche entgegenwirken sollten. Die ressortübergreifende Koordination der Verantwortlichen und der Gesetzgebung sollte viele bestehende Defizite, z.B. im Bereich der Kostenwahrheit für Verkehr und Siedlungsinfrastruktur, beseitigen. Maßnahmen wie die Staffelung der Infrastrukturabgaben nach dem Verursacherprinzip, die Bewertung von Bauvorhaben nach Lebenszykluskosten oder bauliche Qualitätskriterien für Handels- und Gewerbezone wurden neben zahlreichen weiteren – in Summe 29 – Handlungsempfehlungen gelistet und priorisiert. Effektive Lösungen, wie der interkommunale Finanzausgleich, wurden präzisiert. Es schien fast so, als hätte die steirische Politik damals den Ernst der Lage erkannt und als hätte sie österreichweit weiterhin eine Vorreiterrolle in Sachen Baukultur



In der Erklärung von Davos (2018) verpflichteten sich die KulturministerInnen in einer europaweiten Koalition, die Werte von Baukultur und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Gewinn in Politik und Öffentlichkeit zu tragen.

GERALD FUXJÄGER

einnehmen wollen. Konkrete Vorschläge zur Bewusstseinsbildung, vor allem aber für dringend notwendige Gesetzesreformen in den Bereichen Raumordnung, Ortsbildgesetz, Förderwesen, Abgabenbestimmungen sowie Baugesetzgebung und optimierter Vollzug wurden definiert, diskutiert und formuliert. Und seither leider weitgehend ignoriert. Zumindest in der Steiermark.

Hoffen auf starke Gesetzesnovellen

Auf EU-Ebene wird dem Thema immer mehr Bedeutung beigemessen. Auch der Baukulturreport und der einstimmige Beschluss über die Baukulturellen Leitlinien der österreichischen Bundesregierung (2017) zeugen auf überregionaler Ebene von der hohen Relevanz baukultureller Fragen.

Baukultur ist weniger eine Frage des Geldes als vielmehr eine Frage des bewussten Umgangs mit Ressourcen und des Anspruchs auf Qualität. Es liegt jetzt in unser aller Verantwortung, respektvoll mit den Lebensgrundlagen kommender Generationen umzugehen. Unsere Verpflichtung muss es sein, durch zukunftsfähige Entscheidungen die langfristige Entwicklung unseres Landes zu sichern. Dazu gehört allem voran der Schutz der Landwirtschaft und des Klimas sowie die Ressourcenschonung von Boden, Energie und Material.

Als ZiviltechnikerInnen erbringen wir Planungs- und Beratungsleistungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Baukultur stehen – von Architektur über Raumplanung und Raumordnung, von der Altstadterhaltung bis hin zum Landschaftsschutz. Wir setzen uns konsequent

für offene, faire und transparente Vergabeverfahren nach dem Bestbieterprinzip ein, wirken bei Architekturwettbewerben mit und forcieren den Einsatz von Gestaltungsbeiräten und Bürgerbeteiligungsverfahren.

Gemäß den Standesregeln unseres Berufsstandes übernehmen wir Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Per Eid zur strikten Trennung von Planung und Ausführung verpflichtet, begleiten wir kommunale Entwicklungsprozesse und stoßen dabei als PlanerInnen, BeraterInnen und GutachterInnen immer wieder an Grenzen: Täglich sehen wir uns mit dem unreflektierten Umgang mit Ressourcen, mit Billigstbieter-Auftragsvergaben und der Umgehung von Gesetzen konfrontiert. Daher engagieren wir uns seit Jahren für die Verbesserung baukultureller Rahmenbedingungen und fordern deren Mitgestaltung über einen qualifizierten politischen Diskurs.

Umso mehr registrieren wir mit Sorge, dass in vielen Bereichen Versäumnisse um sich greifen, die zu irreversiblen Verschlechterungen führen: Die nicht immer gegebene Vorbildwirkung der öffentlichen Hand bei der Planungs- und Vergabekultur, fehlende Gesetzesreformen und der zahnlose Vollzug existierender Gesetze öffnen baukulturellen Missständen Tür und Tor. Worten müssen nun endlich Taten folgen. Das baukulturelle Chaos darf nicht weiterhin durch nur marginale kosmetische Reparaturen in den schon lang angekündigten Novellen des Steirischen Raumordnungsgesetzes und des Baugesetzes begünstigt werden, sondern tatsächlich umfassende Änderungen und Reformen müssen unseren Lebensraum effektiv schützen!

Welche Impulse schafft die Wohnbau- förderung?

JOHANN SEITINGER

Die Architektur ist die Fortsetzung der Natur in ihrer konstruktiven Tätigkeit“. Dieser Satz ist uns von Karl Friedrich Schinkel (1781-1841), dem wohl bedeutendsten preußischen Architekten des Klassizismus überliefert. Eine Aussage, die mir viel Respekt abringt, eine Aussage, die noch immer nichts an Gültigkeit eingebüßt hat.

Als steirischer Wohnbau- und Nachhaltigkeitslandesrat zählt es zu meinen wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben, ein stabiles Regelungsumfeld und attraktive Förderschienen bereitzustellen, die qualitätsvolle Architektur und damit Baukultur für uns und für nachfolgende Generationen hervorbringen.

Die wesentlichen Ziele der Wohnbauförderung sind die Zurverfügungstellung „leistbaren“ und attraktiven Wohnraums für die Steirerinnen und Steirer, der aktive Klimaschutz und die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bau-

und Baunebengewerbe. Und jedes einzelne dieser Ziele hat viel mit Architektur und der Schaffenskraft unserer Architektinnen und Architekten zu tun.

Freilich setzt „leistbares“ Wohnen, kostengünstiges Bauen voraus, was in Zeiten hoher Grundstückspreise ein wahres Kunststück ist. Und machen wir uns nichts vor: Die Wohnbauförderung kann einen Beitrag leisten, an eine Vollfinanzierung durch die öffentliche Hand ist aber schon aus Gründen der gebotenen Sparsamkeit nicht zu denken. Aber die Landesunterstützung ist – sei es im Neubau, sei es in der gerade heute so wichtigen Sanierung von Altbauten – nach wie vor ein wesentlicher Puzzlestein im Finanzierungsmix. Für diesen Beitrag dürfen wir uns auch hohe architektonische Qualität erwarten und diese fordern wir von unseren Wohnbaupartnern, den gemeinnützigen und privaten Bauträgern, auch ein. Bei Großprojekten setzen



Da Wohnbauten ganz wesentlich für klimaschädliche Emissionen verantwortlich sind, setzen wir auf strenge, aber in der Herangehensweise flexible Vorgaben.

JOHANN SEITINGER

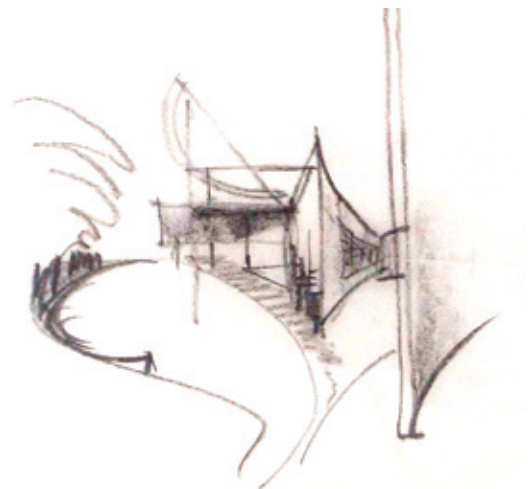
wir überdies auf landesunterstützte Planungs- und Ideenwettbewerbe, damit jeweils nur das qualitativste Projekt verwirklicht wird.

Was den bereits angesprochenen Klimaschutz betrifft, zählen wir ebenfalls auf die Erfahrung und die Phantasie unserer Architektinnen und Architekten. Da Wohnbauten ganz wesentlich für klimaschädliche Emissionen verantwortlich sind, setzen wir auf strenge, aber in der Herangehensweise flexible Vorgaben. Ziel ist die Erreichung eines klimaschonenden Heizwärmebedarfs; was die dazu erforderlichen Maßnahmen betrifft, sind dem Erfindungsreichtum und der Innovationskraft fast keine Grenzen gesetzt. Und ein klimaschonendes Gebäude muss keine unansehnliche Wohnbox sein; vielmehr zählen wir auch hier auf architektonische Qualität und baukulturelle Leitlinien. Gerade im Holzbau hat die Steiermark eindrucksvoll bewiesen, wieviel sich aus diesem klimaschonenden, recyclebaren und somit nachhaltigen Baustoff – nunmehr auch im mehrgeschoßigen Bau – machen lässt. Und wir unterstützen den Holzbau nicht nur durch ein investitionsfreundliches Regelungsumfeld sondern auch im Bereich Forschung und Entwicklung; so war es mein besonderes Anliegen, die Etablierung eines Holzbaulehrstuhls an der TU Graz mit einer kräftigen und dauerhaften Finanzspritze zu unterstützen.

Nun zu unserem dritten und nicht minder wichtigen Ziel, zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Kein Architekt wäre bereit, seine Leistungen dauerhaft kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Und ich weiß aus unzähligen Gesprächen mit Architektinnen und Architekten, wie hart es ist, viel Arbeitszeit, Hirnschmalz und

Geld in einen Entwurf zu investieren und am Ende doch nicht planen zu dürfen. Die strengen architektonischen Vorgaben des Landes Steiermark gewährleisten letztendlich, dass der Architektur und damit der Baukultur ein Stellenwert eingeräumt wird, der sich auch finanziell manifestiert. Ja, das kostet Geld, aber dieses Geld ist gut investiert, damit wir auch den Worten eines zweiten großen Künstlers – des irischen Autors Oscar Wilde (1854-1900) – gerecht werden, der einst meinte: „Wäre die Natur behaglich, hätten die Menschen die Architektur nicht erfunden.“

In diesem Sinne danke ich allen Architektinnen und Architekten für ihre großartigen Leistungen im Sinne der Aufrechterhaltung unseres hohen baukulturellen Niveaus und kann ihnen versprechen, dass ich mich auch in Zukunft aktiv dafür einsetzen werde, dass ihre Zunft die entsprechende Unterstützung des Landes erhält.



• Architekturzeichnung von Klaus Kada, 1983, Glacis-Stadtpark, Skizze Gebäudeansicht.

Mut zur Schönheit

TAREK LEITNER

Das kann doch nicht für die Ewigkeit gebaut sein“, rufen wir angesichts einer gebauten Scheußlichkeit aus. Aber leider haben wir vielfach nur insofern recht, als dieser Anspruch tatsächlich nicht bestanden hat. De facto aber ist dieses uns irritierende Bauwerk doch für die Ewigkeit gemacht, jedenfalls für unsere eigene und solange wir daran vorbeikommen. Es gibt also einen Politikbereich, der sich von allen anderen in einem wesentlichen Aspekt unterscheidet. Und zwar der, den wir hier in diesem Heft verhandeln: Baukultur und Politik.

Fehlgeleitete Bildungspolitik ist korrigierbar, wenn man auch zuweilen eine Generation Schülerinnen und Schüler verlieren mag. Aber dann kann man es besser machen. Sozialpolitik kann einmal diese, dann jene Gruppe Menschen begünstigen. Budgetpolitik lässt sich sparsam und überschussorientiert anlegen, oder dann wieder defizitär. Was immer man in diesen und vielen anderen Bereichen für sinnvoll hält, lässt sich durch Wahlen immer wieder korrigieren. Man kann es, wenn schon nicht besser, so zumindest anders machen.

Jener Politikbereich, um den es uns hier geht, ist nachhaltiger als all die anderen – nachhaltiger auch im negativen Sinne. Was wir in die Welt stellen, wie wir unsere Lebensumgebung verändern,

was wir an Gebäuden und Infrastruktur errichten, das weicht nicht etwa wieder, wenn wir es nicht mehr brauchen – nein, das ist gleichsam in Stein gemeißelt, oder vielmehr in Beton gegossen.

Demzufolge kommt uns in diesem Bereich der Politik mehr Verantwortung zu, als wir dem gegenwärtig beimessen (in der Furcht, im Kampf um dieses scheinbare Luxusthema belächelt zu werden) und es kommt uns mehr Verantwortung zu, als das bisher in unserer Siedlungsgeschichte der Fall war – und das hat zwei Gründe: Zum einen ist Bauen, ökonomisch betrachtet und in Relation zu anderen Aspekten einer Unternehmung gesetzt, ein immer kleinerer Teil geworden. Nur im Privaten, wo Wohnen tendenziell einen immer größeren Teil des Haushaltseinkommens braucht, ist das anders. Aber gewerblich eine große Kubatur zu errichten, steht in keinem Verhältnis zu dem, was wirklich viel Geld kostet. Was kostet schon das Laborgebäude im Verhältnis zur Entwicklung eines neuen Medikaments, was kostet schon das Hochregallager im Verhältnis zur Entwicklung der Logistik-IT samt Anschaffung der LKW-Flotte. Das Hochregallager als Inbegriff großer Kubatur zeigt uns, wie groß die Relation zwischen eingesetztem Kapital und landschaftsbestimmender Wirkung mittlerweile sein kann.



Schönheit zu fordern ist nicht so schlimm.

TAREK LEITNER

Zum Zweiten ist dem Bauen, technisch betrachtet, kaum mehr eine Grenze gesetzt. In meinen Schulzeiten noch wurde uns vermittelt, etwas mehr als ein Drittel der Landesfläche Österreichs sei besiedelbar. Diese natürliche Grenze gibt es nicht mehr. Was hindern uns hochalpine Regionen daran, nicht doch ein Ferienchalet-Dorf zu errichten, was hindert uns ein See daran, ein künstliche Insel zu errichten, was hindert uns ein Sumpf daran, ihn trockenzulegen. Baulich in ein Überschwemmungsgebiet oder in eine Lawinenzone vorzudringen war zwar immer möglich –

aber eben nicht gleichsam im Handumdrehen. Wir gehen mit doppelter Intensität in diese Räume: zum einen mit den von uns gewünschten Bauten und zum anderen mit der von den Ingenieuren empfohlenen Infrastruktur, um über die Unwägbarkeiten der Natur verfügen zu können. Wir haben in unserer Siedlungsgeschichte also einen Punkt erreicht, wo wir an keine natürlichen Grenzen mehr stoßen (die zwar nie ganz unmöglich zu überschreiten waren, die es aber einst in großem Umfange unwirtschaftlich und kompliziert gemacht haben). Wir müssen uns



- *Hierher kommt niemand, um einfach nur da zu sein. Die durch und durch kommerzialisierte Fun- und Shoppingwelt verbindet vormals durch Land getrennte Orte zu einem hybriden urban-ruralen Konglomerat. Zwischen Hochregallagern und Ackerfurchen tauchen hier vereinzelt Einfamilienhäuser auf, die eine ins Unendliche diffundierende Streusiedlung bilden. Es ist ein Siedlungsrauschen, gleich dem Rauschen im Netz, in dem man eine Sache, einen Gedanken nicht mehr festmachen kann, einen Diskurs weder führen noch mitverfolgen kann.*

solche Grenzen mittlerweile also selbst setzen – wollen wir nicht die uferlose Ausbreitung und die intensive Verwandlung unserer Welt, die mit dem Verlust der Lebensumgebung, wie wir sie bisher kennen, einhergeht.

Die Beschleunigung dieser Verwandlung hat etwa vor einem viertel Jahrhundert eingesetzt. Vergleicht man, auch in noch größeren Zeitabständen, die Veränderungen zuvor, so sind in unserem Land kaum solche tiefgreifende Umwälzungen festzustellen wie etwa seit 1990. Das war in zweifacher Hinsicht eine Wendezeit. Zum einen hat bekanntlich nach Zusammenbruch des Kommunismus der globale Kapitalismus seinen Siegeszug um die Welt angetreten. Zum anderen ist seit dieser Zeit die Digitalisierung so richtig in unsere Alltagswelt vorgedrungen. Sie suggeriert uns, alles muss zu jeder Zeit, an jedem Ort möglich und verfügbar sein.

Organisches Wachstum unseres Siedelns, bei dem sich – wie die Jahresringe eines Baums – ein Siedlungsring an den nächsten anschließt, haben wir hinter uns gelassen. Alles muss jederzeit überall möglich sein. Diese Grundidee unserer digitalisierten Welt spiegelt sich in der Art unseres Siedelns. Wir diffundieren in die Landschaft, mäandern baulich durch unsere Umgebung – und schaffen Räume, von denen wir nicht mehr sagen können, ob sie Stadt oder Land sind, ob wir im einen Ort sind oder schon im nächsten.

Das hat nicht nur einen großen Verbrauch von Ressourcen und Boden zur Folge. Bekanntlich verbrauchen wir trotz deutlicher Reduktion durchschnittlich immer noch 13 Hektar pro Tag und damit verschwindet in Österreich täglich Fläche in der Größe von 18 Fußballfeldern oder der Gegenwert eines österreichischen Bauernhofes. Wir haben es damit europaweit ins Spitzenfeld der Pro-Kopf-Quadratmeter-Einzelhandelsfläche geschafft (es sind etwa 1,6 Quadratmeter, die jedem von uns zur Verfügung stehen, und damit etwa ein Drittel mehr als in Frankreich oder Großbritannien). Und wir haben um die Hälfte mehr Straßenkilometer pro Kopf als etwa die Deutschen.

Jetzt ließe sich ein neuer Alarmismus kreieren: Wir müssen Platz sparen! Aber wer, außer ein paar Raumplaner, Ökologen und sensible Tou-

risten ließen sich damit erreichen? – „Rücken wir doch halt a bisserl zsamm!“, wird als Appell nicht recht durchdringen.

Und tatsächlich verlieren wir mit den oben genannten zahlenmäßigen Entwicklungen nicht nur Ressourcen und Boden. Wir verlieren auch in großem Ausmaß Schönheit unserer Lebensumgebung. Sie – so meine ich – ist der Angelhaken, mit dem sich Mitstreiter erreichen lassen. Wer will nicht von seinem Lebensmittelpunkt sagen, es sei ein schöner Flecken Land, ein schönes Grätzl Stadt.

An dieser Stelle ließe sich jetzt auf mehrere Regal-Kilometer-Bücher verweisen, die sich mit der Schönheit und ihrer Wahrnehmung durch uns Menschen befassen. Rasch stießen wir auf die Erkenntnis, die Schönheit sei subjektiv, im Auge des Betrachters usw. und am Ende dann doch wieder ganz beliebig.

Ich glaube das nicht. Selbst unsere regionalen Gesetze stellen zuweilen begrifflich auf „Landschaftsschutz“ und „Ortsbildschutz“ ab. Es gibt also Parameter, an denen wir so etwas wie eine Objektivierung der Schönheit (jedenfalls in Zusammenhang mit Lebensumgebung) festmachen können. Wir trauen sie uns in einer Zeit, in der Schönheit als Begriff in Kunst und Architektur keine Rolle mehr spielt, nur selten zu benennen.

Ein Biologe, Beamter einer österreichischen Landesregierung, erzählte mir einst, er werde zuweilen um Amtshilfe gebeten, doch irgendeinen Vogel oder seltenen Frosch zu finden und in einem Gutachten seine Bedrohung nachzuweisen, um einen Widmungsantrag zu verhindern. Sein Kollege spare sich dann, im Verfahren mit „Landschaftsschutz“ juristisch argumentieren zu müssen.

Solange wir uns so offensichtlich anlügen, kommen wir nicht weiter und diskreditieren Umweltschutzanliegen, wo sie ganz offenbar mehr Berechtigung haben. Wir müssen also Kriterien definieren, die konkreter sind – und Rahmenbedingungen schaffen, die die Verhässlichung unserer Welt verhindern. Keine Sorge, da geht es nicht um feuilletonistische Architekturkritik einer Fassade, sondern um den großen Blick auf die Welt. In der nötigen Kürze dieser Publikation lässt sich nur pauschal auf interessante Ansätze in Raumordnungs-Novellen in einzelnen Bundesländern

verweisen, die etwa auf die Mobilisierung von Baulandreserven abzielen und damit der Zersiedelung Einhalt gebieten sollen. Es lässt sich verweisen auf die in Bayern unnötigerweise aufgeweichte sogenannte „Anbindepflicht“, die ebenfalls das Bauen in Siedlungsringen befördern soll. Es lässt sich beispielhaft anführen, dass in Südtirols Gewerbezone kein Einzelhandel möglich ist, der dem Land vielfach die Los-Angelisierung erspart. Es lässt sich überlegen, Logo-Werbemasten mit der Firsthöhe der Gebäude zu begrenzen etc. Und es ließe sich über Zuständigkeiten in einem vor etwa 100 Jahren konzipierten Föderalismus nachdenken, der den Blick auf den Raum (also die Raumplanung) in der untersten und damit kleinsten Verwaltungsebene ansiedelt. Die Kommunalsteuer wird in diesem Zusammenhang vielfach ein Wettlauf um Hässlichkeit.

Es heißt dann oft: „Es rechnet sich aber“ – und wir geben in unserer durchkommerzialisierten Welt rasch unseren Widerstand auf, nicht zuletzt, weil er nur aus unserem Bauchgefühl rührt und wir meinen, mit unserem Unwohlsein in diesem

Raume allein zu sein. Solche Wirtschaftlichkeitsargumente sind immer ein Killerargument und vielfach hat selbst die Wirtschaftskammer bereits in den 1980er Jahren vieles von dem widerlegt, was noch heute als Argument für die Hässlichkeiten an den sogenannten Umfahrungsstraßen gilt. Trauen wir uns daher als Gesellschaft, als Wählerinnen und Wähler in einer Kommune etwa (auch wenn wir noch so reflektiert sind und gerne feinzisierte Argumente verwenden) zu sagen: „Aber das ist schirch!“

Schönheit zu fordern ist nicht so schlimm. Als Urlauber wissen wir meist sehr genau, wo es uns gefällt (und leider auch allen anderen, die schon dort sind) und dass die Schönheit des Ortes die Qualität unseres Aufenthalts ausmacht. Das ist übrigens auch ein Stück Objektivierbarkeit der Schönheit eines Raumes, einer Landschaft. Aber stellen wir den Anspruch auf Schönheit nicht nur in diesen zwei oder drei Wochen des Verreisens, sondern auch an den restlichen 350 Tagen, an denen wir uns in dem Raume befinden, der unser Leben, unsere Heimat ausmacht!



- *Das Einfamilienhaus im Grünen scheint das Versprechen von Stadt und Land einzulösen, und bringt doch nur von beidem die Nachteile – oder besser: produziert sie erst. Denn die Zeit für das angenehme Leben, das man sich im Liegestuhl im kleinen Vorgartengrün ausmalt, wird von Stunden des Pendelns aufgeessen, und das ist vielfach der Gegenpol zu dem, was wir uns unter schöner Zeit vorstellen. Sie bräuchte auch eine schöne Umgebung, die auf dem Weg ins Grüne aber nicht mehr zu finden ist.*

Erfolgsmodell Gestaltungsbeirat

Qualitätssteigerung bei städtebaulichen Projekten
durch unabhängige Sachverständige
am Beispiel der Stadtgemeinde Trofaiach

MARIO ABL

Bereits bei der Leitbilderstellung im Zuge der Gemeindeneugründung wurde großer Wert auf die baukulturelle Entwicklung der neuen Stadt gelegt. Vor allem der Erhalt wertvoller Natur- und Flächenressourcen, der Schutz des Landschaftsbildes und der weitgehende Stopp der Zersiedelung müssen dabei im Zentrum stehen. Aus diesem Grund hat sich die Stadtgemeinde Trofaiach im Jahr 2015 für die Einsetzung eines Gestaltungsbeirates entschieden. BauwerberInnen werden kostenfrei in der so wichtigen Einreichphase durch ExpertInnen unterstützt, um Kosten für nachträgliche Änderungen zu sparen. Die wichtigsten Erfolgskomponenten des Trofaiacher Gestaltungsbeirates möchte ich an dieser Stelle näher erläutern.

Durch den Zusammenschluss der drei Gemeinden Trofaiach, Gai und Hafning ergab sich eine völlig neue Situation für die Raumplanung. Die vorhandenen Siedlungsstrukturen wurden analysiert und zu einem neuen Ganzen geformt, ohne die Besonderheiten im Detail zu vernachlässigen. Zum ersten Mal konnte man über ein größeres Gebiet die Erfordernisse für eine Stadt mit über 10.000 EinwohnerInnen berücksichtigen und einzelne Stückwerke der kleineren Orte auflösen. Damit entstand eine große Vielfalt unter

dem Dach einer Verwaltung und einer politischen Vertretung. Die Wertigkeiten konnten damit gesteigert und so manche Ungereimtheit ausgemerzt werden.

Gestaltungsbeirat

Dieses Thema wurde bereits vor der Fusion politisch diskutiert, doch in der Umsetzung fehlten oft die Schlüssel und die Lösungen. Nach dem Zusammenschluss war es leichter, neu zu denken. Zusammen mit dem örtlichen Leitbild wurden Instrumente geschaffen, die eine objektive Betrachtung zulassen und neue Überlegungen forcieren. Der Gestaltungsbeirat ist ein Musterbeispiel von Entpolitisierung bei baubehördlichen Verfahren. Nicht der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin muss über das Schöne eines Hauses entscheiden, er oder sie kann auf die fachliche Meinung von geschulten Personen (nicht einer, sondern mehrerer) zählen. Diese Fachleute sind auch nicht abhängig von individuellen Gegebenheiten, sie sind frei von politischen Zwängen und können nach ihren fachlichen Kriterien begutachten. In Fällen, in denen die Meinung der Fachjury sich nicht mit der des Bauwerbers oder der Bauwerberin deckt, liegt



Ein baukulturelles Leitbild kann eine Kommune in ihrem Aufbau massiv unterstützen.

MARIO ABL

es an diesen ArchitektInnen, durch Überzeugung in der Argumentation den Bauwerber oder die Bauwerberin vom Erfordernis der Vorschreibung, der erforderlichen Änderungen, zu überzeugen. Nach bereits rund 400 durchgeführten Beurteilungen kann ein positives Resümee gezogen werden. Viele BauwerberInnen und deren PlanerInnen stecken viel Gestaltungskraft in die Planung ihres besonderen Wohnhauses und finden damit Bestätigung beim Gestaltungsbeirat. Ein kleiner Teil nutzt dieses Gemeindeangebot, um weitere Anregungen für ihr Vorhaben von diesen neutralen Personen zu erhalten. Manche ArchitektInnen empfinden diese Begutachtungen als Bestätigungen ihrer Arbeit. Einige Bauherren sind skeptisch, sie befürchten Vorschreibungen, die das Vorhaben verteuern oder erschweren. Manchmal wollen sie keine weitere Meinung hören und finden diese Einmischung unnötig und falsch. Nach rund 50 Sitzungen wird dieses Gremium immer selbstverständlicher und normaler. Eine unnötige Verzögerung der Verfahren ist nicht erkennbar.

Baukulturelles Leitbild

Ein baukulturelles Leitbild kann eine Kommune in ihrem Aufbau massiv unterstützen. Es bedingt jedoch eine ausführliche Analyse des Bestehenden. Diese Aufarbeitung muss auch eine Analyse des genützten und des ungenützten Raumes beinhalten, eine Bestandsaufnahme über Bauten, die unverändert blieben, und jene, die unterschiedlich genutzt wurden. Danach können Besonderheiten, die schützenswert sind, beschrieben werden und Potentiale gefunden

werden, die es zu entwickeln gilt, nicht im Wildwuchs, sondern im Maßstab der Umgebung, im Maßstab der Menschen. Ein Leitbild ist nicht als Gesetz gemeint, sondern soll die zukünftige Planungsabsicht widerspiegeln, soll den PlanerInnen helfen, Entwürfe zu erstellen. Es soll dynamisch aufgefasst werden.

Anforderungen an Räume verändern sich und werden sich weiter verändern. Ein Leitbild kann ein besonderer, gemeinsamer Prozess einer Gemeinde sein, bei der viele BürgerInnen teilnehmen und diese Entwicklung mittragen. Die Politik, der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, nimmt im Bauverfahren bzw. in der Raumplanung keine primär entscheidende Rolle mehr ein, er oder sie übernimmt eine moderierende, eine vermittelnde Position. Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin braucht kein/e ArchitektIn sein, kein/e BaumeisterIn sein, er oder sie unterstützt die BauwerberInnen durch seine/ihre Stellung als Baubehörde, er/sie kann zu jeder Zeit zwischen BauwerberIn und Fachpersonen vermitteln.

Es ist zentral, für die jeweilige Situation ein Gespür zu haben, wer wann mit wem und wo welche Erfordernisse bearbeitet und entwickelt. Der Alleinentscheider im Bauverfahren ist heute nicht mehr gefragt, denn nur gemeinsame Arbeit durch Unterstützung von Fachleuten kann zu guten Entscheidungen führen. So ist der Gestaltungsbeirat mehr Beratung als Entscheidung und ein Leitbild mehr Hilfe als Einschränkung. Der Trofaiacher Gestaltungsbeirat ist ein Erfolgsmodell, welches die Qualität der Bauten in Trofaiach erheblich gehoben hat. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

„Baukultur“: Zur erstaunlichen Karriere einer Nazi- Vokabel im heutigen architektur- politischen Diskurs

ANSELM WAGNER

Baukultur ist in aller Munde. In Österreich gibt es etwa eine „Plattform für Architekturpolitik und Baukultur“, auf deren Initiative hin die Bundesregierung einen „Beirat für Baukultur“ eingerichtet hat, der seit 2006 alle fünf Jahre einen „Report zur Baukultur“ veröffentlicht. „Baukulturelle Leitlinien“ finden sich im aktuellen Programm der Bundesregierung ebenso wie in den „Baupolitischen Leitsätzen“ der Steiermärkischen Landesregierung. Letztere rief 2010 einen 21-köpfigen Baukulturbeirat ins Leben, dessen Mitglieder teilweise auch im „Verband BauKultur Steiermark“ aktiv sind. Noch mehr derartige Institutionen und Aktivitäten findet man in Deutschland mit seiner „Initiative Architektur und Baukultur“, der „Akademie für Baukultur“, dem „Rat für Baukultur“, dem „Forum StadtBauKultur“ oder der 2007 gegründeten „Bundesstif-

tung Baukultur“, die alle zwei Jahre einen „Baukulturbericht“ herausgibt und „Baukulturwerkstätten“, „Baukulturdialoge“, „Konvente für Baukultur“, „Baukultursalons“ usw. veranstaltet.

In der Schweiz spielt der Begriff „Baukultur“ hingegen eine deutlich geringere Rolle, während er in anderen Ländern als deutsches Lehnwort begegnet, so etwa im Englischen und Französischen, wo er sich zu Begriffen wie „Zeitgeist“, „Angst“ oder „gemütlich“ gesellt. Ist „Baukultur“ daher etwas typisch Deutsches?

Historisch betrachtet durchaus, und leider in unangenehmster Form. Wie Werner Durth und Paul Sigel in ihrem knapp 800-Seiten-Wälzer „Baukultur: Spiegel gesellschaftlichen Wandels“ darlegen, erfuhr die „Baukultur“ in den 1930er Jahren ihre erste Blüte als Kampfbegriff konservativer und reaktionärer Kreise gegen das Neue



Kulturen sind einmalig, einer spezifischen räumlichen und zeitlichen Situation geschuldet, nicht übertragbar und vor allem kein Ergebnis von Kulturreporten.

ANSELM WAGNER

Bauen. Die 1930 gegründete Zeitschrift „DIE BAUKULTUR“ wettete gegen das Bauhaus und die Neue Sachlichkeit und bereitete dem Kulturkampf der Nationalsozialisten gegen „entartete Kunst“ den Boden. In der NS-Propaganda wurde das seit dem 19. Jahrhundert sich verbreitende Unbehagen angesichts der Industrialisierung und der davon ausgelösten Entfremdungs- und Verlust Erfahrungen aufgegriffen und als Krankheits- und Verfallsgeschichte gedeutet, der die NS-„Baukultur“ entgegentrete: „... von Baukultur kann man nur sprechen“, verkündete Julius Schulte-Frohlinde, der Leiter des Architekturbüros der Deutschen Arbeitsfront und einer von Hitlers „Gottbegnadeten“, „wenn die Gesamthaltung aller Häuser gut und gesund geworden ist, und wenn Baumeister und Handwerker künstlerisches und technisches Können wiedergewonnen haben“, denn dieses sei, so die implizite Botschaft, durch die moderne Architektur verlorengegangen. Ironischerweise war es gerade die wiederzugewinnende Allianz von (Bau-)Kunst und Handwerk, die sich das Bauhaus auf die Fahnen geschrieben hatte! Schulte-Frohlinde publizierte Vorlagenwerke mit Normen, Idealgrundrissen und -entwürfen, um das Bauen im Dritten Reich wieder in die richtige „bodenständige“, von „jüdischen“ und „bolschewistischen“ Einflüssen gereinigte Richtung zu lenken. Es wundert nicht, dass der Begriff „Baukultur“ nach 1945 obsolet war und wenn man ihn trotzdem verwendete, lediglich auf die NS-Architektur münzte. Umso mehr erstaunt es, dass die „Baukultur“ in den 1980er Jahren wie ein Phönix aus der Asche wieder auferstand und alle braunen Flecken verloren hatte (während andere Be-

griffe des NS-Kulturkampfes wie „gesundes Volksempfinden“ in der Versenkung blieben, von „Entartung“ oder „Blut und Boden“ ganz zu schweigen). Einerseits hat dies mit der Neudefinition des Kulturbegriffs durch die britische Linke und den sich in den 1960er Jahren etablierenden Cultural Studies zu tun, in denen Kultur weder völkisch noch bürgerlich, sondern im Sinne proletarischer Selbstermächtigung verstanden wurde: Das „rich full life“ (Richard Hoggart) einer demokratischen Populärkultur verdrängte die bis dahin vorherrschenden Diskurse von Nationalkultur und elitärer Hochkultur à la Burg und Oper. Andererseits ist dafür das Scheitern der modernen Architektur und des Städtebaus der Nachkriegszeit verantwortlich, ihre vielerorts beklagte „Unwirtlichkeit“ (Alexander Mitscherlich) und das daraus resultierende fundamentale Misstrauen gegenüber professionellen Architekten, Stadt- und Verkehrsplanern. Ein nunmehr demokratisch geläuterter Baukulturbegriff, der den in Misskredit gekommenen Elitenbegriff „Architektur“ ablöste, sollte alle Beteiligten, Nutzer wie Planer, Politiker wie Baufirmen, ins Boot holen.

Die Nabelschnur zur NS-Zeit wurde aber nicht völlig gekappt. Oder ist es ein Zufall, dass in Österreich zu den Ersten, die den Begriff Baukultur nach 1945 im Kontext zeitgenössischen Bauens wieder aufgriffen, der oberösterreichische Heimatpfleger (und Förderer zahlreicher Ex-Nazis) Aldemar Schiffkorn und das ehemalige NSDAP-Mitglied Roland Rainer zählten, der sich zu einem der einflussreichsten Architekten der Zweiten Republik entwickelte hatte? Ein anderes aufschlussreiches Beispiel ist der „Verein für

Heimatschutz in Steiermark“: Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein Sammelbecken deutsch-nationaler Aktivisten, gab der Verein 1948 mit der „Steirischen Landbaufibel“ ein unverhohlen an NS-Vorbildern orientiertes Musterbuch heraus und agitierte noch lange in eine kulturkonservative Richtung. 2002 benannte sich der Verein in „Verein BauKultur Steiermark“ um, beließ aber den „Heimatschutz“ im Untertitel, von dem er sich erst 2010 trennte.

Worin besteht aber – wenn überhaupt – der inhaltliche Zusammenhang zwischen nationalsozialistischer und heutiger „Baukultur?“ Die erste und auffälligste Gemeinsamkeit ist das normative Verständnis des Begriffs. Entgegen der häufig zitierten, rein deskriptiven Auffassung, wie sie im angelsächsischen Raum üblich ist und etwa von Howard Davis vertreten wird, der unter „Baukultur“ einfach jene Kulturtechniken zusammenfasst, die mit dem Bauen zu tun haben und deshalb auch regional unterschiedliche Baukulturen unterscheidet, ist „Baukultur“ im Deutschen meist ein Kollektivsingular, der etwas qualitativ Hochwertiges, eben „Kultiviertes“ meint, das sich vom großen minderwertigen Rest – im Wesentlichen der Mehrheit der seit der Moderne gebauten Umwelt – unterscheidet. Und diese ebenso seltene wie hochstehende Kultur ist zweitens nicht nur ein Produkt von Fachleuten, sondern – und da deckt man sich mit Davis – „eine die gesamte Bevölkerung betreffende Querschnittsmaterie“, wie dies der Architekt Volker Dienst, einer der wesentlichen Initiatoren des österreichischen Baukulturdiskurses, festhält. Ganz ähnlich sahen das die Nazis: „Baukunst ist der Niederschlag der Gesamtkultur eines Volkes“, verkündete Schulte-Frohlinde 1939 im „Baukultur im Dritten Reich“ betitelten Vorwort des Jubelbandes „Bauten der Bewegung“. Argumentativ tut sich der NS-Ideologe allerdings leichter, im Volk die Quelle künstlerischer Qualität auszumachen, ist gemäß seines rassistischen, evolutionären Humanismus doch das deutsche Herrenvolk per definitionem etwas Höherwertigeres als der Rest der Menschheit und muss nur von rassistisch minderwertigen Elementen gereinigt werden, um künstlerisch Wertvolles hervorzubringen. Schlechte Architektur – in den Augen der Nazis vor allem das Bauhaus

– werde eben nur von Juden und Bolschewisten hervorgebracht (deren Flachdachsiedlungen wie „Araberdörfer in Palästina“ aussähen). Demgegenüber muss ein Demokrat, der über kein völkisches Verständnis von „Baukultur“ verfügt, einige verbale Verrenkungen machen, will er „Kultur“, „Bevölkerung“ und „Qualität“ zusammenbringen: So hält Volker Dienst im ersten Baukulturreport von 2006 fest, dass mit Baukultur „ein zukünftiger, besserer Zustand einer Baukultur beschrieben (wird), der durch strategische Programme und geeignete Maßnahmen erreicht werden soll. Im Gegensatz zum bloß ‚Gebauten‘ (ohne Qualitätsanspruch in Planung und Ausführung), verschafft Baukultur den Menschen einen Mehrwert in ihrem Lebensumfeld, basierend auf einem gesellschaftlichen Konsens über die gebaute Umwelt und deren Qualität.“ Dies impliziert, dass der jetzige, zu verbessernde Zustand des Bauens entweder keinem gesellschaftlichen Konsens entspricht oder dass sich die Gesellschaft derzeit mit minderer Qualität zufrieden gibt. Würde Ersteres zutreffen, dann würde dies bedeuten, dass die Konsumenten zwar bessere Architektur wünschten, ihnen diese aber von den professionellen Vertretern des Bauwesens (aus welchen Gründen auch immer) nicht geliefert würde. Im weiteren Verlauf seines Textes gibt Dienst zu erkennen, dass er eher zur zweiten Implikation neigt: „Fundament jeder Baukultur ist ein in der Bevölkerung breit angelegtes Grundverständnis bzw. ein Bewusstsein für räumliche und gestalterische Qualitäten des Lebensumfeldes und die daraus resultierende Mündigkeit der BürgerInnen.“ Wenn dies so ist, dann hapert es derzeit vor allem an diesem „Grundverständnis“, und die „strategischen Programme“ dienen dann in erster Linie der – wie man im 19. Jahrhundert gesagt hätte – „Geschmacksbildung“ des Volkes. Wer oder was soll aber bestimmen, wer nach welchen Maßstäben solche strategischen Geschmacksbildungsprogramme durchführt? Auch wenn es kaum jemand offen ausspricht, würden sich viele „Baukultur“-Lobbyisten gerne selbst diese Rolle zusprechen. Oliver Ziegenhardt wirft der von ihm so bezeichneten „Baukulturindustrie“ deshalb vor, nach kultureller Hegemonie zu streben. Das ist in einer liberal-demokratischen Gesellschaft,

in der es eben keine Heimatschutz-Baufibeln und Reichsarchitekten-Musterpläne mehr gibt, sondern Vorstellungen vom guten Wohnen in erster Linie von amerikanischen Vorabendserien, Werbeclips, Social-Media-Influencern und diversen Baumärkten geprägt werden, nur schwer vorstell- und durchsetzbar. Und spätestens hier wird klar, dass es sich bei „Baukultur“ um eine Sisyphusaufgabe, um einen „permanente[n] Prozess“ handelt, wie Volker Dienst in gut neo-liberaler Manier schreibt, denn der Zustand echter Baukultur könnte auch bei völliger Hegemonie einer von Architekten (oder wem sonst?) geprägten Geschmackskultur nie erreicht werden, sondern läge – als „besserer Zustand“ – in einer ewigen, stets wieder zu optimierenden Zukunft.

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist vielleicht, dass jene Region Österreichs, der man noch am ehesten zugesteht, eine eigene „Baukultur“ entwickelt zu haben, nämlich Vorarlberg, dies ganz ohne „Baukulturindustrie“ geschafft hat. Die viel gepriesene neue „Vorarlberger Bau-schule“ entwickelte sich in den 1960er Jahren aus einer kleinen Gruppe von „Bauherren und Baufrauen“, die sich aus „aufmüpfigen, weltoffenen Lehrern, Künstlern, Literaten, Musikern, Grafikern und Planern“ (Otto Kapfinger) zusammensetzte, also durchaus keiner repräsentativen Schicht der Bevölkerung. Zusammen mit aus dem Handwerk kommenden, oft über gar keine Ziviltechnikerbefugnis verfügenden „Architekten“ realisierte diese Gruppe partizipative Wohnbauprojekte, was nur aufgrund des besonders liberalen Vorarlberger Baugesetzes möglich war. Keine aufwändigen Vermittlungsprogramme, keine Baukulturschulungen und -beiräte, sondern lediglich die Überzeugungskraft einer ebenso ökonomischen wie ökologischen, ohne Heimattümelei an lokale Handwerkstraditionen anknüpfenden Baupraxis brachte es zustande, dass sich, wie Wolfgang Kos einmal bemerkte, Architektur in Vorarlberg „als Bürgerpflicht etabliert“ hat.

Kulturen sind einmalig, einer spezifischen räumlichen und zeitlichen Situation geschuldet, nicht übertragbar und vor allem kein Ergebnis von Kulturreporten. Aber das Eine oder Andere lässt sich von ihnen vielleicht dennoch lernen.



- Screenshot, für diese Ausgabe des *politicum* zur Verfügung gestellt von Volker Giencke.

Literatur

- Davis, Howard: *The Culture of Building*, New York 2006.
- Dienst, Volker: Zum Thema: Baukultur und Architekturpolitik, in: *ARGE Baukulturreport* (Hg.): Österreichischer Baukulturreport 2006, Heft 1, Wien 2006, 16-22.
- Durth, Werner/Sigel, Paul: *Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels*, 2. Aufl. Berlin 2010.
- Hoggart, Richard: *The Uses of Literacy. Aspects of working-class life with special references to publications and entertainments*, Harmondsworth 1958.
- Kapfinger, Otto: Vorarlberger Bauschule. Zur Entstehung und Wirkung einer Schule, die nie eine war, in: ders. (Hg.): *Konstruktive Provokation. Neues Bauen in Vorarlberg*, Ausst.-Kat. Vorarlberger Architekturinstitut/Institut français d'architecture Paris, Salzburg 2003, 9-24.
- Mitscherlich, Alexander: *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt a. M. 1965.
- Rainer, Roland: *Baukultur. Landschaft, Ortsbild, Stadtbild*, Wien-Köln 1990.
- Schiffkorn, Aldemar (Hg.): *Planen und Bauen – ein kulturelles Anliegen. Zum gegenwärtigen Stand der Baugesinnung. Zielsetzung für eine zukünftige Baukultur. Architektur-Symposium 1978, Bad Ischl, Linz 1979*.
- Senarclens de Grancy, Antje (Hg.): *Identität – Politik – Architektur. Der „Verein für Heimatschutz in Steiermark“ (architektur + analyse Bd. 4)*, Berlin 2013.
- Ziegenhardt, Oliver: *Baukulturindustrie – A Polemic*, in: Ana Jeinic/Anselm Wagner (Hg.): *Is There (Anti-)Neoliberal Architecture? (architektur + analyse Bd. 3)*, Berlin 2013, 148-157.

Dialogues in Time

WOLFDIETER DREIBHOLZ



• Screenshot, für diese Ausgabe des politicum zur Verfügung gestellt von Marlies Binder.



Welche Qualitätskriterien bestimmen den Landeshochbau, auch wenn das Bauvolumen sich stark reduziert hat?

WOLFDIETER DREIBHOLZ

Vor 35 Jahren (!), im Mai 1984, erschien die Nummer 20 der Schriftenreihe „politicum“ zum Thema „Architektur und Politik“. Die beiden Grundsatzartikel von Sokratis Dimitriou und Ferdinand Schuster haben von ihrer Gültigkeit bis heute nichts verloren. Sokratis Dimitriou, Professor am damaligen Institut für Kunstgeschichte der TU Graz, führt die LeserInnen durch die Jahrhunderte unserer Geschichte und verdeutlicht die Wechselwirkungen zwischen den beiden Wirkungsbereichen „Architektur und Politik“. Er lässt uns wissen, wann MachtträgerInnen aus Gesellschaft, Kirche oder Wirtschaft mit einem kreativen Gegenüber um Lösungen einer historisch bedeutsamen Bauaufgabe – Akropolis oder Petersdom, etc – gerungen haben, deren Faszination uns heute noch in Bann zieht. Ferdinand Schuster, der seine Antrittsvorlesung als Professor für Baukunst und Entwerfen an der damaligen TH Graz im Jahre 1965 mit „Architektur und Politik“ betitelte, analysiert ausführlich das Verantwortungsspektrum, der in diesen beiden Bereichen tätigen PolitikerInnen und ArchitektInnen: Wer sonst, wenn nicht Ferdinand Schuster, konnte das Zusammenspiel, die „Schnittmenge“, den ZuhörerInnen und in der Folge den LeserInnen näherbringen? Neben seinem – man ist versucht zu sagen – „Kampf“, der Suche nach einer eigenständigen Positionierung seines architektonischen Schaffens, hat er auch in der ihn charakterisierenden Konsequenz den Schritt in die Politik getan. Er war zwischen 1960 und 1963 als Gemeinde- und Stadtrat in Kapfenberg politisch aktiv; er kannte beide Seiten der „Medaille“.

Vier Jahre und ein Monat nach dem Erscheinen des politicum 20, mit einer futuristischen Zeichnung von Erich Mendelsohn am Titelblatt, wurde das Haus der Architektur im Juni 1988, als erste der heute in jedem Bundesland wirksamen regionalen Institutionen mit ähnlichen, wenn nicht identen Zielsetzungen in Graz, in einem stadteigenen Haus in der Engelgasse eröffnet – und diente ab diesem Zeitpunkt als heftigst frequentierte Plattform für Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen etc. Nahezu jeder Wettbewerb, ob für Bundes- oder Landesbauten, aber vor allem auch für jene Konkurrenzen, die im Rahmen des vom Land Steiermark geförderten Wohnbaus abgehalten wurden, und das waren zu jenen Zeiten viele, wurden im HDA mit AusloberInnen, u.a. auch VertreterInnen von Wohnbaugenossenschaften, TeilnehmerInnen, Jurymitgliedern und einer interessierten Öffentlichkeit diskutiert. PolitikerInnen, von Landesregierungsmitgliedern über BürgermeisterInnen, Stadt- und GemeinderätInnen, aber auch Mitglieder des steirischen Landtages waren, teilweise regelmäßige BesucherInnen und TeilnehmerInnen an den Veranstaltungen. Mit Klaus Gartler (1982-1990) und Helmut Strobl (1985-2001) waren zu jener Zeit zwei profilierte Absolventen der Fakultät für Architektur der TU Graz Mitglieder des Grazer Stadtsenates und der damalige Vizebürgermeister Erich Edegger (1983-1992), politisch verantwortlich für die Stadtplanung der steirischen Landeshauptstadt, nahm sich tagtäglich der Themen „Städtebau und Architektur“ an und dies – ähnlich wie Ferdinand Schuster – mit hohem persönlichen Einsatz. Sowohl der Tod von Ferdinand Schuster 1972 wie auch Erich Edeggers

überraschendes Ableben 1992, beide standen im 52. Lebensjahr (!), hinterließen Lücken, die bis heute nicht geschlossen werden konnten; an der Fakultät für Architektur der TU Graz wie auch in der Stadtregierung der steirischen Landeshauptstadt.

Die von den beiden Protagonisten hinterlassenen Lücken sind partiell fachlicher Natur, viel hat sich auch in den politischen und gesellschaftlichen Lebensbereichen geändert. Schmerzlich spürbar existiert das Defizit jedoch noch in der von beiden vermittelten Bereitschaft, ihre gesellschaftlich motivierten Zielsetzungen bis an die Grenzen ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit – und darüber hinaus – zu vertreten.

Welche Auswirkungen die Veränderung einer politischen „Landschaft“ auf das Architekturgeschehen eines Landes, einer Region haben kann, lässt sich am Ergebnis der steirischen Landtagswahl 1991 bestens ablesen. Bedingt durch die damals gültige Landesverfassung (in der Zwischenzeit abgeändert) und auf Grund des Mandatszugewinnes „wanderte“ ein Sitz der neunköpfigen, vormals schwarz(ÖVP)-roten-(SPÖ) Landesregierung zur FPÖ, verbunden mit der Übernahme der politischen Verantwortung durch diese Partei u.a. auch für den vom Land Steiermark geförderten Wohnbau durch einen Landesrat dieser Partei, der vor seiner politischen Laufbahn als Architekt tätig war(!) – mit der Konsequenz eines abrupten Endes der Wohnbauinitiative des Modell Steiermark.

Dieser, von der steirischen ÖVP Ende der 70er Jahre ins Leben gerufenen Initiative, eingebettet in eine umfassende politisch-programmatische Arbeit an zahlreichen virulenten Themen des gesellschaftlichen Lebens, war es möglich, anhand von ca. 40 Wohnbauprojekten soziale, städtebauliche, architektonische, aber auch finanz- und bautechnische Fragestellungen nicht nur theoretisch abzuhandeln, sondern exemplarisch zu realisieren. (Es ist nur noch wenigen bekannt, dass die Ergebnisse der Arbeit des permanent tagenden Arbeitskreises unter der Leitung des Landtagsabgeordneten und späteren Landesrates (1987-1991) DI Hermann Schaller u.a. auch die Einladung nach Paris zur Mitarbeit an den Grundlagen der EUROPAN Wettbewerbsreihe für ArchitektInnen unter 40 Jahren, die auch

heute noch regelmäßig europaweit durchgeführt wird, zur Folge hatte).

Es darf nicht verschwiegen werden, dass einen Teil der Architektenschaft, aber auch der potentiellen BauherrInnen (u.a. Wohnbaugenossenschaften) sowie der in diesem Bereich tätigen BeamtenInnen diese „Neuordnung“ begrüßt haben. Leider hat es auch die steirische ÖVP verabsäumt, nach Rückübertragung der politischen Verantwortung für die Förderung des Neubaus von Wohnungen im Jahre 2000, also nach einem relativ kurzen zeitlichen Intervall von acht Jahren, auch nur ansatzweise die einschlägigen Erfahrungen des Modell Steiermark als Basis weiterer Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen.

Unabhängig von den ersten „Frequenzstörungen“ in der Kommunikation zwischen ArchitektInnen und PolitikerInnen in der Steiermark Anfang der 90er Jahre wurde eine nicht unwesentliche Anzahl von VertreterInnen aus der virulenten steirischen Architekturszene an Universitäten in Deutschland oder Österreich berufen. Ab Mitte der 80er Jahre haben u.a. (in alphabetischer Reihenfolge) Giencke, Hierzegger, Huth, Kada, Koppándy, Kowalski, Riess, Szyszkowitz ihre Lehrtätigkeit an den Universitäten in (ohne Zuordnung) Weimar, Stuttgart, Aachen, Innsbruck, Wien etc. aufgenommen (summarisch könnte man von einer „virtuellen“ Fakultät für Architektur, bestückt mit ArchitektInnen aus der Steiermark sprechen). Zumeist konnten die „Berufenen“ auf „gebaute Beweise“ ihrer Kreativität und ihres Innovationsvermögens zurückgreifen, die sich durchaus auch als Ergebnisse der Gesprächskultur zwischen Politik und Architektur interpretieren lassen

Die Kommunikation, der Dialog zwischen Architektur und Politik, wurde 1992 auch mit der Übertragung der Verantwortlichkeit für die Bundeshochbauten im Land Steiermark an die neugegründete BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) mit ihren regionalen Verwaltungseinheiten, beeinträchtigt. Diskussionsrunden- und Gesprächsgepflogenheiten mit den vormals beauftragten Dienststellen des Landes versandeten; Entscheidungsfindungen wurden nach Wien verlagert ohne auf regionale Befindlichkeiten besondere Rücksicht zu nehmen.

Mit einem zeitlichen Abstand von nahezu 25 Jahren lässt sich feststellen, dass der Rücktritt von LH Dr. Josef Krainer im Dezember 1995 als Zäsur für die Kommunikation zwischen Architektur und Politik in der Steiermark zu bewerten ist. Seit seinem Eintritt in die Steiermärkische Landesregierung 1971 als Landesrat, ab 1980 als Landeshauptmann, war Dr. Krainer für die Bauangelegenheiten des Landes (Straßen-, Wasser- und Hochbau) zuständig. Er hat im Laufe seines Wirkens einige Verantwortlichkeiten aus diesen Bereichen abgegeben, jedoch bis zu seinem Rücktritt die Verantwortung für die Planungsagenden im Hochbau beibehalten. In Dr. Krainer fanden die engagierten ArchitektInnen nicht nur einen emotional affinen Gesprächspartner, sondern auch einen kenntnisreichen Politiker, der mit der Übernahme politischer Verantwortung auch handelte: Die einschlägigen Dienststellen der Landesbaudirektion wurden 1978 neu strukturiert, mit diesem Datum wurde die Einstellung jeglicher Planungsaktivitäten durch LandesbeamtInnen angeordnet und die Vergabe von Planungen wurde vornehmlich über Wettbewerbe geregelt. Die Ergebnisse des um 1978 begonnen Prozesses sind in der Publikation „Dialogues in Time“ von Peter Blundell Jones dokumentiert.

Und heute? Im Zeitalter der Kommunikation konzentrieren sich die potentiellen GesprächspartnerInnen vorzugsweise eher jede/r auf ihren „Screen“. Permanente Diskussionen zum „sozialen Wohnbau“ und Anstrengungen, den geänderten sozialen Bedingungen angepasste Lösungsansätze zu erarbeiten, Bedarfs- und Nachfrage zu definieren, Finanzierungsinstrumente zu adaptieren, vorausschauende Grundstückssicherung einzuleiten, aber auch technische Innovationen auf ihre Einsatzmöglichkeiten zu überprüfen...Gibt es die?

Welche Qualitätskriterien bestimmen den Landeshochbau, auch wenn das Bauvolumen sich stark reduziert hat? Jede Sanierung, jeder Um- und Zubau, geschweige denn Neubau verdient

seitens des Bauherrens bzw. der Bauherrin Anstrengungen, optimal geplant und errichtet zu werden. Und die Förderungszusagen des Landes Steiermark an Gemeinden, ihre Bauvorhaben, Kindergärten, Volks- und sonstige Einrichtungen, finanziell zu unterstützen, könnten und sollten mit einem „Qualitätsmascherl“ verpackt werden. Damit wäre auch ein Nachweis erbracht, dass die vor einiger Zeit von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossenen „Baupolitischen Leitsätze des Landes Steiermark“ Handlungsleitlinien sind und nicht nur wirkungslose Absichtserklärungen.

Bleibt noch ein Bauherr, der sich in die Kategorie „öffentliche Hand“ einordnen lässt, dem meine letzten Anmerkungen gelten. Auch deshalb, weil er als Beispiel angeführt werden kann, dass es auch gegenwärtig noch möglich ist, die Diskussion zwischen den Bereichen „Architektur und Politik“ mit hervorragenden Ergebnissen intensiv zu führen. 1985, unter schwierigen Bedingungen gegründet, hat die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H., kurz KAGES, nicht nur im medizinischen Bereich neue Maßstäbe gesetzt, sondern auch mit ihrem ersten Neubau, dem LKH Bruck, jetzt LKH Hochsteiermark (Wettbewerb 1986, Fertigstellung 1993; Planer o. Univ. Prof. Arch. DI Günther), einen richtungsweisenden qualitativen Weg eingeschlagen und bis heute nicht verlassen. Als Nachweis lassen sich viele Berichte über Neu-, Zu- und Umbauten der KAGES in renommierten, internationalen Architekturzeitschriften anführen, die u.a. in einer konzentrierten Berichterstattung von Peter Blundell Jones im weltweit erhältlichen Magazin „Architectural Review“, (März 2002) einen Zwischenhöhepunkt fand.

Ich gestehe, dass es für verantwortliche VertreterInnen aus dem Bereich der Politik (sollten sie zur Ansicht gelangen, dass ein Diskurs mit VertreterInnen der Architektur sinnvoll ist) nicht leicht sein würde, AnsprechpartnerInnen, ein hochmotiviertes Vis-a-Vis, ausfindig zu machen – aber es ist doch schon einmal gelungen ...

Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Mag. Dr. Manfred Prisching
(Vorsitzender)
Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier
(Gf. Vorsitzender)
Univ.-Prof.i.R. Dr. Alfred Ableitinger
Univ.-Prof.i.R. Dr. DDr.h.c. Wolfgang Benedek
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Tina Ehrke-Rabel
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Edith Gößnitzer
Univ.-Prof. Dr. Johannes Heinrich
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Marianne Hilf
ao.Univ.-Prof. Dr. Hubert Isak
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Beatrix Karl
Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner
Ass.-Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Renate Kicker
ao.Univ.-Prof. Dr. Igor Knez
Prof. Dr. Karl A. Kubinzky
em.o.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Mantl
o.Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold
Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko
ao.Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Nora Melzer-Azodanloo
Univ.-Prof. Dr. Leopold Neuhold
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl
ao.Univ.-Prof. DI Dr. Ulrich Pferschy
o.Univ.-Prof.i.R. Dr. Walter Pieringer
ao.Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Univ.-Prof.i.R. Dr. Reinhard Rack
em.o.Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch
Univ.-Prof.i.R. Dr. Kurt Salamun
Mag. Dr. Wolfgang Schinagl
em.o.Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Michaela Sohn-Kronthaler
Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Barbara Stelzl-Marx
Univ.-Prof.i.R. Dr. Kurt Weinke
ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anita Ziegerhofer

• *Architekturzeichnung von Dietrich Ecker, 1980,
„Jablanica“ Landschaftsbild.*



Autorinnen und Autoren

Mario Abl, MBA, geboren 1970, ist Bürgermeister der Stadtgemeinde Trofaiach.

Mag. Gernot Blümel, MBA, geboren 1981, ist Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien.

Dipl.-Ing. Markus Bogensberger, geboren 1972, ist Geschäftsführer des Haus der Architektur in Graz.

Mag. Dr. Jens S. Dangschat, geboren 1948, ist em.o.Univ.Prof. und ehem. Leiter des Fachbereichs Soziologie (ISRA) an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien.

Dipl.-Ing. Dr. Wolfdieter Dreibold, geboren 1941, ist Architekt und war Vorsitzender der Grazer Altstadt-Sachverständigenkommission (ASVK).

Mag. Christopher Drexler, geboren 1971, ist seit 2014 Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und seit 2017 Landesrat für Kultur, Gesundheit, Pflege und Personal.

Dipl.-Ing. Gerald Fuxjäger, geboren 1961, ist Präsident der Kammer der ZiviltechnikerInnen für Steiermark und Kärnten und Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen sowie Geschäftsführer der ADP Rinner ZT GmbH in Graz.

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Franziska Hederer, geboren 1972, ist Assoc. Prof. und stellvertretende Leiterin am Institut für Raumgestaltung der TU Graz.

Dipl.-Ing. Dr. Christian Kühn, geboren 1962, a.o.Univ.Prof., ist Professor für Gebäudelehre an der TU Wien und seit 2015 Vorsitzender des Beirats für Baukultur im Österreichischen Bundeskanzleramt.

Dr. Stefan Kurath, geboren 1976, Prof., ist selbstständiger Architekt in Zürich und leitet das Institut Urban Landscape am Departement Architektur der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Anton Lang, geboren 1959, ist seit 2016 Landesrat der Steiermark für Verkehr, Umwelt, Erneuerbare Energien, Sport und Tierschutz sowie seit Juli 2017 auch Finanzlandesrat der Steiermark.

Mag. Tarek Leitner, geboren 1972, ist Moderator der „Zeit im Bild“ und zahlreicher anderer ORF-Informationssendungen. Der Jurist hat zu diesem Themenbereich zwei Bücher publiziert: „Mut zur Schönheit“ und „Wo leben wir denn? – Glückliche Orte und warum wir sie erschaffen sollen“, beide im Brandstätterverlag.

Mag. Siegfried Nagl, geboren 1963, ist Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz.

Dipl.-Ing. Michael Pansinger, geboren 1968, ist in der Leitung der Spitalsplanung der KAGes tätig.

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Heidrun Primas, geboren 1968, ist seit 2011 Vorstandsvorsitzende des Künstler*innenvereins Forum Stadtpark Graz.

Dipl.-Ing. Dr. Ferdinand Schuster (1920-1972), o.Univ.-Prof., Vorstand des Institutes für Baukunst und Entwerfen an der Technischen Universität Graz von 1964 bis 1972.

Johann Seitingner, geboren 1961, Ökonomierat, ist seit 2003 als Mitglied der Landesregierung Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Wohnbau und Revitalisierung, Wasser- und Ressourcenmanagement sowie land- und forstwirtschaftliche Schulen.

Dr. Hannes Swoboda, geboren 1946, Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., ist Präsident des Architekturzentrum Wiens.

Robert Temel, geboren 1969, ist Sprecher der Plattform Baukulturpolitik und als solcher Mitglied des Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt.

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Karin Tschavгова, geboren 1954, ist Architekturpublizistin und -kritikerin sowie Veranstalterin von Architekturturen und langjährige Lektorin an der TU Graz.

Mag. Dr. Anselm Wagner, geboren 1965, Univ.-Prof., ist Kunsthistoriker und Vorstand des Instituts für Architekturtheorie, Kunst- und Kulturwissenschaften der TU Graz.

Dipl.-Ing. Mag. Bertram Werle, geboren 1967, ist Stadtbaudirektor der Landeshauptstadt Graz.

Karl Wratschko, geboren 1953, Kommerzialrat, ist Bürgermeister der Marktgemeinde Gamlitz.

Die Abbildungen in diesem Heft haben nicht immer unmittelbar mit dem Text zu tun, gehören aber zum gestellten Gesamtthema und sind in diesem Sinne als Einheit zu betrachten.
politicum dankt allen Rechteinhabern für die Erlaubnis zum Abdruck der Abbildungen.

Impressum

politicum 121 – 40. Jahrgang; April 2019

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark, 8010 Graz, Karmeliterplatz 6; ZVR-Zahl: 017681930

Für den Inhalt verantwortlich: Klaus Poier

Herausgeber dieser Nummer: Markus Bogensberger und Wolfdieter Dreibholz

Redaktion (Red.): Klaus Poier / Antonia Csuk

Veröffentlicht mit Unterstützung des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Layout: edsign

Druck: Steierm. Landesdruckerei, Graz

Erscheinungsort: Graz

Nachdruck ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung.

Preis pro Ausgabe: € 10,- Abopreis (4 Hefte): € 25,-

Fotos, bei denen kein Nachweis angegeben ist, wurden uns freundlicherweise von den AutorInnen zur Verfügung gestellt.

Sollten dadurch Rechte verletzt worden sein, ist dies ohne Absicht geschehen.

Weiterverwendung und Weitergabe ist ohne Zustimmung nicht erlaubt.

ISSN 1681-7273 politicum (Graz)